Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark, durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Leipzigerstraße 14.

Anzeigenpreis: 15 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Leipzigerstraße 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Krob, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | **Halle, Dienstag, 10. Mai 1927** | **7. Jahrgang • Nr. 109**

Das Trustparlament tritt zusammen

Raub der Erwerbslosenfürsorge — Politische Entrechtung in Sicht
Rote Einheitsfront gegen Bürgerblockreaktion!

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 10. Mai.

Die „Rote Fahne" schreibt zu dem heutigen Zusammentritt des Reichstages:

„Heute tritt der Reichstag wieder zusammen. In der kurzen Session vor der Sommerpause sollen eine ganze Anzahl der reaktionärsten Gesetze durchgepeitscht werden. Im Vordergrunde steht die Aufhebung der Erwerbslosenfürsorge durch die Erwerbslosenversicherung. Nach dem Raub der Erwerbslosenfürsorge soll die politische Entrechtung der Werktätigen gekrönt werden durch die geplante Aenderung des Reichswahlgesetzes und durch das vorbereitete Diktaturgesetz. Außerdem soll das reaktionäre Schulgesetz, das reaktionäre Jugendschutzgesetz und eventuell schon das Konkordat unter Dach und Fach gebracht werden. Wenn diese Anschläge abgewehrt werden sollen, ist die geschlossene energische rote Abwehr notwendig. Die Gegenwehr muß vom werktätigen Volk selbst geleistet werden. Ueberall, vor allem in den freien Gewerkschaften, müssen sich alle Proletarier brüderlich vereinen, um durchzusetzen, daß im Kampfe gegen die Diktaturpläne des Bürgerblocks die volle Macht dieser Organisationen eingesetzt wird. Der 8. Mai hat der Arbeiterschaft gezeigt, daß die Bürgerblock-Reaktion entschlossen ist, rücksichtslos alle Machtmittel einzusetzen. Der Stahlhelmtag hat der Arbeiterschaft gleichzeitig eingehämmert, daß die sozialdemokratischen Führer und die sozialdemokratischen Leitungen der freien Gewerkschaften auf der Seite des Bürgerblocks gegen die Arbeiter kämpfen. Darum ist es notwendig, daß alle Arbeiter die Lehre aus dem 7. und 8. Mai ziehen.

Schafft die rote Front gegen die Bürgerblock-Reaktion!

*

Die sozialdemokratische Presse und die „Vossische Zeitung" spekulieren wieder auf die Uneinigkeit unter den Regierungsparteien. In auffällig übereinstimmender Weise stellen der „Vorwärts" und die „Vossische Zeitung" fest, daß Herr Stresemann die neueste Rede des deutschnationalen Justizministers Hergt gegen Polen in seiner jüngsten Rede in Bad Oeynhausen desavouiert habe. Ferner sei es ein unerträglicher Widerspruch des Zentrumsministers v. Guerard, der die Verlängerung des Gesetzes zum Schutze der Republik fordert, während Graf Westarp in Rostock eine Rede gehalten hat, die ein Bekenntnis zur Monarchie enthält und — o Schrecken aller Schrecken — gegen die sozialdemokratische Mißwirtschaft in der Preußen-Regierung hetzt. Das empfindet die sozialdemokratische Presse als einen unerhörten Bruch der stillen Koalition, die doch zwischen der Preußen-Regierung und dem Bürgerblock und damit zwischen den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen besteht.

Dieses Geschrei über die Uneinigkeit oder gar eine Krise im Bürgerblock läuft nur auf eine Irreführung der breiten Schichten der Arbeiterschaft hinaus. Man verfolgt dabei einen doppelten Zweck: einerseits wollen die SPD.-Führer dadurch die Aufmerksamkeit der sozialdemokratischen Arbeiter vom Tohuwabohu in ihren eigenen Reihen, von der sich immer schärfer zuspitzenden Krise der SPD. ablenken. Andererseits will man die Arbeiterschaft einschläfern. Man will ihr einreden, der Bürgerblock sei nicht lebensfähig und werde an der Uneinigkeit der Regierungsparteien von selbst zugrunde gehen.

Kein Arbeiter darf auf den Schwindel mit der Krise des Bürgerblocks hereinfallen. Selbstverständlich sind starke Interessengegensätze innerhalb des Bürgerblocks vorhanden, selbstverständlich werden die Cliquenkämpfe und die Intrigen andauern. Aber es wäre eine verhängnisvolle Illusion, zu glauben, daß der Bürgerblock ohne die **außerparlamentarische Massenaktion**, ohne den rücksichtslosen einheitlichen Kampf aller Werktätigen gegen die soziale und Kulturreaktion beseitigt werden könnte. Das **gemeinsame** Interesse der Niederhaltung der Arbeiterschaft ist bei den Parteien der Ausbeuterklasse stärker als die inneren Gegensätze. Nur durch die **gemeinsame Aktion** der arbeitenden Massen kann auch der Sturz des Bürgerblocks herbeigeführt werden.

Chamberlain begrüßt die chinesischen Henker

Offene Propaganda für die Ausrottung der Kommunisten — Im Bunde mit Tschangkaischek — Trotz allem Bankrott der englischen Chinapolitik

London, 9. Mai.

Der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Chamberlain, gab im Parlament eine Erklärung über die Lage in China ab. Er führte u. a. aus:

Die nationalistische Regierung in Hankau habe ihre herrschende Stellung verloren und sei nur ein Schatten. Die britische Regierung wäre vollauf berechtigt gewesen, die britische Konzession in Hankau wieder zu besetzen und das Abkommen als aufgehoben zu betrachten. Aber nach reiflicher Ueberlegung hat die britische Regierung beschlossen, diesen Schritt gegenwärtig nicht zu tun und sie hofft, daß sie auch dazu nicht gezwungen sein wird. Die Regierung habe die Zukunft nicht weniger als die Gegenwart in Betracht gezogen und sei zu der Entscheidung gekommen, daß es gegenwärtig nicht zweckmäßig wäre, wegen der Nankinger Verbrechen und der Nichteinhaltung der Bedingungen des Hankauer Abkommens Sanktionen zur Anwendung zu bringen, so sehr diese auch berechtigt seien. (Der wahre Grund des Verzichts auf militärische Intervention liegt im Verhalten Amerikas, das eine gemeinsame Politik mit England, vor allem eine derzeitige militärische Intervention ablehnt. D. Red.)

Chamberlain führte weiter aus, daß der Außenminister Tschen in seiner letzten unbefriedigenden Note nicht mehr im Namen des nationalistischen Chinas gesprochen hätte. Die Nankinger Vorgänge hatten die seit langem erwartete Spaltung unter den Nationalisten beschleunigt.

Die Werkzeuge der Politik, der Gewalttätigkeiten, des Terrors und des Mords waren die nationalistische Soldateska und der Pöbel der Großstädte, aber ihre Organisation und ihren Antrieb bezog diese Politik direkt und indirekt von der 3. Internationale. Soweit die Verbrechen von Nanking organisiert gewesen seien, habe es sich scheinbar darum gehandelt, Tschangkaischek mit den fremden Mächten zu verunreinigen. Die Ereignisse von Nanking haben den kommunistischen Flügel (d. h. linken Flügel. D. Red.) von der Kuomintang-Partei abgespalten. Angesichts dieser bedeutsamen Entwicklung hat die Frage der Sühne für die Nankinger Verbrechen ein ganz neues Gesicht bekommen. Die Hankauer Regierung, die für diese Vorgänge verantwortlich war, beherrscht Nanking nicht mehr. Die wirklich Schuldigen, die kommunistischen Agitatoren, sind von den chinesischen Nationalisten selbst mit einer Strenge und mit einem Nachdruck bestraft worden, zu denen keine ausländische Macht imstande gewesen wäre. In Schanghai, Kanton und anderen Städten sind die extremistischen Organisationen aufgelöst und ihre Führer hingerichtet worden. Die leitenden Persönlichkeiten, die für die Nankinger Verbrechen verantwortlich waren, sind mit einer Schnelligkeit und Gründlichkeit bestraft worden, wie sie in menschlichen Angelegenheiten selten sind.

Zum Schluß sprach Chamberlain den Willen der englischen Regierung aus, mit einer „vernünftigen" neuen Regierung gerne über eine etwaige Neuregelung der Verträge zu verhandeln. Die englische Regierung wolle einer neuen chinesischen Regierung keine Verlegenheit bereiten bei ihrer Aufgabe, Ordnung in dem von ihr beherrschten Gebiet zu schaffen.

*

Die Rede Chamberlains ist wohl ein einzigartiges Dokument, selbst in der Geschichte des Imperialismus. Hunderte von Kommunisten, revolutionären Gewerkschaftsführern und linken Kuomintang-Mitgliedern sind in China hingerichtet worden. Und der Friedenspreisträger Chamberlain, der Außenminister Großbritanniens, nennt diese bestialischen Hinrichtungen eine „schnelle und gründliche Bestrafung". Chamberlain gibt damit den Tipp allen weißgardistischen und faschistischen Führern: **Sorgt für eine ebenso schnelle und gründliche Strafe! Rottet alle Kommunisten aus! Erhebt den weißen Terror zum höchsten Gesetz der bürgerlichen Gesellschaft!**

Die politische Bedeutung der Rede Chamberlains liegt einerseits darin, daß sie trotz aller blutrünstigen Kommunistenhetze das Eingeständnis einer Niederlage ist. Es gelingt dem englischen Imperialismus nicht, eine Einheitsfront der ausländischen imperialistischen Mächte herzustellen; sie ist vorläufig gezwungen, den Feldzug gegen Hankau aufzugeben. Andererseits ist die Rede Chamberlains eine Sympathieerklärung für Tschangkaischek, wodurch die Rolle dieses Verräters an der chinesischen Revolution restlos enthüllt wird.

Die schändliche Rede Chamberlains wird Empörung und Entrüstung nicht nur in England und nicht nur bei den Arbeitern, sondern bei allen ehrlich denkenden Menschen hervorrufen. Es wird sich zeigen, ob die zahlreichen deutschen Intellektuellen, die gegen die bestialischen Hinrichtungen der chinesischen Kommunisten durch Tschangtsolin protestiert haben, auch den Mut aufbringen, Chamberlains nicht minder schändliche Haltung zu brandmarken. Die **sozialdemokratischen Arbeiter** sollen aber daran denken, daß die Politik dieses Chamberlain von den Führern der 2. Internationale, von **Macdonald bis Breitscheid**, gepriesen und unterstützt wird. Sie sollen daran denken, daß Chamberlains Aufforderung, die revolutionären Arbeiter schnell und gründlich auszurotten, nicht nur für China, sondern für die ganze Welt gilt! Sie sollen daran denken **und gegen die Unterstützung einer solchen Politik Sturm laufen.**

Nachklänge zur Stahlhelm-Niederlage

Die hallische Presse und der 8. Mai

Das Papier ist geduldig. Geduldiger sind aber manchmal die Leser der bürgerlichen Presse. Besonders was sie sich wieder mit der berühmtesten Eigenschaft der Schafe von der „Allgemeinen Zeitung" für Mitteldeutschland über den Stahlhelmaufmarsch in Berlin haben vorsetzen lassen, ist einfach — fabelhaft. Von der Meldung mit den 80 000 bis 120 000 Kommunisten, die nach Berlin unterwegs sein sollten, bis zu dem Bericht über die Demonstration am Sonntagabend in Halle ist alles ein einziger blöder Schwindel.

Unter der Ueberschrift **„Der Marsch nach Berlin"** wird den bedauernlichen Lesern **weisgemacht, der Stahlhelm habe Berlin ohne Waffen erobert.** Nachdem man mit schwülstigen Redensarten das zu beweisen versuchte, heißt es dann plötzlich, daß „der übeste Janhagel und Straßenweiber durch Fahnen, Pfeifen und Johlen ihre Zugehörigkeit zu den Kommunisten dokumentierten". Die ganze Wut über die Niederlage kommt dann noch in den folgenden Zeilen zum Ausdruck: „Man denke, wenn so etwas gegen den Roten Frontkämpfer-Bund in Szene gesetzt worden wäre!"

Wie sich hierzu folgende „schwungvolle" Redensart am Schlusse des Artikels reimt, ist einem vernünftigen Menschen unbegreiflich: „Und siehe, auf dem Rückmarsch sah man kaum noch eine rote, dafür aber die doppelte Anzahl schwarzweißroter Fahnen . . .". Das hat sicherlich ein Pfarrer geschrieben, denn siehe, dem sind sehr schnell alle Sünden und Lügen verziehen.

Ueber die Massenkundgebung auf dem Hallmarkt berichtet diese Zeitung, daß „die Ortsgruppen von Dölau, Ammendorf, Canena usw. nicht eine Gesamtzahl von 600 Teilnehmern zu überbieten vermochten". Dieses unverständliche Deutsch soll heißen, daß **insgesamt nur 600 Menschen auf dem Hallmarkt gewesen sind!** Was sagt die hallische werktätige Bevölkerung zu dieser verlogenen Behauptung?

Die „Hallischen Nachrichten" nehmen überhaupt keine Notiz von der Kundgebung auf dem Marktplatz. Auch über das Schauturnen der Arbeitersportler, dem mit großer Aufmerksamkeit auch viele gefolgt sind, die heute noch die „Hallischen Nachrichten" lesen, verständlich man nicht eine Zeile. Dafür werden sogar Bilder gebracht von einem bayrischen Trachtenfest.

Die „Hallischen Nachrichten" scheinen nur auf die höchstens 200 Teilnehmer an diesem Trachtenfest als Leser ihres bürgerlichen Kitsches und Schwindels zu rechnen.

Auf die „Hallesche Zeitung" und das „Volksblatt" einzugehen, verlohnt sich nicht, denn diese erscheinen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Bierfabrikant Seldte belautsprechert seine Landsknechte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270510-14/fragment/page=0001

Pressestimmen zum 8. Mai

Georg Bernhard in der „Vossischen Zeitung":

„... Die Geldgeber verfolgen in erster Linie ganz ähnliche Zwecke, wie früher mit der Unterstützung der gelben Gewerkschaften. Sie glauben, obwohl die schlechten Erfahrungen, die sie mit den „Gelben" gemacht haben, sie eigentlich eines Besseren belehren sollten, daß sie sich auf diese Weise eine Garde des „Wirtschaftsfriedens" mieten. Und sie verstehen unter „Wirtschaftsfrieden" nicht die verständige Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die jeden Teil zu seinem Rechte kommen läßt. Hier trifft sich vielmehr die Art des Denkens dieser Industrieführer mit jenen Stahlhelmführern die Frieden und Einigung nur dadurch herbeiführen wollen, daß sie selbst hundert Prozent rechtbehalten und der andere hundert Prozent nachgibt. Darin liegt ja die große Gefahr der Stahlhelmbewegung, daß hier die Begeisterung einer nach Idealen sehnsüchtigen Jugend ausgenutzt wird durch ganz kalt berechnende Geschäftsleute."

„Tägliche Rundschau" (Stresemann-Zeitung):

„Gerade heute, da die Errichtung einer bürgerlichen Regierung geglückt ist und Deutschnationale und Deutsche Volksparteiler in einer Regierung zusammenarbeiten, ist es wichtig, daß die Einheitlichkeit der nationalen Bewegung von einer neuen Truppe gestützt wird, die sich bisher außerhalb des Parteienstreites hielt und die Einheit des nationalen Willens als ihr Ziel setzt hat ... Wir können das nur begrüßen. Denn die aus der Not der Zeit geborenen und vom reinen nationalen Wollen beseelten nationalen Verbände wurden durch ihr Abseitsstehen allmählich ein Hemmnis für unsere politische Entwicklung."

„Vorwärts" vom Montagabend:

„Hysterisches Geschrei der Kommunisten und einiger Boulevardblätter hat dem Stahlhelmtag das Ansehen von etwas Grausigem, Furchtbarem, Gefährlichem bereitet, ein Ansehen, über das wahrscheinlich niemand erstaunter gewesen ist als die Masse der Stahlhelmer selbst ... Politisch gesehen, hat der Stahlhelmtag allerdings einige unangenehme Begleiterscheinungen. In der ausländischen Presse, besonders in Frankreich, wird er als eine Demonstration der Revanchekrieger gewertet. Die französischen Nationalisten saugen aus jeder Kundgebung deutscher Nationalisten Honig, wie es umgekehrt ebenso geschieht. Aber auch die wirkliche oder vermeintliche Angst der französischen Nationalisten ist aufgebauscht wie das Kraftmeiertum der Kommunisten.

So trotteten die Kriegsvereinler in Windjacke und Mütze müde und hungrig auf dem ungewohnten Asphalt, ohne daß die Militärmusik ihrer Kapellen sie über die Armseligkeit des Empfanges hinwegtäuschen konnte. Wenn an einzelnen Stellen in Arbeitervierteln den vorbeimarschierenden Gruppen das Mißfallen über ihren Besuch in besonders lebhafter und aggressiver Form zum Bewußtsein gebracht wurde, so mag das die Stimmung der Arbeiterbevölkerung gegen das provokatorische Auftreten des Stahlhelmführers richtig widerspiegeln, aber es war verschwendeter Kraftaufwand. Dies Objekt war nicht einmal die Entrüstung der Arbeiterschaft wert. Und wenn es wegen der Ansammlungen gelegentlich zu Zusammenstößen mit der Polizei kam, die tagelang in Alarmbereitschaft einen überaus schweren Dienst hatte, so war das erst recht überflüssig. Um des Stahlhelms willen lehnt es sich nicht, das Verhältnis der Berliner Arbeiter zur Berliner Polizei gespannter zu machen, als es bei der Nervosität des großstädtischen Lebens ohnehin ist. Die große Masse der Sozialdemokraten hat das richtig erkannt und die Kommunisten ihren Unfug allein verrichten lassen. Denn Kommunisten und Rechtsradikale arbeiten einander in die Hand, wie französische und deutsche Nationalisten. Die sozialdemokratische Bewegung geht an beiden mit Nichtachtung vorüber."

Mit anderen Worten: Der „Vorwärts" ärgert sich, daß dem Stahlhelm Berlin nicht kampflos überlassen worden ist und daß „die kleine Masse der Sozialdemokraten" mit den Kommunisten gegen den Stahlhelm marschierte.

„Berliner Volkszeitung" (Montag abend):

„Die Stahlhelmhäuptlinge werden nach ihrem gestrigen Eroberungssonntag heute einen erheblichen Kater mit sich herumtragen. Wir meinen das nicht nur wegen der treudeutschen Schoppen, die gestern abend nach getaner Arbeit geleert wurden, sondern vor allem wegen des eklatanten Mißlingens dieser feierlich angekündigten „Eroberung" Berlins ... Die riesigen Verfassungsdemonstrationen des Reichsbanners ebenso wie der Rote-Frontkämpfer-Tag im vergangenen Jahre haben sich jedenfalls im Gesamtbild der Reichshauptstadt unvergleichlich stärker gespiegelt als man das von der gestrigen schwarzweißroten Veranstaltung sagen kann."

„Berliner Tageblatt" (demokratisch):

„Auch die glühendsten Verehrer des Stahlhelms werden bekennen müssen, daß sie sich die Eroberung Berlins etwas anders vorgestellt haben. Von der preußischen Schutzpolizei vorn und hinten, rechts und links bewacht und beschützt, begaben sich die Gefolgsmannschaften der Herren Seldte und Duesterberg an ihren Versammlungsplatz. Sie dachten nicht an irgendwelche Ausschreitungen. Jeder Versuch dieser Art war von vornherein unmöglich gemacht durch die Polizeiketten, die den „Erobern" nur gerade soviel Durchblick gewährten, daß sie die Gleichgültigkeit und die Feindseligkeit der Berliner Bevölkerung wahrnehmen konnten."

„Tägliche Rundschau" (Stresemann-Blatt):

„Die kommunistische Gegendemonstration war ein ziemlich übler Reinfall. Man hatte sich auf der Linken darauf beschränkt, in hämischen Schimpfereien der Wut über die gelungene Eroberung Berlins" (?) Luft zu machen. An vielen Schaufenstern, Haustüren usw. klebten kleine rote Zettel, auf denen man las: „Wer bezahlt den Stahlhelmeinmarsch, Proleten? Das Kapital mit Euren Moneten!" Die Kommunisten hatten darüber hinaus aber auch ihre Mitglieder, die übrigens sämtlich „Zivil" trugen und die jedes Abzeichen, das auf den Roten Frontkämpferbund oder die KPD. hindeutete, sorgfältig vermieden hatten, in sehr geschickter Weise zu Demonstrationen auf die Straße gebracht. Längs der Einmarschstraßen stauten sich Tausende und aber Tausende von Leuten, die zum allergrößten Teil Räder mit sich führten. Erschienen die Stahlhelmzüge, stimmten die Gegner die Internationale an, während Sprechgruppen immer wieder riefen: „Den Faschisten den Tod! Berlin bleibt rot! Nieder mit dem Faschismus! Eure Rechnung hat ein Loch! Wir Kommunisten siegen doch!" Die Polizei mußte immer wieder eingreifen und die Menge abtreiben. Dann fuhren Hunderte mit ihren Fahrrädern durch eine Parallelstraße vornus, sammelten sich weiter vorn wieder und so zogen die kommunistischen Trupps bis in die Nähe des Lustgartens mit."

Eine beachtliche Aufgabe nach dem Stahlhelmaufmarsch

Unter den in Berlin aufmarschierenden 40 000 Stahlhelmleuten waren nebe Industriearbeitern der Hauptteil Landarbeiter und handarbeitende Bauern, also Männer, die vom Kapitalismus ausgebeutet und unterdrückt werden, und sich trotzdem noch in kapitalistischem Interesse mißbrauchen lassen. Nicht allein als Zwangsmitglieder infolge des Gutsbesitzerterrors sind diese Arbeiter und die werktätigen Bauern im Stahlhelm. Die Enttäuschung an der Arbeiterbewegung, infolge des Verrats der sozialdemokratischen Führer hat sie größtenteils den nationalistischen Hetzlügen der Stahlhelmführer gegen die Arbeiterbewegung zugänglich gemacht.

Der Kampf gegen die verräterische Politik der SPD-Führer, gegen die Herren um den Stahlhelm „Vorwärts", ist darum auch ein wesentlicher Bestandteil unseres Kampfes gegen den Stahlhelm. Andererseits muß und kann dem Stahlhelm der Boden entzogen werden durch unsere revolutionäre Agrarpolitik, die aber in verstärktem Maße den ländlichen Werktätigen zur Kenntnis gebracht werden muß. Der Kampf gegen den Stahlhelm stellt uns deshalb als wichtige Aufgabe die Verstärkung und Systematisierung unserer Landpropaganda.

Auf dem Lande können wir den Stahlhelm ins Herz treffen. Der Aufmarsch des Stahlhelm in Berlin erleichtert uns dies. Die ländlichen Stahlhelmmitglieder haben in Berlin die Stärke der revolutionären Arbeiterbewegung, ihre Disziplin und Entschlossenheit gesehen. Sie sind schwankend, zweifelnd an ihrer Sache von Berlin abgezogen. Das ist einer der großen Erfolge der Kommunistischen Partei, die die Arbeitermassen am Stahlhelmtage auf die Straße rief. Wäre die Berliner Arbeiterschaft wieder den SPD.-Führern gefolgt und hätte Berlin den Stahlhelmern überlassen, dann wäre die Front des Stahlhelms gefestigt und gestärkt worden. Die Berliner Arbeiterschaft ließ sich aber nicht zum indirekten Helfer der Stahlhelmführung degradieren und hat die Stahlhelmfront ins Wanken gebracht. Das muß ausgewertet werden, ehe es dem Stahlhelm wieder gelingt, seine Reihen zu ordnen, die Depression zu überwinden.

Darum hinaus aufs Land! Entreißt der Stahlhelmführung die werktätigen Arbeiter und Bauern, reiht sie ein in die rote Klassenfront.

Der Geist von Potsdam

(Eig. Meldg.) **Berlin**, 9. Mai.

Als Abschluß des Berliner Stahlhelmtages fand heute in Potsdam ein neuerlicher Aufmarsch der noch in Potsdam gebliebenen Stahlhelmer vor dem Seiterwasserfabrikanten Seldte statt. Nach Meldungen bürgerlicher Blätter nahmen daran etwa 5000 Personen teil. Der deutschnationale Oberbürgermeister von Potdam begrüßte die Stahlhelmer als willkommene Güste der Stadt Potsdam und teilte mit, daß der Potsdamer Magistrat 5000 Mark für die Stahlhelmfeier zur Verfügung gestellt hat. Der „Geist" von Potsdam ist wieder einmal gewahrt!!

Hergt und die Putschpläne von Claß

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 10. Mai.

Wie das „Berliner Tageblatt" mitteilt, wurden die im vergangenen Jahre unter dem Verdacht des Landesverrats verhafteten Dr. Dietz und Dr. Goldmann am Sonntag auf Anordnung des Oberreichsanwaltes aus der Untersuchungshaft entlassen. Wie das Blatt ferner mitteilt, hat Dr. Dietz zu Protokoll gegeben, daß der jetzige deutschnationale Reichsjustizminister **Hergt und noch eine Reihe anderer hochgestellter Persönlichkeiten von den hochverräterischen Plänen des Justizrat Claß gewußt habe.** Dr. Dietz wurde ein Landesverratsverfahren angehängt, weil der Einfluß der faschistischen Staatsstreichclique um Claß und Sodenstern soweit in die Klassenjustiz hineinreicht, daß sie sich an Dr. Dietz rächen konnten.

Eine Moskauer Stimme über den Stahlhelm-Tag

(OE.) **Moskau**, 8. Mai.

Die Moskauer Zeitung „Wetschernaja Moskwa" schreibt zum Berliner Stahlhelm-Tag: In Deutschland „riecht es stark nach Mussolinien". Nur die Kommunistische Partei Deutschlands habe den notwendigen Alarmruf gegen die Stahlhelm-Tagung erhoben und die Arbeitermassen zu energischem und aktivem Widerstande aufgefordert, die Sozialdemokratische Partei dagegen sei ihrer gewöhnlichen feigen und verräterischen Stellungnahme treu geblieben, sie habe nichts besseres zu tun gewußt, als die Arbeiter zur Nichtbeachtung des Stahlhelm-Tages aufzufordern und ihnen nahezulegen, an diesem Tage außerhalb Berlins „am Busen der Natur zu ruhen".

Der Außenhandelsmonopol der Sowjetunion bleibt!

Montag vormittag versammelten sich in Genf die Kommissionen für den Handel, die Industrie und die Landwirtschaft in gesonderten Sitzungsräten. Die Handelskommission wählte drei Unterausschüsse, und zwar für Handel, Zollfragen und Schiffahrt. Die zweite Kommission will später für das Problem der Arbeitslosigkeit eine besondere Unterkommission schaffen. Die landwirtschaftliche Kommission bildet ebenfalls drei Unterkommissionen.

Kommissionen sind also genügend zusammengesetzt, Arbeit ist auch vorhanden, denn es sieht böse aus im Hause der kapitalistischen Weltwirtschaft. Aber die Schwierigkeiten werden die Kapitalisten nicht lösen können.

In der Kommission für Handelsfragen machte ein Franzose eine ganze Reihe von widerspruchsvollen Vorschlägen, die sicherlich nur den einen Zweck hatten, die Aufmerksamkeit von dem französischen Hochschutzzolltarif abzulenken. Daß dann nach den deutschen Meldungen der Staatssekretär Trendelenburg treffende Vorschläge machte, ist eine Angelegenheit der nationalen Belange. Er polemisierte für **die Wiedereinführung der handelspolitischen Sitten der Vorkriegszeit.** Dieses Verlangen ist höchst reaktionär. Er wies dann darauf hin, daß es notwendig sei, gemeinsam mit den russischen Delegierten Mittel und Wege zu finden, um **eine Verbesserung des Handelsverkehrs mit der Sowjetunion** herbeizuführen. Der Leiter der russischen Delegation, Genosse Ossinski, hielt dann in der Handelskommission eine mit spannender Spannung erwartete Rede über das sowjetrussische Außenhandelsmonopol. Er betonte, daß es der **Ausdruck und die Basis des sozialistischen Wirtschaftssystems der Sowjetunion sei. Mit seiner Beseitigung fordere man die Beseitigung des sozialistischen Systems überhaupt. Aus diesen und aus vielen anderen Gründen sei an eine Beseitigung des Außenhandelsmonopols nie zu denken.** Im übrigen hat das Monopol auch die Beziehungen der Sowjetwirtschaft zum Ausland glänzend geregelt und gefördert.

LENIN SÄMTLICHE WERKE

Demnächst erscheint Band XIII

Materialismus und Empiriokritizismus

Kritische Bemerkungen über eine reaktionäre Philosophie

Inhalt: Einleitung. — I. Die Erkenntnistheorie des Empiriokritizismus und des dialektischen Materialismus. II. Der dialektische Materialismus und das Ding-an-sich. III. Der dialektische Materialismus und die Metaphysik. IV. Die philosophischen Idealisten als Mitkämpfer und Nachholzer der Empiriokritizisten. V. Die neue Revolution in der Naturwissenschaft und der philosophische Idealismus. VI. Der Empiriokritizismus und der historische Materialismus. — Anhang.

Sonderangebot:

Anstatt Mark 8.— nur 5.— gebunden 4.— broschiert, wenn der Betrag bis zum 10. Juni 1927 bei der Buchhandlung oder auf Postscheckkonto Berlin 46 369. Literaturvertrieb G. m. b. H. Berlin SW 61. Planufer 17. eingezahlt ist. Auslieferung erfolgt garantiert am 15. Juni 1927.

3. Kongreß der KP. Chinas

(Inprekorr.) **Hankau**, 8. Mai.

In Hankau wurde am 1. Mai der 3. Kongreß der KP. Chinas eröffnet. Es waren 94 Delegierte mit beschließender, über 30 Delegierte mit beratender Stimme anwesend. Den Organisationsbericht des Zentralkomitees legte der Genosse Tschen Tu Su vor. Er wies darauf hin, daß die KP Chinas gegenwärtig 57 967 Mitglieder zählt, wohingegen ihr in der Zeit des vorigen Kongresses, im Januar 1925, nur 994 Personen zugehörten. In derselben Zeitspanne hat sich der Bestand des Kommunistischen Jugendverbandes von 2565 auf 35 000 Mitglieder erhöht.

Im Jahre 1925 waren in den Gewerkschaften 150 000 Arbeiter organisiert, jetzt haben die Gewerkschaften 2 800 000 Mitglieder. Die Mitgliederzahl der Bauernverbände ist in der gleichen Zeitspanne von 200 000 auf 9 829 000 gestiegen. Der sozialen Zugehörigkeit nach sind in der Partei am meisten die Arbeiter vertreten. In den Studentenverbänden sind 420 000 Personen zusammengeschlossen.

Der politische Bericht des Zentralkomitees, den ebenfalls Genosse Tschen Tu Su vorlegte, rief lebhafte Debatten, die vier Tage andauerten, hervor. An den Debatten nahmen Vertreter der Komintern, fast sämtliche Mitglieder des früheren Zentralkomitees und viele Delegierte aus der Provinz teil. In der Nacht auf den 4. Mai wurden die Debatten mit dem Schlußwort Tschen Tu Sus geschlossen. Am 5. Mai nahm der Kongreß das Referat des Genossen Roy entgegen.

Die Resolutionen des Kongresses werden später bekanntgegeben werden.

Um die Pazifik-Gewerkschaftskonferenz

Streiflichter von den Klassenkämpfen im fernen Osten

(Inprekorr.) **Schanghai**, 8. Mai.

Die hier eingetroffenen Delegierten des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion zur Pazifik-Gewerkschaftskonferenz, Losowski, Ismailow und Budnik, wurden in Hongkong für zwei Stunden verhaftet, obwohl sie ein englisches Durchreisevisum hatten. Nach zweistündiger Haft am Bord des Flußdampfers wurden die Delegierten in Begleitung von Polizisten und Spitzeln in einem Polizeischiff auf den amerikanischen Dampfer „Jefferson" befördert. Die ganze Nacht hindurch, solange der Dampfer im Hafen lag, waren in den Gängen an den Kabinen der Delegierten englische Spitzel postiert. Die Delegation legte Protest gegen das gesetzwidrige Vorgehen der Hongkonger Behörden ein.

Genosse Losowski erklärte in einer Unterredung, die Pazifik-Gewerkschaftskonferenz habe nicht stattfinden können, angesichts der Verhaftung der japanischen Delegierten, der Weigerung, den australischen Delegierten die Pässe auszustellen, sowie angesichts der Ereignisse in Kanton, die die Allchinesische Gewerkschaftsföderation verhinderten, an der Konferenz teilzunehmen. Unter diesen Umständen mußte die Konferenz auf den 15. Mai, nicht in Kanton, sondern in Hankau, wo Vertreter aus der Sowjetunion, Frankreich, den Vereinigten Staaten, aus England und Java zugegen sein werden, angesetzt werden. Diese Konferenz wird den Grundstein zur Vereinigung der gewerkschaftlichen Organisationen der Küsten des Stillen Ozeans legen.

Zur Lage in Kanton erklärte Genosse Losowski, daß dort während des Aufenthaltes der Delegation einige Hundert Personen, vorwiegend Kommunisten und linke Gewerkschaftsführer, erschossen wurden. Die Bauernpartisanenbewegung verstärkt sich, die Zahl der Partisanen, denen sich die aus den Städten vertriebenen Arbeiterwehren angeschlossen haben, erreicht 10 000. Die Lage Li Tschin Lings, der den Umsturz in Kanton ausgeführt hat, hat sich nicht gefestigt. Er ist gezwungen, beträchtliche Truppenteile zur Unterdrückung des Aufstandes in die Kwantung-Provinz zu entsenden.

Die Verhaftungen in Schanghai dauern an. 8 Personen, die der kommunistischen Tätigkeit verdächtigt wurden, wurden verhaftet, eine große Menge von Schriften wurde beschlagnahmt.

In Sachen des Komitees der indischen Nationalisten wurden noch 4 Inder verhaftet. Sämtliche verhafteten Inder werden beschuldigt, die Ermordung des Chefs der englisch-indischen Polizei vorbereitet sowie revolutionäre Schriften verbreitet zu haben. Das Gebäude des englischen Gerichts, wo heute offiziell die Anklage erhoben werden soll, ist von Indern überfüllt und stark bewacht.

Partisanenbewegung der „roten Lanzen" gegen die weißen Armeen

(Eig. Drahtm.) **Schanghai**, 10. Mai.

Die Partisanenbewegung im nördlichen Teile der Provinz Honan greift immer mehr um sich. Die „roten Lanzen" reorganisieren ihre Truppenteile zu einer Volksmiliz. Einige Bezirke östlich und westlich der Eisenbahn Peking-Hankau sind von den Partisanen besetzt. Die Mukden-Truppen sind außerstande, die Bewegung zu unterdrücken. Die militärische Nordexpedition der Wuhan-Regierung hat eine Reihe von Siegen in der Provinz Honan, nördlich von Tschumatsion (an der Eisenbahnlinie Peking-Hankau) davongetragen.

Schreckensurteile in Italien

(Eig. Meldg.) **Rom**, 9. Mai.

Vor den faschistischen Terrorgerichten standen dieser Tage drei angebliche Mitglieder des italienischen Exekutivkomitees der Kommunisten. Sie waren angeklagt des Versuchs, das faschistische Regime in Italien zu beseitigen. Mussolini ließ durch sein Terrorgericht Gefängnisstrafen von 4 bis 7 Jahren aussprechen.

Vor einem Gemeindearbeiter-Streik in Zeitz

Der Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband Zeitz schreibt: Nach genauer Information hat der Arbeitgeberverband den vom Zentralausschuß gefällten Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von 4 Pf. in der Spitze vorsah, auch noch abgelehnt. Infolgedessen besteht Streikgefahr für die einzelnen Gemeinden und auch für die Bevölkerung der Stadt Zeitz. Der Arbeitgeber-Verband treibt dadurch, daß er einen **Wochenlohn von 25 Mark** noch als genügend bezeichnet, die städtischen Arbeiter zum Aeußersten. Die Urabstimmung über den Streik in Zeitz ergab **86 Prozent für, 14 Prozent gegen den Streik.** Die Streikgenehmigung kann jeden Tag eintreffen. Der Magistrat wird auf die Gefahr aufmerksam gemacht werden. Wir werden auf die Sache nochmals zurückkommen und die Zeitzer Bevölkerung von der Berechtigung unserer Forderungen überzeugen.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Der Friedens-Nobelpreisträger Stresemann wird sich nach Oslo begeben, um den in den Satzungen der Stiftung vorgesehenen Vortrag zu halten.

Die reaktionäre Leitung der Reichsbahndirektion beziffert die Zahl der bei ihr zur Beförderung nach Berlin gemeldeten Stahlhelmleute angeblich auf 120 000 Personen. Da aber statt der gemeldeten 80 nur 40 sehr mäßig besetzte Sonderzüge eingetroffen sind, wird hierdurch amtlich die Stahlhelmpleite bestätigt.

Der Staatsgerichtshof hat nunmehr in dem Streit zwischen Reich und Preußen wegen der Ernennung von Mitgliedern des Verwaltungsrates der Reichsbahn entschieden, daß das Reich berechtigt ist, den von Preußen Benannten zum Mitglied zu ernennen. Danach ist die seinerzeitige Ernennung des früheren Reichskanzlers Dr. Luther zum Mitgliede des Verwaltungsrates durch das Reich zu unrecht erfolgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270510-14/fragment/page=0002

Die Foltermethoden der Stahlhelmjustiz in den preußischen Kerkern

Rede des Genossen Menzel, Halle, zum preußischen Justizetat

Bei der am Sonnabend abgeschlossenen Beratung des Etats der preußischen Justiz ergingen sich die Redner der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie in Lobhudeleien auf die angeblich von der preußischen Stahlhelmjustiz durchgeführte Strafvollzugsreform. Wer diese Reden anhörte, mußte den Eindruck gewinnen, als herrsche so viel Humanität in den preußischen Gefängnissen und Zuchthäusern, daß es eine wahre Lust sein müsse, in den Kerkern der Stahlhelmjustiz eine Strafe abzubüßen. Nur schade, daß die proletarischen politischen Gefangenen von dieser „Humanität“ des preußischen Strafvollzugs noch nichts gespürt haben. Unser alter Genosse Menzel, der sich im wahrsten Sinne des Wortes als Vater der Opfer der kapitalistischen Klassenjustiz hochverdient gemacht hat, mußte darum in einer scharfen Anklagerede

das Märchen von der „Humanität“

des preußischen Strafvollzugs restlos zerstören.

Das Material, das der Genosse Menzel vortrug, enthält hundertfache Beweise dafür, daß in vielen Gefängnissen die proletarischen politischen Gefangenen wahren Höllenqualen unterworfen werden. Die Beamten, die im Jahre 1916 schon im Amte waren, wo man die Gefangenen noch auf den Prügelbock spannte, sie vom Prügelbock ins Lazarett und vom Lazarett dann in einigen Tagen wieder auf den Prügelbock brachte, dieselben Beamten üben heute noch das Handwerk des Strafvollzugs aus. Niemand wird glauben können, daß diese Beamten nun auf einmal humane Leute geworden sein sollen.

Ein Folterknecht im wahren Sinne des Wortes ist der Direktor Stickrodt, der das Untersuchungsgefängnis in Bochum leitet und dort unseren Parteigenossen Margies nach Strich und Faden piesackt.

Alle gefangenen Genossen sagten ferner übereinstimmend aus, daß sie im Gefängnis zu Bochum von Wanzen fast aufgefressen worden sind. Nach vielen Beschwerden des Genossen Margies wurde endlich seine Zelle ausgeräuchert. Doch da an Schwefel gespart wurde, überdauerten die Wanzen die Ausräucherung. Der Leidtragende war lediglich Genosse Margies selbst. Nach der Ausschwefelung wurde er sofort wieder in die Zelle gebracht und hatte dort mehrere Tage unter der Wirkung der in der Zelle verbliebenen schwefligen Dämpfe aufs schwerste zu leiden.

Alle 14 Tage soll der Gefangene im Gefängnis ein Bad bekommen. Aber das ist in Bochum nicht möglich, weil die Wasserleitung oder das Bad lange Zeit kaputt war und auch nicht repariert wurde. Der Genosse Margies bekam alle sieben Tage einen halben Liter Wasser aus der Gefängnisküche, damit er sich reinigen solle. Als er seine Frau beauftragte, ihm doch jede Woche eine große Thermosflasche mit zwei Liter warmem Wasser zu bringen, lehnte dies der Direktor Stickrodt ab. Ebenso war es mit der Wäsche bestellt.

In der schikanösesten Weise wird Genosse M. auch in bezug auf Aushändigung der Literatur behandelt. Die einzige Zeitung, die er lesen darf, das sozialdemokratische „Bochumer Volksblatt“, erhält er zerschnitten. Sogar ein amerikanischer Roman wurde ihm regelmäßig aus der Zeitung herausgeschnitten. Nicht eine Stunde ließ St. dem Genossen Margies Zeit, um sich auf den Verhandlungstermin vorzubereiten. Er mußte von früh bis abends arbeiten. Als Genosse Margies Stickrodt darauf aufmerksam machte, daß er eventuell

vor einem Todesurteil

stehe und ihn bat, ihn einen Tag zur Vorbereitung auf die Verhandlung freizulassen, erhielt er die Antwort:

Sie sind Strafgefangener und müssen arbeiten, sonst bekommen Sie Arrest.“

Selbst am Tage der Verhandlung wurde ihm die Nägelstanzmaschine in die Zelle gestellt, obwohl er schon um ½9 Uhr morgens täglich zur Verhandlung antreten mußte. Nach zehntägiger Verhandlung wurde die Beweisaufnahme geschlossen und der Anklagevertreter verlangte einen Tag Pause, um sich auf seinen Antrag vorzubereiten. Genosse Margies glaubte, ebenfalls einen Tag verlangen zu können, um sich zu seiner Verteidigungsrede vorbereiten zu können. Zehn Tage wurde von früh bis abends spät verhandelt, keinen Tag bekam er Mittagessen, weil durchverhandelt wurde. Nach der Verhandlung mußte er ins Bett, wurde eingeschlossen und mußte die Kleider abgeben. Das war im Januar. **Keinen Augenblick hatte Genosse Margies Zeit, um die Ergebnisse der Beweisaufnahme zu prüfen und zu sichten.**

Kaum hatte er die Zelle betreten, als auch schon der Folterknecht Stickrodt den Hauptwachtmeister zu ihm schickte mit der Drohung, wenn er anderntags die Arbeit verweigere, käme er unbedingt in verschärften Arrest.

Diese Drohung leistete sich der Folterknecht, trotzdem er wußte, daß Genosse Margies mit dem Antrage des Staatsanwalts auf Todesstrafe rechnen mußte! Das war zuviel für die Nerven des braven Parteigenossen Margies. Nun hatte ihn der Folterknecht Stickrodt soweit, daß seine Nerven zusammenbrachen und er die Zelle kurz und klein schlug.

Ein anderes Kapitel der Grausamkeiten gegen die Gefangenen in den Strafanstalten ist

die ärztliche Behandlung von Kranken.

Auf der Berliner Polizeiausstellung war eine Statistik ausgestellt, laut der **jeder sechste Gefangene der Strafanstalten syphiliskrank** ist. Laut derselben Statistik werden aber nur 2,5 Prozent der Syphiliskranken in den Gefängnissen ärztlich behandelt. Genosse Menzel berichtet, daß er täglich Briefe von Gefangenen bekommt, die ihm alle klagen, daß sie geschlechtskrank seien, daß sie Lues hätten, daß die Krankheit wieder zum Ausbruch käme, daß aber der Gefängnisarzt nichts täte. Dabei nicht genug, es herrschen auch sonst bezüglich der Krankenbehandlung in den Gefängnissen die grauenvollsten Zustände. Nicht einmal die Medizin, die den Kranken verschrieben wird, erhalten sie in einwandfreiem Zustande. Genosse Menzel hielt dem Justizminister einen schmutzigen Papierfetzen unter die Augen, in dem einem Kranken eine Medizin verabfolgt wurde, von der er nach Bedarf eine Messerspitze einnehmen sollte. Jeder Bauer wird einen Tierarzt mit dem Prügel von seinem Hofe jagen, wenn er aus einem solchen schmutzigen Behältnisse seinem Vieh eine Arzenei verabreichen wollte.

Auch

die Brief- und Literaturschikane

ist in den preußischen Gefängnissen immer noch in vollstem Gange. Von den Direktoren der Strafanstalten werden sogar Briefe beschlagnahmt, die geschrieben wurden, um die Gefangenen wieder aufzurichten. Wie Gefangene mitteilten, wurde sogar in der neuesten Zeit eine ministerielle Verfügung herausgegeben, in der gesagt wird, die Briefzensur müsse vorsichtiger gehandhabt werden, denn es würden kommunistische Umtriebe in den Anstalten getrieben. Ein Gefangener wandte sich an den Genossen Menzel, um zu erfahren, wie es mit dem Dreistufensystem stehe, das in den Gefängnissen eingeführt werden solle. Genosse Menzel schrieb ihm, es handele sich um einen Versuch des Justizministeriums, gedruckte Richtlinien dafür habe er vom Ministerium aber noch nicht erhalten können. Der Brief wurde beschlagnahmt. Das ist ein erneuter Beweis dafür, daß sogar die Briefe der Landtagsabgeordneten an Gefangene nicht ausgehändigt werden. In diesem Falle schrieb der Gefangene dann an seine Verwandten, jetzt sei er ganz verlassen, denn noch nicht einmal vom alten Menzel, der sich doch immer für die politischen Gefangenen eingesetzt habe, könne er jetzt eine Antwort erhalten. In Düsseldorf ist dem Genossen Schiemann auch ein Schreiben der Roten Hilfe vom 7. April 1927 wegen angeblich „agitatorischen und verhetzenden Inhalts“ nicht ausgeliefert worden. Der Inspektor Kotlick händigt den Gefangenen Briefe nicht aus, befördert auch die Briefe der Gefangenen nicht weiter, wenn darin das Wort Reaktion und Diskussion steht! Die Beamten sagen, Reaktion bedeute Regierung und Diskussion sei ein politisches Schlagwort. Solche Ausdrücke seien deshalb in einer unpolitischen Anstalt nicht zulässig. Als der Genosse Menzel bei einem Besuch im Gefängnis dem wegen dieser Schikanen erregten Genossen Klein beruhigend die Hand auf den Arm legte und ihm sagte, daß er sich im Zuchthaus als

ein im Klassenkampf kriegsgefangener Soldat

fühlen müsse, der nicht ohne schweren Grund gegen den Stacheldraht laufen dürfe, wollte ihm Kotlick sogar solche Reden vom Klassenkampf untersagen.

Ein dissidentischer Gefangener in Celle wollte zu Weihnachten — es war jedem Gefangenen gestattet, sich ein Buch auszubitten — einen Abreißkalender. Der Direktor und auch der Strafvollzugspräsident Muntau haben dies ihm kühl und abstoßend verweigert. Da er keinen Abreißkalender bekommen konnte, wünschte sich der Gefangene ein Buch über Botanik, auch das erhielt er nicht, denn der Präsident Muntau war der Meinung, ein Botanikbuch diene nicht zur Fortbildung wie die Bibel. **Also eine Bibel dient zur Fortbildung, aber nicht ein Lehrbuch über Botanik.** Die Rote Hilfe hat den Gefangenen oft, wenn sie sich Bücher wünschten, einen Katalog der „Viva“ geschickt, damit sie sich etwas aussuchen. Auch das ist verboten worden. Es ist eine Gefühlsrohheit sondergleichen, daß man den armen Gefangenen eine geistige Kost aufzuzwingen versucht, die sie nicht vertragen können. Nichtsdestoweniger hat die Rote Hilfe alles getan, um die armen Gefangenen zu beruhigen.

Auch

bei der Gefängnisarbeit

herrscht in den Gefängnissen eine rigorose Schinderei und Ausbeuterei. Von den Gefangenen, die auf dem Himmelmoor bei Rendsburg beschäftigt sind, kommen geradezu erschütternde Hilfeschreie. Es sind dort Leute beschäftigt, die ihr Leben lang schwer gearbeitet haben. Die Arbeit, die sie zu verrichten haben, können sie ohne schwere Gesundheitsschädigung nicht verrichten. **Wenn die Leute abends zum Schlafen gehen, zittern sie an allen Gliedern. Sie haben ihre letzte Kraft im Moor gelassen. Wenn die Woche herum ist, haben sie im Akkord 10 Mk. verdient. Das Arbeitspensum, das verlangt wird, ist ganz ungeheuerlich. Der Torf wird geriegelt und in Reihen aufgesetzt. Jede Reihe ungefähr drei Riegel hoch und 40 Zentimeter lang. Immer drei solche Reihen nebeneinander. Von diesen drei nebeneinanderliegenden Sodenreihen nassen schweren Moors sind 60 laufende Meter täglich als Arbeitspensum bestimmt. Für jeden weiteren Meter gibt es 1 Pf. Aus den Briefen, die Genosse Menzel vorliest, geht hervor, daß die Gefangenen, die die Arbeit oft bei strömendem Regen verrichten müssen, die schwersten gesundheitlichen Qualen leiden, um einige Groschen zu verdienen.**

Wenn die Schinderei und Ausbeutung bei der Gefängnisarbeit so betrieben wird, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß von der Stahlhelmjustizverwaltung Preußens

20 Millionen Mk. aus der Arbeit der Gefangenen herausgeschunden

werden. 2½ Millionen Mk. von dieser Summe will die Justizverwaltung an Löhnen auszahlen.

Wenn die Gefangenen ihr Pensum verrichten, können sie in der Lohnklasse 1 im besten Falle 4 Pf. pro Tag verdienen. In der Lohnklasse 2 8 Pf. usw., bis zu Lohnklasse 8, wo sie es bei der unmenschlichsten Anstrengung auf höchstens 20 Pf. den Tag bringen können.

Bei solchen Lohnsätzen kann selbstverständlich den Strafgefangenen, wenn sie ihre Strafe verbüßt haben, nicht weitergeholfen werden. Sie werden ja um ihren sauer verdienten Lohn betrogen. So kommt es dann, daß der Gefangene, wenn er die Anstalt verläßt, nichts auf dem Leibe hat und mit ein paar Mark vor der Anstalt steht, die bald aufgebraucht sind, da ja schon der freie Arbeiter keine Arbeit erhalten kann, geschweige denn der entlassene Zuchthäusler. Die entlassenen kriminellen Gefangenen müssen ja rückfällig werden, auch wenn sie nicht wollen. **Die Schuld für das Rückfälligwerden trifft den Staat.**

Von einer Entlassungsfürsorge kann überhaupt nicht gesprochen werden. Für diesen Zweck sind nur 300 000 Mk. im Etat eingesetzt. Die Angehörigen der Gefangenen bleiben der Fürsorge der Gemeinden überlassen. Und diese „Fürsorge“ ist traurig genug. In Ostpreußen erhält eine Ehefrau eines Gefangenen für sich, ihre Kinder und die Großmutter ganze 8 Mk. monatlich.

Die Arbeiterschaft hat in der Roten Hilfe

ein großzügiges Solidaritätswerk

geschaffen, um die schlimmste Not der politischen proletarischen Gefangenen, ihrer Angehörigen und Kinder zu lindern. Sie vollbringt das Werk, das eigentlich die christliche Gesellschaft vollbringen müßte, wenn sie christlich handeln wollte. Das tut sie nicht, dafür aber wird die Rote Hilfe von der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Klassenjustiz bekämpft und verfolgt.

Was die Rote Hilfe vollbringt, dafür einige Zahlen. Im Jahre 1925, als die Schnellfeuerjustiz auf der Arbeiterschaft herumtrommelte, hat die Rote Hilfe

1 415 786 Mk. für die politischen Gefangenen

zusammengebracht und ausgegeben. Der Justizminister hat die Amnestie mit der Begründung verweigert, daß in den preußischen Gefängnissen nur 81 politische Gefangene vorhanden seien. Von der Klassenjustiz wird selbstverständlich die Ueberzeugungstäterschaft in der kleinlichsten Weise gehandhabt. Höchstens dem zehnten Teil der verurteilten Revolutionäre wird die politische Ueberzeugungstäterschaft zugesprochen. Daß die Zahl der politischen Gefangenen viel größer ist, als das Justizministerium angibt, geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Rote Hilfe im Monat Januar 61 531,95 Mark an Unterstützungen für die Familien der Gefangenen und für Rechtsschutz ausgegeben hat.

Die in der Roten Hilfe zusammengeschlossene Arbeiterschaft läßt ihre Familien nicht im Stich. Mögen Sie mit Ihrer Nadelstichpolitik, mag die Polizei und die Klassenjustiz die Rote Hilfe und ihre Vorstandsmitglieder noch so rigoros verfolgen, die Arbeiterschaft wird ihr Solidaritätswerk in der Roten Hilfe fortsetzen. All Ihr Haß gegen die Arbeiterklasse, all das Wüten der Polizei und der Stahlhelmjustiz gegen das klassenbewußte Proletariat wird die Solidarität der Gesamtarbeiterschaft nur stärken. Die Rote Hilfe bleibt bestehen trotzdem und alledem! (Bravo und Händeklatschen bei den Kommunisten!)

Beim Abschluß der Beratungen des Justizetats war aus den Reden der bürgerlichen Abgeordneten Meyer-Herford, Lüdicke und Falk zu entnehmen, wie stark die Kritik des Genossen Menzel an dem Strafvollzug in ihren Reihen gewirkt und sie zu Konzessionen gezwungen hat. Für das Justizministerium erklärte Ministerialdirektor Hasse, daß die von dem Abgeordneten Menzel angeführten Fälle einer sorgfältigen Nachprüfung unterzogen würden, da er nicht in der Lage sei, sofort auf sie einzugehen.

Abenteuer in Florenz

32]

Roman von Lawrence H. Desberry

Agis-Verlag, Wien — Berlin 1926

Einzig berechtigte Uebertragung aus dem Amerikanischen von Hermynia Zur Mühlen

„Das stimmt. Wir wären ja auch ganz anders gegen Ihre Schwarze Reichswehr vorgegangen, hätten wir uns nicht von diesem Gedanken leiten lassen.“

„Besonderes Gewicht“, warf Herr Ferenc von Ullain ein, „ist auf den Antisemitismus zu legen, der zweierlei Zwecke verfolgt: erstens, die armen revolutionären Juden unschädlich zu machen und, zweitens, aus den reichen, durch Drohungen eingeschüchterten Juden Geld herauszupressen. Denn wir dürfen uns nicht verhehlen, meine Herren, daß der Kampf gegen das rote Gesindel viel Geld kostet. Bei uns zum Beispiel beginnen die Kassen bedenklich leer zu werden.“

Er blickte dabei auf Herrn Harry Brand, der als einer der reichsten Männer Amerikas galt.

Aber der Amerikaner hörte anscheinend auf diesem Ohr nicht. Er gähnte leicht und zündete sich eine Zigarette an.

„Einige der unseren hatten bereits den Plan erwogen“, fuhr Herr Ferenc von Ullain fort, „ob nicht . . .“, er stockte einen Augenblick, „gefälschtes Geld . . .“

Ein Lachen tönte durch den Saal, die Delegierten riefen durcheinander: „Aber nicht das unseres Landes!“

Herr Brand jedoch sprach feierlich:

„Diesen Vorschlag, meine Herren, kann ich unmöglich gutheißen, das Geld ist eine ernste und heilige Sache, mit der kein Spiel getrieben werden darf; außerdem“, fügte er nüchtern, im geschäftlichen Ton hinzu, „dürfte es Ihnen nicht gelingen, Dollarnoten noch englische Pfund täuschend zu fälschen.“

Tommy war zumute, als würde er von einem bösen Traum gefoltert. Hier zu sitzen, anzuhören, wie gegen die Seinen ein regelrechter Schlachtplan entworfen wurde, genau ausgearbeitet, bis in die kleinsten Details: die systematische Verelendung der Völker, der militärische Putsch, die Diktatur des Militärs für die einen, die Wiedereinsetzung der Monarchen für die anderen Länder. „Wenn ich eine Bombe hätte“, dachte er bei sich, „ich würde sie in den Saal schleudern, einerlei, ob auch Brian und ich dabei zugrunde gehen. Das mag nun freilich nicht marxistisch sein. Aber haben solche Bestien ein Recht, zu leben, die Luft einzuatmen?“

Er senkte den Kopf, fühlte, wie der Haß seine Züge verzerrte. Ihm gegenüber saß Dia, der Meuchelmörder, zwar noch etwas blaß nach den Erlebnissen der vorhergegangenen Nacht, aber eifrig bei der Sache, voll geifernder Wut.

„Wie lange“, dachte Tommy, „werde ich mich noch beherrschen können?“

Diese Frage sollte nur allzubald eine Antwort erhalten.

Von der Straße herauf klang das Marschieren unzähliger Schritte und von starken Kehlen gesungen „Die rote Fahne“. Dazwischen tönten Pfiffe und Pfuirufe.

Die Delegierten schnellten von ihren Sitzen und eilten an die Fenster.

Ein ungeheurer Demonstrationszug wogte die Straße entlang; nicht einmal die berittene Polizei, die vor dem Hause stand, vermochte ihn aufzuhalten. An der Spitze schritt, die rote Fahne tragend, die Mütze tief in die Stirn gedrückt, den Kragen hochaufgeschlagen, eine schlanke Männergestalt.

Dia brüllte auf wie ein wildes Tier: „Antonio Termetta!“

„Schießen!“ schrie Cagli aus einem anderen Fenster den Polizisten zu. „Schießen!“

Die Worte gingen im Gesang unter, ohne daß die Polizisten sie hörten.

Tommy verlor den Kopf.

„Sehen Sie denn nicht, daß Frauen und Kinder im Zuge sind?“ brüllte er Cagli zu.

„Um so besser, da kriegen wir sie leichter klein.“

Dia zog den Revolver aus der Tasche, um den Polizisten durch einen Schuß den Befehl zum Feuern zu geben.

Doch er kam nicht dazu. Der ehrenwerte Herr James Cartwright schien von plötzlichem Wahnsinn befallen worden zu sein: er sprang wie ein Tiger auf Dia, schlug ihm den Revolver aus der Hand, packte ihn an der Kehle und würgte ihn dermaßen, daß sich das Gesicht des Faschisten blau färbte und seine Augen aus den Höhlen sprangen.

Im Saal entstand eine ungeheure Aufregung. Die Anwesenden eilten Dia zu Hilfe, doch vermochten sie nicht viel auszurichten, denn der wahnsinnig gewordene Herr Cartwright schmetterte den Gegner mit einem wuchtigen Faustschlag zu Boden, riß den auf dem Boden liegenden Revolver an sich und stand nun, den Rücken gegen das Fenster da, die Hand auf dem Hahn. Er hatte nur einen Gedanken: „Die Bestien aufhalten, bis der Zug vorüber ist.“

Und es gelang ihm; die meisten Delegierten waren unbewaffnet, außerdem fehlte es ihnen an Mut, gegen den Vertreter der englischen Faschisten vorzugehen. Und der einzige, der einen Revolver in der Tasche trug, Herr Harry Brand, bedeutete keine Gefahr.

Endlich, endlich tönten von der Straße her nur noch einzelne Schritte. Herr James Cartwright ließ den Revolver sinken, dachte bei sich: „Nun ist alles aus.“

Aber er hatte ohne O'Keefes Klugheit gerechnet.

In diesem Augenblick sprach der Reporter:

„Jetzt wird er gleich ohnmächtig werden. Sehen Sie, er schwankt schon.“

Tommy begriff sofort und brach mit einem Aufstöhnen zusammen; es war keine große Schauspielkunst dabei; die Aufregung der letzten Minuten hatte ihn seiner Kräfte beraubt.

Herr Harry Brand seufzte tief und vernehmlich: „Mein armer junger Freund! Seine Eltern hatten so sehr gehofft, daß er geheilt sei. Seit vier Jahren hat er nun keinen epileptischen Anfall mehr gehabt. Es ist herzzerreißend, ein derartig begabter junger Mann . . .“

Die Delegierten umdrängten Herrn Brand.

„Ein Epileptiker?“

„Ein epileptischer Anfall?“

„Das also war es?“

„Ja, das erklärt alles.“

„Das Seltsame ist“, erklärte Herr Brand, „daß der Arme sich bei einem derartigen Anfall stets auf jenen Menschen stürzt, der ihm am sympathischsten ist. Das letzte Mal hat er um ein Haar seine Mutter, die Herzogin von Chancey, erwürgt. Sehen Sie, jetzt schläft er schon ein. Er wird jetzt vierundzwanzig Stunden schlafen. Wenn er wieder erwacht, wird er keine Ahnung von dem Geschehenen haben.“

Tatsächlich atmete nun der ehrenwerte Herr James Cartwright leise schnarchend, mit fest geschlossenen Augen. „Es wäre vielleicht doch gut“, meinte Cagli, noch blaß vor Schrecken, „wenn der junge Mann sofort nach England zurückreiste. Ich möchte nicht länger die Verantwortung für seine Sicherheit tragen. Man hätte mich wirklich verständigen müssen.“

„Sie müssen doch begreifen“, sprach Herr Harry Brand mit einer ihm sonst fremden Sentimentalität, daß die armen Eltern das Unglück ihres Sohnes verheimlichen wollen. Außer ein paar Freunden und ein paar ergebenen alten Dienern weiß niemand davon, und ich möchte Sie auch bitten, meine Herren, die Sache nicht zu erwähnen. Wir sind dem Herzog von Chancey wirklich genügend Dankbarkeit schuldig, um auf ihn diese Rücksicht zu nehmen. Was aber die sofortige Abreise anbelangt, so dürfte das nicht gehen. Ein solcher Anfall pflegt meinen armen jungen Freund für einige Tage nachher derart zu schwächen, daß er sich kaum rühren kann. Doch will ich Ihnen einen Vorschlag machen, Herr Cagli: übergeben Sie den jungen Mann meiner Obhut, ich werde für ihn alle Verantwortung übernehmen.“

„Das wäre das beste“, entgegnete Cagli.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270510-14/fragment/page=0003

Hällische Tageschronik

Reichswohnungszählung. Das Zählbureau Charlottenstraße 15 I (Aula der Martinschule) ist von Mittwoch, den 11. Mai, an bis auf weiteres, Montags von 7 bis 4 Uhr, an den übrigen Wochentagen von 7 bis 6 Uhr geöffnet.

Eigenartiger Unglücksfall. Als Sonntag nachmittag der Wirt des Ausflugslokals „Erholungsheim" an der Heide eine Selterwasserflasche öffnen wollte, explodierte sie mit lautem Krach. Die Splitter der Flasche durchschnitten dem Wirt die rechte Pulsader, so daß starker Blutverlust eintrat. In der Klinik wurde die Wunde sofort genäht.

Die Entflohenen. In der Nacht zum 8. Mai gegen 3¾ Uhr sind, wie wir gestern bereits mitteilten, aus der Irrenabteilung des hiesigen Strafgefängnisses zwei Insassen ausgebrochen. Es handelt sich um den zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Strafgefangenen Seemann Willi Heizwebel und den zu 12 Jahren verurteilten Strafgefangenen Weber Heinrich Hunstock.

Wer ist der Tote? Am 8. Mai gegen 11 Uhr wurde eine unbekannte männliche Leiche im Alter von etwa 45 bis 55 Jahren am Brückenneubau der Cröllwitzer Brücke aus der Saale gelandet.

Der Tote ist 1,80 groß, hat Glatze, trägt grauen Gummimantel, blaue Tuchlitewka, Militärhose schwarz gefärbt, graue Strümpfe, Trikothemd mit gestreiften Einsatz und schwarze Schnürschuhe. Er kann etwa sechs Wochen im Wasser gelegen haben. Der Tote trug bei sich zwei Taschenmesser, einen weißen Zollstock, zwei Stubenschlüssel, einen kleinen Vierkantschlüssel, ein Paar Fahrradspangen, zwei Tintenstifte und eine kleine Rolle Isolierband. Wer Auskunft über den Toten geben kann, wird gebeten, sich alsbald bei der Kriminaldirektion, Zimmer 49, zu melden, wo die vorgefundenen Sachen zur Ansicht ausliegen.

Brennende Baubude. Am 10. Mai gegen 3,45 Uhr wurde die Feuerwehr nach einer Baustelle in der Kefersteinstraße gerufen, woselbst eine Baubude aus unbekannter Ursache in Brand geraten war. Die Bude, sowie die darin untergebrachten Arbeitssachen der Arbeiter verbrannten. Die Feuerwehr rückte nach etwa ¾stündiger Tätigkeit wieder ab.

Balkenbrand. Am 10. Mai gegen 6,30 Uhr vormittags wurde die Feuerwehr nach einem Grundstück in der Gottesackerstraße gerufen, wo in einer Wohnung infolge eines schadhaften Ofenrohrs ein Balkenbrand ausgebrochen war. Die Feuerwehr konnte nach etwa 1½stündiger Tätigkeit wieder abrücken. Personen wurden nicht verletzt.

Schafft Bücher für unsere politischen Gefangenen!

Alle Zuschriften von unseren politischen Gefangenen aus den Zuchthäusern und Gefängnissen lassen den Wunsch erkennen, Lesestoff zu bekommen. Darum Genossen, sorgt durch kostenlose Bereitstellung von Büchern und sonstiger Literatur die Kerkerzeit unserer politischen Gefangenen zu erleichtern.

Es befinden sich gewiß noch viele Bücher im Besitz der Genossen, die abgegeben werden können.

Bücher und Literatur werden angenommen vom

Bezirksvorstand der Roten Hilfe Halle-Merseburg, Lerchenfeldstraße 14.

Achtung, „Klassenkampf"-Leser!

Wir weisen darauf hin, daß der Abonnementsbetrag stets im voraus an unsere Trägerinnen zu entrichten ist. Erleichtert die Einkassierung!

Theater, Konzerte und Vorträge

Stadttheater. Aus dem Bureau wird uns geschrieben: Für die letzte Aufführung von „Don Carlos" am Mittwoch (7½ Uhr) werden Schülerkarten zu ermäßigten Preisen ausgegeben. Donnerstag „Zirkusprinzessin". Freitag zum erstenmal in neuer Einstudierung „Der Revisor", Lustspiel von Nikolaus Gogol. Dieses klassische Stück der russischen Lustspielliteratur schildert mit humorvoller Satire russische Kleinstadtverhältnisse der Vorkriegszeit. Dank der scharfen Charakteristik der Personen und seiner lebendigen Handlung hat es sich auch im deutschen Bühnenspielplan einen unvergänglichen Platz erobert. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen: Dülfer, Emar, Grether, Heller, Ziegler, und die Herren: Brinck, Durra, Günzel, Haller, Helmke, Jungk, Marks, Raupach, Tiedemann, Weber. Regie: Elsa Rochel-Müller. Bühnenbild: Alfred Oppel. Kostüme: Peter Rohrer.

Volksbühne. Das „Spiel im Schloß", eine Anekdote von Franz Molnar, wird am Donnerstag, dem 12. Mai, 8 Uhr, als fünftes Kammerspiel im Thaliatheater gegeben. Die Mitglieder der Kammerspielgemeinde, die ihren Abschnitt noch nicht eingelöst haben, werden gebeten, ihn umgehend in der Geschäftsstelle, Brüderstr. 14, Ruf 284 79, abzuholen.

Beethoven-Fest der Stadt Halle. Die Festaufführung des „Fidelio" unter Leitung von Generalmusikdirektor Erich Band beginnt mit der Ouvertüre „Fidelio" E-Dur op. 72. Die große Leonoren-Ouvertüre wird abweichend von dem bisherigen Brauch in Halle vor dem zweiten Akt gespielt. Bei der Festaufführung des „Egmont" zur Beethoven-Woche am Dienstag, dem 17. Mai, gastiert als Egmont Paul Hartmann. Dieser bedeutende Künstler, der lange Jahre dem Reinhardtschen Ensemble in Berlin angehört hat, ist heute einer der prominentesten Darsteller am Wiener Burgtheater und hat als Egmont besondere Erfolge davongetragen.

Beethoven-Fest der Stadt Halle. Kammersänger Karl Erb singt zurzeit in London im Coventgarden-Theater. Er wird sein Engagement dort unterbrechen, um beim Beethoven-Fest mitzuwirken, und danach wieder nach London zurückzukehren.

Volkshochschule. Heute, Dienstag, 10. Mai, beginnt die Arbeitsgemeinschaft von Universitätslektor Dr. Wittsack: „Dichtungen von Karl Bröger, Gerrit Engelke und Jakob Kneip." — Der wissenschaftliche Leiter der „Zeitschrift für Deutschkunde", Dr. Walther Linden, hält am Mittwoch, dem 11. Mai, abends 8 Uhr, im Hörsaal 17 der Universität einen Einzelvortrag über „Hamlet und das Shakespeare-Problem".

Das Orchester im Wandel der Zeiten. Bei der Tagung des Reichsverbandes Deutscher Orchester und Orchester-Musiker wird am 2. Juni der hallische Professor für Musik Schering einen eingehenden Vortrag über das Orchester und die deutschen Orchester-Musiker im Wandel der Zeiten halten. Der Vortrag wird illustriert und eingerahmt durch Vorträge des Reitz-Quartetts in Weimar und der Ersten Bläser-Vereinigung der Dresdener Staatskapellen.

Das Programm des Festkonzertes des Deutschen Musiker-Verbandes am 16. Juni lautet wie folgt: 1. Oberon-Ouvertüre von Carl Maria von Weber. 2. Musik für Violine und Orchester von Rudi Stefan (Solist: Konzertmeister Robin-Magdeburg). 3. Tod und Verklärung von Richard Strauß. 4. Sinfonie in C-Moll von J. Brahms. 5. Tannhäuser-Ouvertüre von Richard Wagner. — Man sieht: Romantik auf der ganzen Linie.

Stadt-Theater
Heute: Dienstag, abds. 8 Uhr
Spiel im Schloß
Mittwoch, 7½ Uhr:
Don Carlos

Volkspark
Morgen, Mittwoch nachmittag:
Kaffee-Konzert

Walhalla
Tel. 28385 Anf. 8 Uhr
Heute Premiere
Der fidele Bauer
Operette in 3 Akten v. Viktor Leon und Leo Stein
Musik v. Leo Fall
Preise von 0,60 ℳ bis 4,00 Mk.
1205

Dunkelbl. Kinderwagen 15 ℳ z. v. Reideburger Straße 6, H. II l.

Guterh. Kinderwagen, auf Riemen, bill. z. v. Franz, Körnerstr. 10 p.

Fabelhaft billige Preise in Bildern und Spiegeln
auf Teilzahlung.
Beachten Sie mein Schaufenster
Heinr. Germo
Bilder-, Rahmen- und Spiegelfabrik
Halle a. S., Fabrik Äußere Delitzscher Str.
Ladengeschäft Poststr. 1

Spaten
— Schaufeln —
Harken
Hacken
Drahtgeflechte
Gießkannen
Hausleitern
Malerleitern
kaufen Sie, wenn Sie billig kaufen wollen, bei
Otto Sparmann
neben Walhalla
774

AUFPOLSTERN
238] von Matratzen, Sofas und Chaiselongues auch auf Teilzahlung
KARL WENIG
Merseburg, Karlstraße 18

Bekanntmachung

Feststellung der Wohnungsuchenden am 16. Mai 1927

Auf Grund des „Gesetzes über die Reichswohnungszählung im Jahre 1927 und die Feststellung der Zahl der Wohnungsuchenden" vom 2. März 1927 findet in Preußen eine Feststellung der Zahl der Wohnungsuchenden nach dem Stande vom 16. Mai 1927 statt.

Für die Feststellung der Wohnungsuchenden kommt ein Meldebogen zur Anwendung.

Auf Grund dessen fordere ich hiermit alle Wohnungsuchenden, die am 16. Mai 1927 eine selbständige, vom Hauseigentümer unmittelbar zu ermietende Wohnung suchen, auf, je zwei diesbezügliche Meldebogen vom hiesigen Gemeindeamte (Zimmer 4) anzufordern, sodann genau auszufüllen und nachdem in doppelter Ausfertigung bis 23. Mai 1927 wieder im genannten Bureau abzugeben.

Personen, die bereits im Besitz einer selbständigen Wohnung sind, aber eine andere Wohnung suchen, sollen den Meldebogen nur dann ausfüllen, wenn z. B. dieselben durch rechtskräftiges Urteil zur Räumung der Wohnung verurteilt sind, in einer Werks- oder Dienstwohnung wohnen, deren Räumung verlangt wird oder dgl.

Die Ausfüllung durch Personen, die ihre Wohnungen nur tauschen wollen, ist zwecklos.

Wer als Wohnungsuchender bereits in die Wohnungsliste eingetragen ist und die Ausfüllung des Meldebogens unterläßt, kann in derselben gestrichen werden.

Wissentlich wahrheitswidrige Beantwortung des Fragebogens wird mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. bestraft. 1206

Helbra, den 9. Mai 1927.

Der Gemeindevorsteher.

Fertige Ihnen für 29 Mk. inkl. Zutaten und Anprobe modernen Anzug oder Mantel nach gen.
: Maß :
aus mitgebrachten Stoffen 164
Guter Sitz
M. Ehrlich,
Leipziger Straße 9
1 Treppe

Wiener-Lichtspiele Piesteritz
Dienstag bis Donnerstag das große Doppelprogramm
Durch Funkspruch gerettet
Sitten- und Gesellschaftsfilm in 7 Akten
Aelita oder der Flug zum Mars
6 Akte frei nach dem Roman von Tolstoi 1433
Einer der schönsten Filme der Filmgenossenschaft Meschrabpom-Ruß in Moskau
Anfang 8 Uhr — Anfang 8 Uhr

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **den besten Erfolg**

Wittenberg-Piesteritz

Spezial-Geschäft für Herren- u. Knaben-Garderoben sowie Arbeitskleidung
J. Israel, Wittenberg
6 Collegienstraße 6

Sämereien
Seilerwaren
Tabakwaren
Konfitüren
Kurt Traub
Wittenberg
Coswiger Straße Nr. 9

Es hat sich schon in Wittenberg herumgesprochen, daß Sie Oberkleidung für Frauen und Backfische bei mir gut und billig kaufen
Auch Sie müssen sich davon überzeugen, denn Sie sparen viel Geld!
Spezial-Damen-Moden, Wittenberg
Collegienstraße 61 — Collegienstraße 61
Das führende Haus für fertige Damen-Bekleidung
Der Vorzeiger dieses Inserates erhält beim Kauf 5% Rabatt trotz meiner billigen Preise

Fahrräder
Nähmaschinen
Kinderwagen
Sprechapparate
Brillen für alle Krankenkassen
empfiehlt billigst
L. Spielhagen Nachf.
Wittenberg

Jeden Freitag früh: Frische Wurst, Gehacktes, frische Bratwurst, Schweinefleisch
Sonnabend: Sülze und Würstchen
Fr. Becker
Wittenberg, Sternstraße 21

Billigste Bezugsquelle für sämtliche Wäsche
Ia. Kammgarn- und Futterstoffe
Woll- u. Baumwollwarenhaus
Wittenberg, Coswiger Str. 5

Herren- und Knab.-Modenhaus
von
Richard Hirschfeldt
Wittenberg
Collegienstr. 22 und Mittelstr. 56
Gegründet 1901

Franz Roming & Söhne
Piesteritz, Bez. Halle
liefern
Fahrräder
gegen Teilzahlung
zu vorteilhaften Preisen

Schützenhaus Kl.-Wittenberg
Konzert- und Ball-Säle
Verkehrslokal der Gewerkschaften und Arbeitersportvereine
Schöner, schattiger Garten-Aufenthalt
Um regen Besuch ersucht R. Popig

Empfehle:
Fleisch- u. Wurstwaren
in bester Qualität
Robert Mittag, Fleischermstr.
Wittenberg, Paul-Gerhardt-Straße 1
Zwischengeschäft:
Kl.-Wittenberg, Coswiger Straße 8

Karl Bräse
Fleischerei und Wurstfabrik
Wittenberg
Telephon Nr. 865 — Collegienstraße 45
Alle Sorten Fleisch- und Wurstwaren in bester Qualität

Die geschmackvollen, billigen
TAPETEN
nur im
Wittenberger Tapetenhaus
Juristenstraße 11
Linoleum
Wachstuche

Ihre sämtlichen
Lebensmittel
sowie
Schokoladen usw.
kaufen Sie am besten bei
Thams & Garfs
Wittenberg
Mittelstraße 12

Kleiderstoffe, Baumwollwaren
Leib- und Bettwäsche, Berufskleidung, Kurz- und Wollwaren
kaufen Sie immer gut u. preiswert bei
Erich Rosenhagen
Manufaktur- und Modewaren
Piesteritz

C. Kuntz Nachf.
Herm. Müller & Sohn
Piesteritz
Preiswerte Bezugsquelle für sämtliche
Manufaktur-, Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Größte Auswahl!

Wiener Modenhaus
P. Dengler, Wittenberg
Collegienstr. 78 — Fernruf 838
Kleider, Kostüme, Mäntel, Blusen, Kleiderstoffe
Maß-Anfertigung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270510-14/fragment/page=0004
DFG

Aus den Betrieben

Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre

Regelmäßig einmal im Monat finden wieder Informationsabende statt über aktuelle Themen und organisatorische Aufgaben. Alle Parteimitglieder, die Betriebs- oder Gewerkschaftsfunktionen inne haben, sind zum Erscheinen verpflichtet. Vorläufig gemeldet sind Sitzungen in

Bitterfeld: Dienstag, den 10. Mai, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus".

Halle: Mittwoch, den 11. Mai, abends 8 Uhr, im Produktiv-Saal, Lerchenfeldstraße 14.

Eisleben: Mittwoch, den 11. Mai, abends 8 Uhr, im „Volkshaus".

Schkeuditz: Mittwoch, den 11. Mai, abends 8 Uhr, in „Stadt Leipzig".

Artern: Donnerstag, den 12. Mai, abends 8 Uhr, im „Gotheshaus".

Kelbra: Freitag, den 13. Mai, in der „Sängerhalle".

Burgörner: Sonnabend, den 14. Mai, abends 8 Uhr, bei Dürre.

Die Betriebsratswahl der Beuaaer Kohlenwerke

zeigte einen erfreulichen Aufstieg der freien Gewerkschaften. Der Bergarbeiterverband erhielt 5 Sitze, die Gelben 2. Das ist ein besonderer Fortschritt, weil die Direktion mit allen Mitteln die Werksgemeinschaften unterstützte und in Arbeit und Entlassung bevorzugte. (Näherer Bericht folgt noch.)

Zum Unglücksfall bei der städtischen Straßenreinigung Halle

In Nummer 107 vom 7. Mai brachten wir die Nachricht von einem Unglücksfall bei der Straßenreinigung, wie er uns von einem dortigen Arbeiter übermittelt war. Vom Betriebsrat erhalten wir daraufhin folgende Berichtigung, die wir gern bringen, da der Redaktion eine Entstellung der Tatsachen völlig fernliegt:

Der tötlich verunglückte Kraftwagenführer Paul Mittag war ein mit allen Reparaturen vertrauter Handwerker, der mehrere Jahre in einer Reparaturwerkstatt während des Krieges gearbeitet hat, von einem Nichtfachmann kann also nicht gesprochen werden.

Noch einmal hallische Wach- und Schließgesellschaft

Der Herr Inspektor der Hallischen Wach- und Schließgesellschaft überbrachte eigenhändig folgende von den Wächtern — an der Spitze der berüchtigte Bittroff! — unterschriebene „Berichtigung" auf die durchaus richtigen, selbst in der „Berichtigung" ja nur „aufgebauscht" genannten Enthüllungen im „Klassenkampf":

„Die unterzeichneten Wächter der Hallischen Wach- und Schließgesellschaft, die zum Teil schon lange Jahre in deren Diensten stehen und im Deutschen Verkehrsbund organisiert sind, erklären hiermit, daß sie den Artikel in Ihrer Nr. 105, speziell die Ueberschrift „Tolle Zustände bei der Hallischen Wach- und Schließgesellschaft" aufs schärfste mißbilligen. Solche Schlagworte in die Oeffentlichkeit geworfen, sind dazu angetan, nicht allein unsere Gesellschaft, sondern auch uns persönlich in Mißkredit zu bringen und uns zu schädigen. Die Zustände, die bei uns herrschen, sind so, daß sie das Licht der Oeffentlichkeit nicht zu scheuen brauchen. In Wirklichkeit bringt Ihr Artikel ja auch nur kleine unbedeutende Vorgänge, die ins Ungemessene aufgebauscht sind, aber in jedem Betriebe einmal vorkommen können. Auf jeden Fall legen wir gegen das Herunterreißen unserer Gesellschaft in unserem eigenen Interesse unser Veto ein."

Wie die Tschekabazille der Wach- und Schließgesellschaft uns übermittelt, hat der Artikel im „Klassenkampf" eine ungeheure Erregung bei den Beteiligten hervorgerufen, bei den Wächtern aber keineswegs eine negative, sondern die größte Freude, daß endlich einmal die tollen Zustände an das Licht der Oeffentlichkeit gebracht worden sind. Daß die Wächter trotzdem unterschrieben haben — nun ja, was sollten sie machen, wenn sie genau wußten, daß derjenige fliegen würde, der nicht unterschrieb? — Ein anderer Weg, Ihr Wächter der Hallischen Wach- und Schließgesellschaft, ist aber auch der, daß keiner von Euch unterschrieben und den Bittroff allein auf weiter Flur gelassen hätte.

20 Prozent versprochen — nichts erhalten

Bei der **Bahnmeisterei Teutschenthal** herrschen derartige Zustände, daß kürzlich wiederum 26 Arbeiter abrückten. Besonders der Rottenführer Möbes versteht es, die Arbeiter anzutreiben und um den ausgemachten Lohn zu prellen. So waren ab neunfacher Ausschachtung 20 Prozent Leistungsprämie zu zahlen; die Arbeiter lieferten zehnfache und manchmal sogar elffache Ausschachtung, aber die 20 Prozent blieben aus!

Der Eisenbahnerverband hat diese Sache natürlich weiter zu verfolgen. Der Weg, um zu ihrem Recht zu kommen, ist der, daß die Arbeiter fortan nicht abrücken, sondern geschlossen sich Innehaltung der Vereinbarungen und darüber hinaus erträglichere Arbeitsbedingungen erkämpfen.

Kaliwerk Krügershall

Man glaubt in dem Werke, die Berichterstatter des „Klassenkampf" lebten nicht mehr. Doch gemach, wir sind noch da, um uns wieder einmal mit diesem Musterwerk der Ausbeutungskunst zu beschäftigen. Die Herren Steiger sind etwas ruhiger geworden in bezug auf Antreiberei; unsere Berichte haben also doch einen, wenn auch kleinen Erfolg gehabt. Aber man scheint sich jetzt eines anderen Mittels zu bedienen — zu welchem Zweck, wissen wir leider noch nicht.

In der Grube ist ein Steiger, mit dem wir uns auch schon beschäftigt hatten. „Fäschenfranz". Es hat sich schon mancher gewundert, daß so ein Mann Steiger sein kann. Im allgemeinen nimmt man ihm nichts übel, denn was er spricht, weiß er selber nicht. Doch er scheint jetzt als Mittel zum Zweck benutzt zu werden. Durch seine herausfordernden Reden hat er schon manchen Arbeiter gereizt. So ist auch jetzt wieder ein Fall vorgekommen, wo er durch seine Reden einen Kumpel so in Zorn gebracht hat, daß dieser sich an ihm vergriff. Die Folge war die Kündigung des Arbeiters. Doch der Arbeiter protestierte und an Stelle der Kündigung trat eine Geldstrafe.

Arbeiter von Krügershall! Eure Ansicht über „Fäschenfranz" ist doch bekannt! Laßt Euch nicht von ihm provozieren. Durch sein Kindergeschwätz erfährt er mehr von Euch, als er wissen will. Wen er sucht, das wissen wir. Glück auf, „Fäschenfranz", zur weiteren Jagd! Doch Ihr, Kollegen, rafft Euch auf, um den Kampf aufzunehmen gegen die Ausbeuter. Ebenso rufen wir den **Salinenarbeitern auf Krügershall zu: Hütet Euch vor der gelben Sumpfpflanze in Eurem Betriebe!** Laßt Euch von den Mitgliedern des Kartoffelvereins nicht aushorchen. Klärt die Kollegen in der Werksgemeinschaft auf, damit auch sie erkennen, daß nur rückschrittsloser Kampf zum Ziele führen kann. Setzt Euch ein für restlose Organisierung in den freien Gewerkschaften, dann wird auch der neue Betriebsrat besser arbeiten können. Laßt Euch nicht länger von der Direktion einschüchtern, sondern verlangt eine Belegschaftsversammlung, um Stellung zu nehmen gegen diese Ausbeutungsmethoden des Unternehmertums. Nicht das stille Dulden, sondern nur der geschlossene, einheitliche Kampf führt uns zum Sieg, zurück zum Achtstundentag und zu besseren Lohnverhältnissen.

Acht Stunden genug geschunden!

Die 48-Stunden-Woche ist nach Verhandlungen des Betriebsrates mit der Geschäftsleitung der Firma F. H. Schmidt, Briefumschlagfabrik in Torgau, nach längeren Verhandlungen eingeführt worden. Wo bleiben die Arbeiter der Firma Stoll?

Aluminiumwerk Bitterfeld

Besondere Zustände scheinen sich auf dem Aluminiumwerk einzubürgern. Kürzlich wurde in der Nachtschicht durch den Ingenieur Biewend eine plötzliche Kontrolle vorgenommen. Es war am Ostermorgen nach 3 Uhr. Vielleicht hat der Herr Ingenieur schon um diese Zeit Ostereier gesucht? Sein Suchen war auch mit Erfolg gekrönt, denn er fand glücklich zwei Kollegen aus dem Umformerhaus, die sich etwas hatten zuschulden kommen lassen. Sofort ging eine Meldung an den zuständigen Betriebsingenieur, und beide Kollegen wurden bestraft. Aber es sollte noch besser kommen.

Am Sonnabend, dem 23. April, wurden aus dem Umformerhaus sämtliche Sitzgelegenheiten entfernt und bis jetzt noch nicht zurückgegeben. Wir gestatten uns, an Herrn Dr. Schall und insbesondere an Herrn Biewend die Anfrage zu richten: „Läßt es sich mit Ihrem vielgepriesenen sozialen Herzen, mit ihrer „väterlichen Fürsorge" und — mit der Gewerbeordnung vereinbaren, daß Arbeiter im Maschinensaal 8 bzw. 16 Stunden ohne jede Unterbrechung arbeiten sollen und selbst ihr Stückchen Brot im Stehen zu sich nehmen müssen?"

Im Ofenbau sieht es auch nicht besonders aus. Leute, welche sich einmal krank gemeldet haben, sind verschrien. — Kollegen, es wirft kein gutes Licht auf die Belegschaft eines Betriebes, der vor Jahren zu den bestorganisiertesten Betrieben gehörte, wenn man gegen solche Zustände sich nicht zur Wehr setzt.

Ein Reichsbannermann geht zum NSB.

Ein Delitzscher Notstandsarbeiter schreibt:

Ich hatte Gelegenheit, öfters bei dem Schlämmen des Delitzscher Stadtgrabens zuzusehen. Zu dieser Arbeit hat man Delitzscher Erwerbslose genommen und der Unternehmer Schaubitzer, Bitterfeld, glaubt nun, an diesen Leuten eine hübsche Summe Geld zu verdienen. Anfangs ist man der Meinung, daß diese Arbeit im Akkord verrichtet wird, doch weit gefehlt! Mit Hilfe einiger Unternehmerknechte hat man die Leute in raffinierter Weise zur Höchstleistung gepreßt, **aber man bezahlt ihnen für diese Akkordarbeit keinen Akkordlohn.** Ja, man hält ihnen noch Teile ihres Lohnes vor, indem man einfach nach dem hallischen Tarif zahlt. **In Wirklichkeit steht den Leuten der Bitterfelder Lohn zu,** der sechs Pfennig Erhöhung mit Wirkung vom 15. April vorsieht, während der hallische fünf Pfennig pro Stunde und erst ab 21. April festliegt.

Am 5. Mai, ½9 Uhr, mußten nun die Leute, welche im Schlamm arbeiteten, **aussetzen,** weil zu viel Wasser im Graben war. Die Zeit gedachte man den Arbeitern natürlich nicht zu bezahlen; nur ein Schmarotzer durfte im Graben weiterarbeiten. Darüber entstand eine berechtigte Empörung bei der Lademannschaft. Sie forderte, daß der Mann, welcher im Reichsbanner organisiert ist, ebenfalls nicht weiterarbeiten dürfe. Man hätte die Leute an eine andere Stelle zum Arbeiten schicken können, mithin ist die Zeit auch zu bezahlen.

Betriebsmord!

(Eig. Meldung) **Bitterfeld,** 8. Mai.

Eine starke Verbrennung mit tödlichem Ausgang zog sich auf dem **Bitterfelder J. G.-Betrieb, Werk I,** der Arbeiter Fritz Koppe, Renneritz, zu. Am selben Tage wurde seine Frau ins Krankenhaus gebracht.

(Eig. Meld.) **Weidau,** 8. Mai.

Am Freitag, dem 6. Mai, ereignete sich ein schwerer Unglücksfall auf **Grube Paul I, Luckenau.** Der Arbeiter Reinhold Landmann kam auf dem Wipperboden so unglücklich zwischen die Wagen, daß er eine schwere Brustquetschung davontrug und sofort nach Hohenmölsen überführt werden mußte.

(Eig. Meldung.) **Wittenberg,** 9. Mai.

Am Montag, dem 9. Mai, stürzte der auf dem **J. G.-Bau Stickstoffwerke Piesteritz** beschäftigte Arbeiter Pezunka aus 11 Meter Höhe herab. Schwere Wirbelsäulenverletzung war die Folge. Pezunka mußte sofort nach dem Paul-Gerhardt-Stift gebracht werden.

Molmck, 9. Mai.

Auf dem Vitzthumschacht stieß der Häuer K. Honigmann beim Losmachen von Gestein mit einer Schrummaschine in eine Luftrachel. Durch den Druck schlug die Maschine zurück und traf den Bedauernswerten gegen den Kopf. Mit einer schweren Gehirnerschütterung und Verletzung im Gesicht wurde der Verunglückte ins Hettstedter Knappschaftskrankenhaus eingeliefert.

Naumburg, 10. Mai.

In dem **Schokoladenwerk Boll** stürzte der Arbeiter Senf beim Abnehmen des Kraus an der neuerrichteten Kühlanlage aus beträchtlicher Höhe herab. Mit schweren inneren Verletzungen wurde er dem Krankenhause zugeführt.

Eine traurige Rolle spielt auch der Arbeiter Hans Mengel. Er und Selle sind die geborenen Ueberstundenschieber. M. hatte auch in der letzten Woche bereits wieder 17 Ueberstunden. Dafür ist er Sonntags auch Tischgast beim Schachtmeister.

Vor einigen Wochen war eine Belegschaftsversammlung, in der ein Betriebsrat gewählt und beschlossen wurde, mit den beiden Schmarotzern Selle und Mengel nicht mehr zusammen zu arbeiten. Ein Kollege, auch ein Reichsbannermann, verlangte von Selle, er solle zur Betriebsversammlung dableiben. Der aber hielt es nicht für notwendig und ging. Der andere war so empört, daß er sagte: „Ich werde in der Versammlung vom Reichsbanner vorbringen, wie Du die Kollegen schädigst". Angewidert hat er dann das Reichsbanner verlassen, um in der roten Front mitzukämpfen.

Eine weitere Ausbeutungsmethode muß noch geschildert werden. Der Chef ließ durch den alten Betriebsrat der Belegschaft mitteilen, daß es, wenn sie bis zum Sonnabend an der Brücke angelangt sind, im „Weißen Roß" (Stahlhelmlokal) **Freibier und Bull auf Kosten der Firma gäbe.** Das ist auch eine ihrer Antreibermethoden. Aber das Freibier war schon mal versprochen und als Entschädigung erhielt ein Teil zwei Mark, ein anderer Teil nichts. Die Erfolge der Antreiberei (für den Profitsack der Firma!) zeigt auch Folgendes: Ein Wagen wurde früher in fünf Minuten vollgeschippt, **jetzt soll das in drei Minuten gemacht werden.**

Kollegen! Erkennt, in welches Lager Ihr gehört! Meidet die bürgerlichen Organisationen! Organisiert Euch in der freien Gewerkschaft und **kämpft gemeinsam in der roten Arbeiterfront!** Dann werden solche Zustände bald beseitigt sein.

Mehrere Leuna-Berichte sowie Arbeiterkorrespondenzen aus Halle, Bitterfeld, Petersroda, Torgau, Zeitz, Michel-Pesta mußten aus Raumgründen zurückstehen und folgen im Laufe der Woche.

Raub des Streik- und Koalitionsrechtes!

Auch die „linke" SPD. besorgt die Geschäfte der Unternehmer

Sächsische Wollgarnfabrik G. m. b. H.
vorm. Tittel & Krüger, Leipzig W 31

Abschrift!

Beschluß am 2. Mai 1927 in Sachen

der Firma Sächsische Wollgarnfabrik G. m. b. H., vormals Tittel & Krüger, in Leipzig W 31
gesetzlich vertreten durch ihre Geschäftsführer — Prozeßbev. Rechtsanwalt Dr. Georg Laue in Leipzig, Neumarkt 5 — Antragstellerin

gegen

1. den Deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Leipzig, in Leipzig, Zeitzer Straße (Volkshaus)
2. den Gewerkschafts-Sekretär Georg Panzer in Leipzig, W. 31, Breckhausstraße 70, III — Antragsgegner

wird den Antragsgegnern zur Vermeidung einer Geldstrafe oder Haftstrafe bis zu 6 Monaten für jeden einzelnen Fall der Zuwiderhandlung im Wege der einstweiligen Verfügung verboten:

daß bei der Antragstellerin am 25. 4. 27 eingeleiteten Streik in irgend einer Weise zu unterstützen, sei es durch Anweisung an die Streikleitung oder durch die Aufforderung zum Streikpostenstehen oder durch Unterstützung zum Streikpostenstehen oder

durch Gewährung von Streikunterstützung an in dem Antragsgegner zu 1) organisierte Arbeitnehmer der Antragstellerin oder durch irgendwelche andere Mittel fernerhin noch weitere als die jetzt streikenden Arbeitnehmer der Antragstellerin zur Arbeitsniederlegung aufzufordern oder zu ermuntern.

Landgericht Leipzig, vierte Zivilkammer
gez. R. Winkler. Eger Ranft.

Nebenstehendes Inserat befindet sich nicht nur in der bürgerlichen Presse Leipzigs, sondern groß aufgemacht auch in der **„Leipziger Volkszeitung"** vom 3. Mai. Für Geld macht man eben alles, auch wenn mit einem solchen Inserat die Textilindustriellen frohlockend ihre von „über den Parteien" schwebenden Staate bekräftigte Diktatur über die Gewerkschaften in alle Welt posaunen und damit die Gewerkschaften und mit ihnen die Arbeiterschaft einzuschüchtern versuchen.

Einige Tage später veröffentlicht die „L. V." notgedrungen zwar auch folgenden Beschluß der von der Gewerkschaftsopposition geführten Metallarbeiterschaft:

„Die am 5. Mai versammelten 700 Generalversammlungsvertreter der Verwaltungsstelle Leipzig des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erheben in einer Resolution schärfsten Protest gegen den Beschluß des Landgerichts Leipzigs, welcher dem Textilarbeiter-Verband bei Strafe verbietet, die streikenden Textilarbeiter der Firma Tittel und Krüger zu unterstützen. Dieser Beschluß ist eine einseitige Maßnahme zugunsten der Textilunternehmer und kommt einem Streikverbot gleich. Die Versammelten fordern die sofortige Aufhebung des Beschlusses und erwarten von den Streikenden, daß sie nun erst recht im Kampfe aushalten. Die Versammelten geloben, mit allen Mitteln den Kampf zu unterstützen."

Aber es ist für jeden denkenden Arbeiter klar, und die Aufnahme des Industriellen-Inserates in der „L. V." beweist es auch den Gutgläubigsten, daß die Reformisten ob sie sich links- oder rechtssozialdemokratisch drapieren, die Arbeiter nicht in den Kampf führen wollen gegen das heutige Schlichtungswesen, gegen den Raub des Koalitions- und Streikrechts.

Die kommunistische Fraktion hat im sächsischen Landtag beantragt,

1. **das Justizministerium zu ersuchen, den Beschluß des Landesgerichts Leipzig sofort aufzuheben;**
2. **alles zu unterlassen, was die Arbeiter und Angestellten in der Ausübung der Koalitionsfreiheit behindert;**
3. **die Richter, die den Beschluß vom 2. Mai herbeigeführt haben, wegen gröblicher Rechtsbeugung zur Verantwortung zu ziehen.**

Hinter diesen Antrag muß sich die Arbeiterschaft des ganzen Reiches stellen, denn die Frage betrifft sie ebenso wie die Leipziger Textilarbeiter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270510-14/fragment/page=0005

Das städtische E-Werk soll verschachert werden

Ein neuer Anschlag des Bürgertums auf die eigene Regie

Halle, 10. Mai.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung begann mit der angekündigten einstündigen Etatrede des sozialdemokratischen Stadtverordneten Schaumburg, bei deren Voranzeige das „Volksblatt" sich so aufgeplustert hatte, damit recht viel Zuhörer diese Sitzung mit Spannung verfolgen sollten. Aber es war nichts damit. Die SPD. suchte kaum einen Zuhörer auf die Tribüne, und von der Würde und Tragweite des im „Volksblatt" gegen die Kommunisten so zäh verteidigten Parlamentarismus blieb wieder einmal nicht viel übrig.

Es lohnte aber auch nicht. Denn was Schaumburg gestern als Generaldebatte deklarierte, war alles andere als eine prinzipielle Stellungnahme zu dem Gesamtkomplex der Gemeindepolitik, von einer konkreten Gegenüberstellung mit der Reichs- und Staatspolitik gar nicht zu reden. Seine Rede schien sich viel länger als die dreistündige des Genossen Kilian von der vorigen Sitzung hinzuziehen, und das kam daher, weil Schaumburg während der ganzen Zeit so gut wie keinen grundlegenden Gesichtspunkt und kein neues Material zutage förderte, sondern im Berliner Dialekt immer an der Oberfläche plätscherte. Er ging lediglich in ein paar Sätzen auf die einzelnen Etatkapitel ein und sagte, was man bei der Besprechung der einzelnen Kapitel hätte sagen müssen. An dieser Rede gemessen, dürfte sogar der Scharfmacher Steinbrück recht haben, wenn er eine Generaldebatte nicht für notwendig hält. Einige wichtige Fragen streifte Schaumburg schließlich doch, und zwar berief er sich dabei merkwürdigerweise immer auf die Eintrede unseres Genossen Kilian. Diese geistige Anleihe bei der kommunistischen Fraktion deckt ganz offen auf, daß die SPD. keine eigene kommunalpolitische Linie entwickelt und sie auch nicht entwickeln kann, weil sie sich in ihren Entschlüssen — im Gegensatz zu mancher ihrer Reden — nicht von den Interessen der Arbeiterschaft, sondern von den Interessen ihrer in der preußischen Koalition sitzenden Minister leiten läßt. Deshalb polemisierte Schaumburg in seinen Schlußworten auch nicht etwa gegen Demokraten, Zentrum und Deutsche Volkspartei, sondern nur gegen die deutschnationalen Interessenpolitiker, obgleich er nicht umhin konnte, „leider" feststellen zu müssen, daß die andern Glieder des Ordnungsblocks genau dieselbe reaktionäre Politik treiben.

Diese Etatrede zeigte im übrigen auch, was an den sogenannten linken Führern in der halbischen SPD. dran ist. Da wurde Herr Grützner in strategisch sein sollenden Worten verteidigt, und zum Schluß stimmte die ganze schwarzrotgoldene Fraktion geschlossen für Annahme des Polizeietats. Merkwürdig war übrigens, daß Flüchtigkeit gestern der Sitzung fernblieb. Die Rede seines Fraktionskollegen sollte ja wohl ein kommunalpolitisches Bekenntnis sein. War Herrn Flüchtigkeit dabei etwas unheimlich zumute, so daß er das Fernbleiben vorzog?

Nur noch eins: die angekündigte große Abrechnung mit den Kommunisten blieb aus. Warum wohl? Wahrscheinlich weil sich sozialdemokratische Argumente gegen die wirklichen Vertreter der proletarischen Interessen verflüchtet hatten.

*

Der Vertreter der Hausbesitzerfraktion, Thier, hielt dann noch eine Etatrede von zwei Minuten, in der er dem Magistrat „sparen, sparen, sparen!" zurief. Er meinte damit natürlich, daß bei den sozialen und Fürsorgeeinrichtungen gespart werden solle, nicht etwa bei Zuwendungen an Hausbesitzer und Unternehmer. Seine reizvolle, im letzten Haushalt gemachte Entdeckung,

daß wir keine Kunst brauchen und statt dessen national empfinden lernen sollten,

wagte er im Plenum allerdings nicht vorzubringen. Schade. Wenn auch Lächerlichkeit nicht tötet und besonders im republikanischen Deutschland nicht, so wäre es doch hübsch gewesen, diesen Hüter deutschen Geistes in ganzer Engstirnigkeit vorgeführt zu sehen. Beim Angedenken davon flüsterte übrigens etwas durch den Raum, daß Herr Busse am Sonntag bei dem Vergnügen des oberbayrischen Trachtenfestes im „Wintergarten" sich bieder-bayrisch mittergnügt und einen tüchtigen geschmeitert habe. Ja, ja, wir müssen national empfinden lernen.

*

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung nahm der Vortrag des Generaldirektors der städtischen Werke, Lambertin, ein, der ausführlich auf den augenblicklichen und in der Zukunft voraussichtlichen Stand der Werke, besonders des neuen städtischen Elektrizitätswerkes, einging. Seine Ausführungen, auf deren Inhalt wir noch zurückkommen werden, waren

eine Anklage gegen den Magistrat, der aus den Werken Millionenüberschüsse herauszieht und somit die Verbilligung der Strom-, Gas- und Wasserpreise direkt verhindert,

sowie auch den weiteren Ausbau und noch gründlichere Modernisierung unmöglich macht. Der Vortrag war darüber hinaus aber

eine Kampfansage gegen die Feinde der eigenen Regie, die — vorgeschoben vom Braunkohlen- und Chemiekapital — das städtische Werk der Allgemeinheit entreißen wollen.

Hier ist besonders hervorzuheben, daß das Elektrizitätswerk im engsten Zusammenhang mit den städtischen Bergwerken arbeitet und auch der Frage der Braunkohlenverschwelung näherzutreten gedenkt. Direktor Lambertin, dem man wahrlich nicht nachsagen kann, daß er sich bei seinen Ausführungen von sozialistischen oder auch nur kommunalpolitischen Gesichtspunkten leiten ließe, sondern lediglich Rentabilitätsgründe und technische Zusammenhänge in den Vordergrund stellte, wies nach,

daß ein Aufgeben der städtischen Regie völlig undiskutabel sei.

Auf bürgerlicher Seite sah man infolgedessen lange Gesichter, von der Enttäuschung bis zur offenen Feindseligkeit malten sich alle Stimmungen aus. Und als Genosse Kilian im Namen der kommunistischen Fraktion eine Diskussion über den Vortrag verlangte, der ja eine Stellungnahme, eine Konsequenz seitens der Versammlung erfordere, da spielteste sich der Ordnungsblock in — sagen wir mal — Aktien- und Nicht-Aktien-Besitzer. Schon zu Beginn der nächsten Stadtverordnetensitzung, so forderten unsere Genossen, soll die Besprechung stattfinden, ein Vorschlag, der vom Dezernenten Dölz zur Annahme empfohlen, dem von seinem Parteigenossen, dem Sozialdemokraten Dürrfeld, jedoch widersprochen wurde, der vielmehr dem Vorsteher freistellen wollte, wann die Besprechung stattzufinden habe. Natürlich versuchte auch Professor Steinbrück die Diskussion zu hintertreiben, was ihm den Zuruf einbrachte:

„Sie müssen wohl erst bei der Plännerschaft oder bei Riebeck nachfragen?"

Schließlich setzte sich der kommunistische Antrag mit 28 Stimmen durch, wobei zu bemerken war, daß der Ordnungsblock wiederum gespalten war, diesmal aber in anderer Zusammensetzung. Nach beendigter Abstimmung rannte Steinbrück, der Fraktionsführer des Ordnungsblocks, zu den unartigen Schäflein seiner Herde, um sie wegen ihrer Stellungnahme zurechtzustauchen.

Am Freitag dieser Woche wird übrigens eine Besichtigung des Elektrizitätswerkes stattfinden.

*

Jetzt kommt es zur Besprechung einer Reihe von Vorlagen. Gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion wird für die Unterbringung des Arbeitsgerichts im Zivilgerichtsgebäude eine Summe bewilligt. Dadurch werden für die Stadt zwar Räume wieder frei; aber es liegt für die Arbeiterschaft kein Anlaß vor, zu den Kosten für diese Justiz irgend etwas beizutragen. Ferner beschließt die bürgerliche Mehrheit, einschließlich des sozialdemokratischen Stadtverordneten Wilke, die Verlängerung des Pachtverhältnisses mit dem Sächsisch-Thüringischen Renn- und Pferdezuchtverein über die Rennbahnwiesen bis zum Oktober 1937. Genosse Günther wandte sich grundsätzlich gegen den Rennsport, hob jedoch außerdem hervor, daß die Pachtsumme viel zu gering bemessen ist.

Beim Bericht über die **Einnahmen der ordentlichen Kämmereiverwaltung** beantragt Genosse Kölz, die Entgegennahme auszusetzen bis zur Beratung der Finanzkapitel im Etat. Das Bürgertum, das ein Interesse an der Verwischung dieser Frage hat, stimmte dagegen. Somit war der kommunistische Antrag gefallen. Aehnlich ergeht es auch dem

Jahresabschluß der Sparkasse für 1926,

den Herr Minner mit der Angabe von ein paar dürren Zahlen zu erledigen glaubte. Genosse Illgenstein wandte sich empört gegen diese Art Berichterstattung und forderte

einen ausführlichen schriftlichen Geschäftsbericht,

der übrigens längst vom Magistrat versprochen worden war. Der Finanzdezernent, dessen Amtsperiode im Herbst dieses Jahres abläuft, hat alle Ursache, diesen Bericht zu machen. Der Herr Finanzdezernent hatte es indessen vorgezogen, bei Besprechung dieses Punktes nicht anwesend zu sein, was vom Stadtverordneten Dürrfeld, der sich den Ausführungen des Genossen Illgenstein anschließt, gerügt wurde. Herr Seydel erschien dann, die Redner wurden vertröstet, und das Bürgertum gab sich zufrieden.

*

Kurz nach 7 Uhr stieg man in die Beratung der einzelnen Etatkapitel ein, und zwar — welch trauliches Symbol — begann man mit dem Kapitel

Polizeiverwaltung.

Bürgertum und SPD hatten hier natürlich nichts zu bemerken, sämtliche SPD-Mitglieder hatten es sogar vorgezogen, bei der Beratung über diesen Punkt den Saal zu verlassen. Und es lag auch Grund genug für sie vor. Denn Genosse Höcker wies nach,

daß die Verantwortung für das heutige Polizeisystem auf die SPD. falle.

Namen wie Severing, Hörsing, Grützner, Grzesinski und Zörgiebel sagen genug über das Wesen der heutigen Polizei, die ebenso wie die Reichswehr eine Bürgerkriegsgarde gegen die Arbeiterschaft bilden soll. Den Leuten aber, die das Eigentum der Bourgeoisie schützen sollen, gibt man dabei nur Hungergehälter. So werden z. B.

bei einem Polizeibeamten monatlich 25,50 Mark für Essen eingesetzt, für einen Polizeihund monatlich 18 Mark. Die Differenz zwischen dem Menschen- und Hundeleben beträgt 7 Mark 50 Pfennig.

Offiziere haben es natürlich besser. Ein Polizeipräsident verdient jährlich 14 500 Mark.

Genosse Höcker geht auf Einzelheiten des Kapitals ein und stellt den Antrag, den Betrag von 2000 Mk. für das Stadtschwesternamt zu streichen, sowie unter Position 15 die Bezeichnung „Kranke" für „Dirnen", die im Krankenhaus untergebracht sind, einzusetzen. Diese Mädchen, die ein Opfer der bürgerlichen Gesellschaftsordnung sind, werden in dem Krankenhaus übrigens wie in einem Zuchthaus gehalten, und die behandelnden Aerzte sprechen sich selbst gegen diese Methoden aus.

Bei der Abstimmung über diesen Antrag stellt sich wieder einmal die doppelte Moral der bürgerlichen Klasse heraus. Die bürgerlichen Mitglieder stimmen fast alle für die Beibehaltung der Bezeichnung „Dirne",

darunter auch die deutschnationale Frau Mampel, biedere deutsche Hausfrau und züchtiges Eheweib.

Der kommunistische Antrag gelangt trotzdem zur Annahme, während die Streichung der 2000 Mk. abgelehnt wird. Angenommen wird aber auch das gesamte Kapitel, das einen Zuschuß zur staatlichen Polizeiverwaltung von 400 000 Mark vorsieht. Hier stimmen allein unsere Genossen dagegen. SPD. und Bürgerblock bekennen sich in Einmütigkeit zur Polizeivorlage. Es ist wirklich zutreffend, was Genosse Höcker im Verlauf der Debatte sagte:

Das Symbol dieser Republik ist der Gummiknüppel der Schupo.

Arbeitgeberterror und Verletzung des Wahlgeheimnisses

durch den Geschäftsführer Werber von der Arbeitgebervereinigung

Mit welchen sauberen Methoden die Arbeitgebervereinigung für Halle und Vororte selbst gegen die ihr angeschlossenen Mitglieder vorzugehen pflegt, wenn es einzelne derselben wagen, sich bei geheimen Wahlen dem durch die Schwerverdienerrichtung ausgeübten Druck zu entziehen, beweist das nachstehende Schreiben, welches der bekannte günstige Wind auf unseren Redaktionstisch flattern ließ:

*

Allgemeine Arbeitgebervereinigung für Halle
und Vororte
Tgb. Nr. .....

Halle a. S., den 5. Mai 1927
Große Ulrichstraße 10 II
Fernsprecher 225 11 und 241 69

Herrn .....

Halle a. S.

Betr.: **Ergebnis der Vorstandswahl zur Allgemeinen Ortskrankenkasse.**

Wie wir bereits anläßlich unserer Einladung zur letzten Besprechung mitteilten, sind nach der Bekanntmachung des Kassenvorstandes bei der Vorstandswahl am 30. März 1927 für die Wahlvorschlagsliste Nr. 1 sechs Stimmen und für die Wahlvorschlagsliste Nr. 2 neunzehn Stimmen abgegeben worden.

Dieses Wahlergebnis erscheint uns insofern außerordentlich merkwürdig, als die Vorschlagsliste Nr. 1 insgesamt sechs Stimmen erhalten hat, obwohl für sie eigentlich nur vier Wähler in Frage kommen konnten, nämlich die seinerzeit bei der Ausschußwahl von der damaligen Liste Nr. 1 in den Ausschuß gewählten vier Vertreter.

Wir halten es zum mindesten für unwahrscheinlich, daß von denjenigen Herren, die seinerzeit von uns für den Ausschuß vorgeschlagen wurden, **jemand bei der jetzigen Vorstandswahl seine Stimme für die Gegenliste abgegeben haben soll.** Jedenfalls scheint die Vermutung nahe zu liegen, daß bei der Feststellung des jetzigen Wahlergebnisses irgendwelche Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind.

Eine Klärung nach dieser Richtung hin läßt sich letzten Endes nur dadurch herbeiführen, daß wir jetzt nachträglich in die Lage versetzt werden, festzustellen, **wie die einzelnen Herren, die an der Wahl teilgenommen haben, gewählt haben.**

Sollte sich bei dieser Feststellung ergeben, daß tatsächlich sämtliche Herren, die seinerzeit von uns für den Ausschuß vorgeschlagen wurden, auch diesmal ihre Stimme für den von uns aufgestellten Wahlvorschlag Nr. 2 abgegeben haben, so wäre damit der Beweis für die Richtigkeit der oben ausgesprochenen Vermutung erbracht. Wir würden in diesem Falle die entsprechenden Schritte beim Versicherungsamt der Stadt Halle unternehmen.

Aus den vorstehenden Gründen wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns bei unseren Feststellungen dadurch unterstützen würden, daß Sie die beigefügte Erklärung, sofern ihr Inhalt auch von Ihnen anerkannt wird, mit Ihrer Unterschrift versehen baldmöglichst an uns zurückleiten würden.

Die Form dieser Erklärung ergab sich aus der Notwendigkeit, gegebenenfalls dem Versicherungsamt gegenüber gleich die Bereitwilligkeit zum Ausdruck zu bringen, die gemachten Angaben eidlich zu erhärten.

Allgemeine Arbeitgeber-Vereinigung für Halle u. Vororte.
Der Geschäftsführer gez. Werber.

Erklärung

Ich erkläre mich hierdurch bereit, an amtlicher Stelle unter Eid zu bekräftigen, daß ich am 30. März 1927 anläßlich der Wahl der Vertreter der Arbeitgeber zum Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Halle a. d. S. meine Stimme für den Wahlvorschlag Nr. 2 (Thier, Holubek, Werber, Grübler usw.) abgegeben habe.

Halle, den ..... 1927.

*

Die Versendung dieser Erklärung bedeutet eine glatte Nötigung und Verletzung des Wahlgeheimnisses. Ein weiterer Kommentar ist überflüssig, da der Arbeitgeberverband sich so deutlich ausgedrückt hat, wie er nur konnte. Man darf gespannt sein, ob die Staatsanwaltschaft auch in diesem Falle ihren bekannten Pflichteifer entwickelt.

Eine verkehrte Verkehrsregelung

Man hat sich allmählich an die „hohe Warte" auf dem Riebeckplatz, von der täglich die Gebote des Verkehrs herabgewinkt und gepredigt werden, gewöhnt. Sie hat in der Zeit ihres Bestehens zahlreiche Freunde und ebenso viele Feinde gewonnen. Fragt man die am Fuhrverkehr beteiligten Kreise um ihre Meinung über den Verkehrsturm, lautet die Antwort gewöhnlich: „Sie ist nichts Halbes und nichts Ganzes."

Ein großer Mißstand wird allgemein darin erblickt, daß mit dem Glockenschlag 7 Uhr der dort oben diensttuende Beamte die Signalarme herunterklappen läßt und von seinem Olymp heruntersteigt. Man kann es den Beamten nachfühlen, daß sie froh sind, wenn ihre Stunde um ist und sie diesen lustigen Posten, auf dem Dienst zu verrichten sicher keine angenehme Sache ist, verlassen können. Und wie froh sie sind, das beweist die Pünktlichkeit, mit der die Regelung des Verkehrs von oben aufhört. Diese übergroße Pünktlichkeit gefährdet jedoch oftmals zumindest für einige Augenblicke arg den Verkehr. Der jeweilige Beamte fragt nämlich nicht danach, ob um diese Zeit zufällig gerade ein besonders lebhafter Verkehr ist oder nicht. Mögen die Ketten der Gefährte von allen vier Fahrtrichtungen noch so lang und dicht gedrängt sein, ist es um 7 Uhr, verläßt er den Turm. Die Chauffeure und Geschirrführer stutzen einen Augenblick. Sie haben sich schon zu sehr an die Verkehrsregelung gewöhnt. Sie warten vergeblich auf das Fahrtzeichen und wenn sie merken, daß dort oben der Dienst eingestellt ist, fährt gewöhnlich ein jeder auf Gutdünken drauf los. Oftmals kann man in diesem Augenblick ein Gewühl von Fahrrädern, Automobilen, Fuhrwerken und Fußgängern beobachten, daß man sich wundert, wenn alles gut und ohne Karambolage abgeht.

Hier muß unbedingt eine bessere Dienststeinteilung erfolgen, zumal der Verkehr mit den zunehmenden Tagen auch länger als sonst lebhaft ist. Es wäre richtiger, wenn der Beamte in einem Augenblick den Turmdienst einstellt, wo gerade wenig Verkehr herrscht. Lieber 5 Minuten vor der Zeit. Auf keinen Fall aber dann, wenn sich zahlreiche Augenpaare auf den Verkehrsturm richten, um zu erfahren, daß es Punkt 7 Uhr ist und der Laden geschlossen wird.

Die hohen Milchpreise

Gerade in den letzten Monaten werden von den amtlichen Stellen die krampfhaftesten Versuche gemacht, den Milchkonsum zu heben. „Mehr Milch!" lautet die Parole, die aus zahlreichen Druckschriften und Plakaten schreit. Wenn diese Versuche von Erfolg gekrönt sein sollen, muß erst einmal die erste Voraussetzung erfüllt, müssen nämlich die Milchpreise herabgesetzt werden. In dieser Beziehung scheinen sich aber die Regierungsstellen für unzuständig erklären zu wollen, denn über einen Versuch amtlicherseits, die Milchpreise herabzusetzen, ist noch nichts bekannt geworden. Wie dringend notwendig eine solche amtliche Milchpreisregulierung wäre, zeigen die großen Preisunterschiede für Milch.

In Berlin ist der Erzeugerpreis zurzeit 14 Pf. pro Liter Milch. Der Verein der Oberschlesien belieferten Milchproduzenten setzte den Erzeugerpreis im vorigen Monat von 18 Pf. auf 17 Pf. herab. In Halle scheint das nicht möglich zu sein. Die Halle beliefernden Erzeuger verlangen pro Liter Vollmilch heute noch einen Preis vom Stall 22, frei Halle 23 und frei Haus des Händlers 24,5 Pfennig.

Der Preisunterschied zwischen Berlin und Halle beträgt also pro Liter rund 10 Pfennig.

Im Kleinhandel kostet hier die Milch 30 bis 32 Pfennig.

Dieser gewaltige Preisunterschied hat seinen Ursprung in der Raffgier der großen Gutsbesitzer und Domänenpächter um Halle, die sich den Teufel um den Milchpreis anderer Städte kümmern und hier, ohne gehindert zu werden, einen grausigen Wucher betreiben. Sobald die Milch aber im Preise steigt, kümmern sich diese Herrschaften sofort darum und setzen als erste ihre Preise noch weiter hinauf. Unser sozialdemokratischer Regierungspräsident soll ja ein ausgesprochener Milchfreund sein. Vielleicht bekümmert er sich einmal um die Herabsetzung der Milchpreise.

Die Auszahlung der Zusatzrenten für Kriegshinterbliebene erfolgt für den Monat Mai d. J. gegen Vorlegung der Ausweiskarten beim städt. Jugendamte, und zwar für die Buchstaben: A—H am Freitag, dem 13. Mai, J—Q am Sonnabend, dem 14. Mai, R—Z am Montag, dem 16. Mai, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags. In der Kasse des Jugendamtes wird wie bisher für die Buchstaben A—D und M, Sch und St gezahlt, während für die anderen Buchstaben im Steuererhebezimmer, Rathausstr. 3, Erdgeschoß, gezahlt wird. Die Zusatzrentenzahlung für Kriegsbeschädigte erfolgt beim Fürsorgeamt für die Buchstaben A—K am 13. Mai und für den Rest am 14. Mai zu den gleichen Zeiten. Vorzeitige Auszahlungen können nicht erfolgen. Die angesetzten Zahltage müssen unbedingt eingehalten werden.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. Kriegs- und Arbeitsopfer am Mittwoch, dem 11. Mai, findet abends 8 Uhr in Rauschenbachs Restaurant zu Wörmlitz eine öffentliche Rentner-Versammlung statt. Wir erwarten, daß sich alle Rentenempfänger einfinden.

Arbeiter-Fotografenvereinigung Deutschlands, Ortsgruppe Halle. Heute, Dienstag, abend 8 Uhr in der „Reichskrone", Unterplan, Zusammenkunft aller Mitglieder. Este willkommen.

Die Revolution in der Schule kommt! Wie bereits mitgeteilt, ist kürzlich an den höheren Schulen durch Verfügung des Kultusministers Dr. Becker die Rangordnung aufgehoben worden. Minister Dr. Becker hat diese Verfügung, wie der Amtliche Preußische Pressedienst erfährt, soeben auf die Volksschulen und mittleren Schulen ausgedehnt. Ja, ja, unser Kultusministerium wird revolutionär. Hoffentlich wird Herr Becker nun nicht unter das Schundgesetz gestellt.

Werbt für den „Klassenkampf"!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270510-14/fragment/page=0006

Sturz des Kapitalismus — Aufrichtung des Sozialismus!

Das ist der einzige Ausweg! — Programmatische Reden der Genossen Sokolnikow und Ossinski in Genf

(Von unserem nach Genf entsandten Sonderberichterstatter.)

Im Mittelpunkt der Vormittagssitzung der Weltwirtschaftskonferenz am Sonnabend stand die Rede des Genossen Sokolnikow, ehemaligen Volkskommissars für Finanzen, über die wirtschaftliche Entwicklung und **die Erfolge des sozialistischen Aufbaus** in der Sowjetunion.

Genosse Sokolnikow führte u. a. aus: Die große Bedeutung der gegenwärtigen Lage und der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Sowjetunion für die europäische und die Weltwirtschaft werde allgemein anerkannt. Jede Diskussion über Weltwirtschaftsprobleme führte in den letzten Jahren immer zur Behandlung der sogenannten russischen Frage. In allen bisherigen internationalen Konferenzen sind die Versuche, die Entwicklungsperspektiven der Sowjetunion abzuschätzen, stets fehlgeschlagen. Es sei nicht uninteressant, daran zu erinnern, daß führende Staatsmänner Europas vor fünf Jahren in Genua und Haag den völligen Zusammenbruch der sozialistischen Organisation der Sowjetunion voraussagten.

Während der Friede für das übrige Europa bereits im Jahre 1916 begann, dauerte für die Sowjetrepubliken die Kriegsperiode bis 1920. Sobald der Friede wieder hergestellt war, begannen die Sowjetregierung und die werktätigen Massen der Sowjetunion mit größter Energie den Wiederaufbau der sowjetrussischen Wirtschaft und erzielten, trotz nicht vorausgesehener Hindernisse und der schlechten Ernte des Jahres 1921, wodurch neue Schwierigkeiten und Kalamitäten entstanden, günstige Resultate. **Nur dank den Organisationsgrundsätzen** des Landes und der Wirtschaft, die eine maximale Ausnutzung der Schöpferkräfte des Volkes ermöglichten, gelang es der Sowjetunion, in verhältnismäßig kurzer Zeit das Vorkriegsniveau des Wirtschaftslebens wieder zu erreichen und in vielen Wirtschaftszweigen sogar zu überschreiten. Während **der Wiederaufbau der anderen Länder mit aktiver, jedoch keineswegs uneigennütziger Hilfe der reichsten und wirtschaftlich stärksten Länder erfolgte, mußte die Sowjetunion die tiefen Wunden, die der Krieg und die Interventionskriege dem Wirtschaftsorganismus geschlagen hatten, fast ausschließlich aus eigener Kraft heilen. Wir haben den Beweis geliefert, daß die Hoffnungen auf wirtschaftliche Mißerfolge der Sowjetunion unbegründet waren.**

Um der Konferenz ein Bild von der

Wirtschaftslage der Sowjetunion

zu geben, wies Genosse Sokolnikow darauf hin, daß der Gesamtwert der Jahresproduktion bei Umrechnung sämtlicher Preise nach den Preisindizes von 1913 mit über 8 Milliarden Rubel die Jahresproduktion von 1913, die 7 Milliarden Rubel betragen hat, bereits überschritten hat. Auch gegenüber dem Wirtschaftsjahr 1925/26, in dem der Gesamtwert der Jahresproduktion 7 Milliarden 360 Millionen Rubel betrug, ist eine beträchtliche Steigerung zu verzeichnen. Bei voller Ausführung des Produktionsprogramms steigt die Jahresproduktion im Wirtschaftsjahr 1926/27 auf 8 450 000 000 Rubel. Die Steigerung der Produktion ist begleitet von bedeutenden Kapitalinvestierungen in Industrie, Elektrifikation und Wohnungsbau. Die Investitionen betrugen im Jahre 1925/26 1 250 000 000 Rubel und 1926/27 1 400 000 000 Rubel, und dienten zur Restaurierung des verbrauchten Kapitals und zur Neubildung von Kapital, das beispielsweise in der Gründung zahlreicher neuer Fabriken und in der Erneuerung und Erweiterung bestehender Fabriken angelegt wurde. Der Prozeß der technischen Erneuerung und der industriellen Entwicklung ist einer der konstruktiven Elemente des produktiven Akkumulationsprozesses der Sowjetunion. Die Gesamtsumme der Kapitalinvestitionen betrug im Jahre 1925/26 2 Milliarden 250 Millionen Rubel und wird nach vorläufigen Angaben im Jahre 1926/27 3 Milliarden 120 Millionen Rubel betragen. Die Wirtschaftsaufgabe der Sowjetrepublik ist die **Unterstützung des produktiven Akkumulationsprozesses** als Grundlage für den Wiederaufbau der Wirtschaft und des Absatzes der Sowjetunion. Dabei ist die wichtigste Aufgabe eine mächtige Entwicklung der Industrie, besonders der Schwerindustrie, die auf einer parallelen Entwicklung der Landwirtschaft beruht.

Die Arbeiterschaft und die werktätige Landbevölkerung, die die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion führen, sind entschlossen, in kürzester Zeit den vorwiegend agrarischen Charakter der Sowjetwirtschaft, sowie die rückständigen Industriekernen, die eine schwere Erbschaft der vorrevolutionären Periode bilden, zu liquidieren. In dem Maße, wie die Produktivität der Arbeit in Industrie und Landwirtschaft gesteigert wird, in demselben Maße vervollkommnet sich die Organisation der einzelnen Unternehmungen und der Gesamtwirtschaft und in demselben Maße werden die Mittel zur Vergrößerung und Wiederherstellung aller Industriezweige, insbesondere der ausschlaggebenden Industriezweige, wie Metallurgie, Maschinenbau, Bergbau, Petroleumindustrie nach den letzten technischen Errungenschaften größer. Die Aufgaben, die sich die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion gestellt hat, sind zweifellos schwierig und grandios, und wir geben zu, daß die Möglichkeit gewisser teilweiser Mißerfolge besteht, aber **Garantien für den schließlichen Erfolg der enormen Aufbauarbeit der Sowjetarbeit sind gegeben.**

Die Methoden der täglichen

Wirtschaftspraxis der Sowjetunion

sind die folgenden:

1. Die Arbeitsprogramme aller Unternehmungen und aller Produktionsbranchen untereinander werden durch die Wirtschaftsorgane der Sowjetunion in Einklang gebracht, wodurch die gegenseitige Verbindung und Unterordnung der Wirtschaftselemente, die in den kapitalistischen Ländern blind und, nur durch Krisen korrigiert, vor sich geht, in der Sowjetunion durch den Wirtschaftsplan planmäßig geschieht. Die Grundelemente des Wirtschaftsplanes sind: 1. das Budget, das, im Gegensatz zu anderen Ländern, sehr große Summen zur Stärkung und Hebung der Produktionszweige enthält, 2. der Kapitalinvestierungsplan in der Industrie, der die Termine für die Verwirklichung vorschreibt und das Wachstum der Industrie bestimmt, ist der Grundpfeiler des Wirtschaftssystems, 3. der Export- und Importplan, der das Verhältnis von Einkauf und Verkauf für den Außenhandel bestimmt, 4. der Getreideaufkaufplan für den Verbrauch im Inland und für den Export, 5. der Kreditplan, der Industrietätigkeit und Handel mit dem Stand der Geldzirkulation verbindet und die Stabilität der Valuta garantiert. Gegenwärtig arbeiten wir neben dem Jahresprogramm ein

Perspektivprogramm für die nächsten fünf Jahre

aus. Die Grundprinzipien des Planes sind 1. die höchste Entwicklung der potentiellen Produktivkräfte, 2. rasche Steigerung unter Vermeidung von Krisen und Rückschlägen, 3. **maximale Sicherstellung des realen Wohlstandes** für die Werktätigen in Stadt und Land durch die Steigerung der Produktionskräfte, 4. die Entwicklung der Produktivkräfte in der Richtung auf die **Sicherstellung eines stets wachsenden Sphäre sozialistischer Organisation**, 5. richtiges Gleichgewicht der Gesamtwirtschaft durch gerechte Koordinierung der städtischen und ländlichen Interessen, der Interessen des Zentralgebietes und der nationalen Minderheiten, der Industrie und Landwirtschaft und schließlich der verschiedenen Industriezweige untereinander.

Eine solche Planmäßigkeit in der Sowjetunion ist möglich dank der Tatsache, daß die Macht in Händen der Arbeiterklasse ist, die das Bündnis mit den ungeheuren arbeitenden Bauernmassen aufrechterhält, jede nationale Unterdrückung verwirft, jedwede nationalen Privilegien abschafft und der Entwicklung der kulturellen und wirtschaftlichen Mittel der werktätigen Massen aller Sprachen und Rassen unbegrenzte Möglichkeiten garantiert.

II. Die Wirtschaftstätigkeit der Sowjetunion ist engstens

mit der Wissenschaft verbunden.

Die Wissenschaft wird einer der Haupthebel für die Rationalisierung der ganzen Wirtschaft zur Verwirklichung größerer und qualifizierterer Produktion bei kleinster Verausgabung menschlicher Arbeit. Die Sowjetunion opfert viel für die wissenschaftliche Tätigkeit. Im Jahre 1918 wurde das **erste chemische Forschungsinstitut** gegründet, das gegenwärtig 31 Institute umfaßt, die unter der zentralen Leitung der technisch-wissenschaftlichen Sektion des Obersten Volkswirtschaftsrates stehen. Jetzt werden fünf neue Forschungsinstitute auf anderen Gebieten gegründet.

III. **Die Massen sind an den Wirtschaftserfolgen interessiert** und fördern die Fortschritte durch

die eigene Initiative,

die darauf beruht, daß die Arbeiterklasse **das Bewußtsein hat, daß sie die Produktion besitzt.** Außer dem Einfluß der Gewerkschaften

Sokolnikoff

Einer der Führer der Sowjetdelegation auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf

bei der Hebung der Produktion durch Kritik der Fehler und eigene Vorschläge finden systematische Produktionsberatungen ganzer Belegschaften statt. Die Landbevölkerung verbessert die Agrarmethoden. Die Massenintiative wurde ermöglicht durch die **Hebung der Kultur und des Existenzminimums.** Die Revolution hat der Bauernschaft eine bessere Existenz gesichert, indem sie die feudale Ausbeutung abschaffte. Die Löhne der städtischen Arbeiter stehen durchschnittlich 10 Prozent über dem Friedensniveau, wobei die größten **Lohnerhöhungen erfolgt sind in den vor der Revolution am niedrigsten bezahlten Branchen.** Die Landwirtschaft wurde durch Kredite und Steuermaßnahmen gehoben. Ihre Entwicklung beweist die zufriedenstellende Lösung des Problems des Nebeneinanderlebens einer großen sozialistischen Wirtschaft und kleiner Privatbesitzermassen. Die landwirtschaftliche Produktion, die im Jahre 1913 11770 Millionen Rubel und 1925/26 11300 Millionen Rubel betrug, überschreitet dieses Jahr mit etwa 11 900 Millionen das Friedensniveau. Eine noch raschere Agrarentwicklung verhindern die relativ hohen Industriepreise.

Die Sowjetunion ist an der Entwicklung des Außenhandels interessiert zur Hebung ihrer eigenen Wirtschaft. Obwohl der gegenwärtige Außenhandel nur 40 Prozent der Vorkriegszeit ausmacht, **hängt diese Einschränkung doch nicht mit der sozialistischen Organisation zusammen.** Das Zarenregime exportierte auf Kosten der Werktätigen, während das Sowjetregime den inneren Konsum hebt und durch Hebung der Produktion einen größeren

Export ohne Hungerelend

im Inlande vorbereitet. Wenn die nächste Ernte gut sein wird, soll der Getreideexport gehoben werden, nachdem der Inlandsbedarf und die Reservefonds gedeckt sind. **Keineswegs ist das Außenhandelsmonopol an dem geringen Außenhandel schuld, und deshalb erreicht der Kampf gegen das Außenhandelsmonopol nur das Gegenteil des Gewünschten, nämlich Verkleinerung des Außenhandels durch Schwierigkeiten aller Art.** Auf Grund von Vereinbarungen kann die Sowjetunion zu einem Absatzmarkt und Exportmarkt werden. Die Industrialisierung der Sowjetunion schließt den Export nach den Industrieländern nicht aus, im Gegenteil, sie erfordert die Einfuhr von Produktionsmitteln. Die Herstellung normaler Kreditbeziehungen kann die Ausfuhr nach der Sowjetunion kurzerhand heben und den Sowjetexport vergrößern.

Die Sowjetunion könnte aber wohlgemerkt auch ohne intensive Beziehungen mit der Kapitalistenwelt bei langsamer Akkumulation mit eigenen Mitteln sich entwickeln.

Das politisch-wirtschaftliche System der Sowjetunion und dasjenige der kapitalistischen Länder sind grundverschieden. Aber eine Zusammenarbeit ist möglich, auch durch Konzessionspolitik und technisch-intellektuelle Zusammenarbeit. Dadurch messen sich beide Systeme friedlich, **wobei die Sowjetunion überzeugt ist von der Ueberlegenheit des sozialistischen Systems** infolge der Ausschaltung der kapitalistischen Widersprüche; der Rationalität und der Ausschaltung der staatlichen Interessengegensätze. Wenn gegen die Sowjetunion Kriegsdrohungen erhoben werden, vermindert das nicht die Bedeutung der Erfolge der sozialistischen Wirtschaft der Sowjetunion. Die **Sowjetunion betrachtet die Anschuldigung des roten Imperialismus mit Ironie, weil sie tatsächlich den Weltfrieden über alles stellt** und ein friedliches Nebeneinanderleben beider Systeme anstrebt. Nach gewisser Zeit wird das Nebeneinanderleben beweisen, daß das sozialistische System die wirtschaftlichen Widersprüche völlig ausschaltet und die Entwicklung der Produktivkräfte fördert. Die Tatsache dieser Konferenz beweist die Notwendigkeit, nach einem besseren System als das kapitalistische zu suchen.

Die Rede des Genossen Ossinski

In der Sonnabend-Nachmittagssitzung sprach der ehemalige Volkskommissar für Landwirtschaft, Genosse Ossinski, ebenfalls in französischer Sprache. Er führte u. a. aus: „Proudhons Buchtitel „Das System wirtschaftlicher Widersprüche oder Philosophie des Elends" paßt für unsere Epoche. Das heutige Wirtschaftssystem ist ein System der Widersprüche, und die Sozialphilosophie für viele eine Philosophie des Elends. Die grundlegenden Widersprüche sollen geschildert werden. Wäre eine Vergleichstabelle der Verhältnisse aller Länder vom Sieger USA. bis zu den Kolonien vorhanden, so hätten wir ein Bild der größten Ungleichheit. Die Ungleichheit bestand bereits vor dem Kriege, sie wurde jedoch durch ihn verschärft und hat gleichzeitig die rückständigsten Länder geweckt. So ist beispielsweise das Nationalreichtum der USA. pro Kopf vierzehnmal, insgesamt zwanzigmal mal größer als der Indiens. Der amerikanische Textilarbeiter verdient 60 bis 90 Dollar im Monat, während der chinesische drei bis vier Dollar verdient. Wird in Europa vom Achtstundentag wenigstens gesprochen, so arbeitet der Chinese 12 bis 17 Stunden ohne Sonntagsruhe. Das wirkt sich natürlich in Hankau und Schanghai aus.

Der allgemeinste Widerspruch ist derjenige zwischen

Produktionskapazität und Kaufkraft,

woraus sich die Unmöglichkeit ergibt, den Produktionsapparat voll auszunutzen. Sogar in den USA. liegen 25 Prozent des Produktionsapparates in der Maschinenindustrie brach. In England wurden 41 Prozent des Produktionsapparates in der Metallindustrie und 45 Prozent in der Textilindustrie stillgelegt. In Polen ist es noch schlimmer. Die Ursachen dafür liegen in der **schwachen Kaufkraft der Arbeiterklasse und der Bauernschaft,** dem Ruin ganzer Staaten, der **Boykott- und Angriffspolitik gegen die Sowjetunion und China.** Dazu kommen noch die Reparationslasten.

Zweitens ist der Gegensatz in der **wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse einerseits und der kapitalistischen Unternehmer andererseits vergrößert.** Gegen die Behauptung, daß in den USA. alle Arbeiter Kapitalisten geworden sind, steht die Tatsache, daß 75 Prozent aller Aktien sich in den Händen von nur Prozent der Aktionäre befinden. Im Jahre 1924 sind nur vier Prozent der Dividenden der Aktieraktionären zugeflossen. Ebenso illusorisch ist der Hinweis auf die Arbeiterbanken, deren Kapitalien nur zwei pro Tausend der Bankkapitalien der USA. ausmachen. Obwohl die Löhne in Amerika um ein Viertel höher sind als in der Vorkriegszeit, sind die Einnahmen **fünfte der Kapitalisten unvergleichlich mehr gestiegen.** Während im Jahre 1914 das Industriekapital der USA. fast fünf Milliarden Jahre 1914 das Industriekapital der USA. fast fünf Milliarden ausmachte, betrug es im Jahre 1923 über 13 Milliarden, also mehr als das Zweieinhalbfache. Diese soziale Schere ist von überaus großer Bedeutung. Die europäischen Löhne stehen im besten Fall auf dem Vorkriegsniveau oder darunter. Es herrscht eine **Riesenarbeitslosigkeit** (nach der Statistik des Völkerbundes 20 Millionen, einschließlich der Familien), **während in den USA. Arbeitermangel und zugleich Einwanderungssperre** zu verzeichnen sind. Ein scheinbarer Widerspruch ist die Arbeitszeitverlängerung bei dieser Riesenarbeitslosigkeit. Das Washingtoner Abkommen hat sich als völlig ergebnislos herausgestellt.

Die Sowjetunion ist der einzige Staat, in dem der Achtstundentag und die Sechsstundenschicht unter Tage bestehen, während in England und Deutschland die Arbeitszeit verlängert wird.

Der dritte große Gegensatz ist derjenige der **kapitalistischen Industrie zur Landwirtschaft,** die sogenannte Schere, in der die gut organisierte und zentralisierte Industrie absolut überlegen ist. Infolge der geschwächten Kaufkraft der Arbeiter wird der Absatz der landwirtschaftlichen Produkte kleiner.

Der vierte ist der Gegensatz **zwischen den nationalen Kapitalgruppen,** die mächtige Staaten beherrschen und einen erbitterten Kampf um Seewege, Eisenbahnen, Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlageplätze führen. Um Naphtha, Kautschuk, Holz, Messing, Wolle, Düngemittel kämpfen USA., England, Frankreich, Italien, Japan usw. mit unerhörter Schärfe. Das bedeutet eine ungeheure

Gefährdung des Weltfriedens.

Sonderbarerweise sind diese Fragen von **der Konferenz,** die angeblich die wirtschaftlichen Ursachen der Kriegsgefahr untersuchen soll, ausgeschaltet.

Sechstens: Während die imperialistischen Gegensätze sich verschärfen, wird der **Gegensatz zur Sowjetunion zugespitzt,** obwohl Sozialismus Frieden bedeutet und eine friedliche Außenpolitik eine Grundlage des Sowjetstaates ist. Die Nebeneinander-Existenz beider Systeme ist für eine gewisse Zeitspanne unvermeidlich. Die Boykott-Aktion gegen die Sowjetunion verschärft jedoch die Krise.

Der siebente Gegensatz ist derjenige der Imperialisten zu den Kolonien, die als Objekte der Ausbeutung rechtlos sind und als „unreif" betrachtet werden. Die **koloniale Ausbeutung** wird durch die Aufteilung der Welt unter die Imperialisten verschärft, während auf der anderen Seite das Nationalbewußtsein der kolonialen Bevölkerung und das Klassenbewußtsein der Arbeiter in den Kolonien gestiegen ist. Die unbedingsame Sympathie der ersten Arbeiterrepublik für die nationalen Freiheitsbewegungen, insbesondere Chinas, ist geschichtlich erforderlich.

Achtens: Alle Gegensätze kommen in Revolutionen und Kriegen zum Ausbruch. Die ungeheuren Wettrüstungen verschärfen die Kriegsgefahr und bringen einen neuen Weltkrieg näher. Die Grundlage aller Widersprüche des Kapitalismus ist das **Privateigentum an den Produktionsmitteln,** die zusammengeballt sind in der Hand des Finanzkapitals.

Neuntens: Der einzige Ausweg aus dieser Lage ist die Aenderung des Wirtschaftssystems durch die **Errichtung des Sozialismus,** wobei die Trusts sich in den Händen der Produzenten befinden und für die Interessen der Produzenten arbeiten.

Zehntens: Bis zur

Verwirklichung des Sozialismus

in Europa machen wir die folgenden konkreten Vorschläge zur Erleichterung der Situation der Arbeiterschaft:

1. Annullierung aller Kriegsschulden und Reparationsverpflichtungen; 2. Lohnerhöhung für die Industriearbeiter; 3. Wiederherstellung des Achtstundentages und der Sechsstundenschicht unter Tage und in den gesundheitsschädlichen Berufen; 4. volle Freiheit für die Gewerkschaftsorganisationen und uneingeschränktes Streikrecht; 5. wirkliche Hilfe für die arbeitslosen Opfer der Rationalisierung, Erhöhung der Besitzsteuern und Unternehmersteuern, Einschränkung des Militarismus, des Bureaukratismus und des Luxus usw.; 6. Kampf gegen die durch die Kartelle hervorgerufene Teuerung; 7. Oeffnung der Grenzen für die Einwanderung; 8. Abschaffung der Protektorate und Mandate, Zurückziehung der Truppen aus den Kolonien, Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker; 9. Beendigung der militärischen Intervention in China und Anerkennung der vollen Unabhängigkeit Chinas; 10. Aufhören jedes wirtschaftlichen und politischen Boykotts gegen die Sowjetunion und Schaffung normaler Beziehungen durch a) Kredite für die Sowjetunion, b) Konzession, c) technische Zusammenarbeit, d) Aufhören der Angriffe gegen Institutionen der sozialistischen Wirtschaft, insbesondere das Außenhandelsmonopol; 11. vollkommene Abrüstung zu Lande, zur See und zur Luft bei Kontrolle der Arbeiterorganisationen über die Verwendung der Militärrüstungseinrichtungen. Die Sowjetunion hält den Weltfrieden für unerläßlich und verwirft das kapitalistische imperialistische System, das Kriege herbeiführt. Die öffentliche Meinung der Sowjetunion unterstützt jede wirkliche Aktion für den Frieden und ist, um den Arbeitermassen die Kriegsgefahr zu ersparen, bereit, ihrerseits jede nötige Aktion zu unternehmen.

*

Loucheur antwortete am Schluß seiner heutigen Rede auf die Referate der Sowjetvertreter. Er wich jeder Diskussion aus mit der Bemerkung, daß er die Konferenz nicht gefährden wolle. **Ossinski habe die Thesen der Komintern vorgetragen.**

Nach Loucheurs Angriffen auf die Sowjetdelegation steigert der Italiener Belloni die Attacke. Er lehnt die Vorschläge der Sowjetvertreter ab und findet ihre Reden „widerspruchsvoll" und „doppeldeutig".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270510-14/fragment/page=0007

Farben
Schlemmkreide, Harnstoff
Heilkräuter, Sämereien
Barbara-Drogerie
Merseburger Straße 104

Otto Hänisch
◆ Fahrräder ◆
Turmstraße 156

Wo kauft man
Bettfedern
Inlettstoffe
fertige Betten
am besten?

Bei
Kreß & Co.
Halle a. d. S.
Pfännerhöhe 4 Pfännerhöhe 4
Bettfedern-Reinigungsmaschine täglich im Betrieb

Hermann Schütze
Zigarren, Zigaretten und Tabake
Pfännerhöhe 52

Ia. Fahrräder
Nähmaschinen, Sprechapparate
sämtliche Ersatzteile billigst
— Eigene Reparaturwerkstatt —
Emaillieren und Vernickeln
August Kraft
Steinweg 51 Geiststr. 49
Tel. 25156. Zahlungserleicht.

Was schenken Sie
Ihrem Gatten, Bruder, Bräutigam?
Eine echte Shagpfeife
von
Johannes C. Müller
Leipziger Straße 75
Zigarren — Zigaretten

Hermann Zander
Bertramstraße 20 u. Lessingstraße 26
Kolonialwaren
Konserven ⊙ Weine

Fahrräder
Triumph, Panther, Presto
Viktoria
Reparaturwerkstatt für alle Fabrikate
— Zahlungserleichterungen —
Paul Krause
jetzt Geiststraße 39

Schuhe und Stiefel
wie immer nur bei
Alzak Steinweg 46-47
Ecke Taubenstraße

Arbeiter
laßt Strapazierschuhe nur mit grünem Leder „Marke Goliath" besohlen
1 Jahr Haltbarkeit, keine Seltenheit!
Kirchner-straße 15a **Fußwohl** Börmlitz-Straße 9
Schuhinstandsetzungsfabrik
Auch Leder im Ausschnitt

Herrenhüte
für Straße und Sport
Regatta-, Sport-, Schülermützen
Sämtliche Vereinsmützen
J. Kaliga
Mützenfabrikant
Große Klausstraße 3d
Telephon 24436

Größte Auswahl
billigste Preise
Herren- u. Knabenkleidung
sämtliche Berufskleidung
Gustav Reinsch
Marktplatz 25
im Roten Turm

Hallmarkt-Drogerie
Paul Claus
Dreyhauptstr. 2 Dreyhauptstr. 2
Farben — Lacke — Pinsel
schnelltrockn. Fußbodenfarben
streichfertige
Oelfarben

Göbels Schuhe
sind die besten
Schuhfabrik, Einzelverkauf
20 Prozent Fabrikherstellungsrabatt
Schuhfabrik Albrechtstraße 25
Nähe Ludwig-Wuchrer-Straße

Fahrräder
Opel, Phänomen und andere erstklassige Spezialmarken in großer Auswahl
Geringe Anzahlung, Wochenrate 3,— Mark
Reparaturen prompt und billig
Max Lange
Ludw.-Wuchrer-Str. 63

Fahrräder
Nähmaschinen, Sprechapparate u. Zubehörteile
R. Kümpfel
Gr. Klausstraße 19
Ecke Domstraße

Groß-Roßschlächterei
Karl Böhlert
Halle an der Saale, Olearius-straße 3, Reilstr. 30, Tel. 23933
Ammendorf, Hauptstr. 30, Tel. 29
empfiehlt:
Prima Fleisch- u. Wurstwaren, warme Würstchen z. jd. Tageszeit

G. Both
Fleischermeister, Schweizchestr. 19
Ecke Lerchenfeldstraße, empfiehlt
Ia. hausschlachtene Wurstwaren
Spez.: Wiener Würstchen
Jagd-, Sardellen-Leberwurst

Damen- u. Herrenhüte
Mützen aller Art
kaufen Sie zu äußerst billigen Preisen bei größter Auswahl im Spezialgeschäft
H. Gutermuth
Halle a. d. S. Rannischestr. 12

Gruden
Oefen, Herde
Gaskocher
Christian Glaser
Gr. Klausstr. 24

Carl Saatz
Rannischestr. 6 Rannischestr. 6
Drogen, Parfümerien
Toilette-Artikel
Farben, Lacke

Zigarren
Zigaretten u. Tabake
Willy Feigler
Merseburger Straße 161
Zweiggesch.: Bahnhofsausgang Thielenstraße
Lauchstädter Straße 26
Delitzscher Str. 9

Spirituosen
Kolonialwaren
Spezialität:
Gebrannte Kaffees
Paul Richter
Steinweg 53 und 15
Geiststraße 32

Zigarren
Zigaretten, Tabake
M. Henning Pfännerhöhe 33
Telephon 28116

Schokoladen
kauft man am besten bei
Franz Däubert Thielenstraße (Bahnhofsausgang)

Parole: Wir kaufen nur bei unseren Inserenten!

Bekleidungshaus
Joh. Heun
66 Leipziger Str. 66

Anspachs Restaurant
Glauchaer Straße 32
Gaststätte für jedermann!

Schallplatten große Auswahl!
Fahrräder — Sprechapparate
20,— Mk. Anzahl. 3,— Mk. Wochenr.
Paul Lucke, Halle (S.)
Bäckerstraße 1 (Glauchaer Straße)
Reparatur-Werkstatt

Kauft
nach wie vor Eure
Farben und Tapeten
nur bei
Farben-Kramer
Mittelwache 9/10
Tel. 21465 Tel. 21465

Einen großen Posten
erstklassige Marken
Fahrräder
Wochenrate von 3 Mark an
Fr. Franke
Landwehrstr. 2 Tel. 29478

Franz Conrad
Kolonialwaren
ff. hausschlachtene Wurstwaren
Torstraße 28

Friedrich Bönicke
Große Brunnenstraße 65
Telephon 25556
Täglich:
Frische Fluß- und Seefische
Des Leße in Räucherwaren und Fischkonserven

Bahnhofs-Tunnel
Inhaber: Ernst Kadler
Gaststätte für jedermann
Warme Speisen
zu jeder Tageszeit, zu billigsten Preisen sowie gutgepflegte
Biere

Von 10 Mk. Anzahlung an
und 3 Mark Wochenrate erhalten Sie ein
Qualitätsrad
Nähmaschinen- und Fahrrad-Großvertrieb
K. Möller, Schmeerstr. 1

Schuhhaus Altermann
I. Geschäft: Bernburger Straße 31
II. Geschäft: Bernburger Straße 19
Großes Lager sämtlicher
Schuhwaren
vom einfachsten bis zu den modernsten
Gewissenhafte Bedienung

Raucht
Stiborskis
Qualitäts-Marken
Nur Glauchaer Straße 3
Wiederverkäufer großen Rabatt!

Drogen
Chemikalien
Farben, Lacke, Pinsel, Haushaltseifen, Waschartikel, Toilettenartikel, Parfümerien, Kinder-Nährmittel, Krankenpflege
Bruno Bretzsch
Halle, Moritzzwinger 1
Telephon 25350

Uhren und Goldwaren
kaufen Sie reell und billigst bei
Amand Weiss
Halle an der Saale
Kleinschmieden 6

Beerdigungs-Anstalt
Willy Lutze
Halle an der Saale
Krukenbergstraße Nr. 7
Geschäftsstelle des Deutschen Begräb.-Versicherungs-Verein
Tel. 25920

Alfred Lange
Maßschneiderei
seiner Herren- u. Damen-Kleidung
Verkauf fertiger Herren-Kleidung
auf Teilzahlung
bei festen Preisen
Halle an der Saale
Leipziger Str. 103, II
Tel. 25923

Rathenower Optisch. Institut
Halle a. d. S., Olearius-straße 1:
Günstige Bezugsquelle aller optischen Erzeugnisse
wie Brillen
usw.

Fahrräder
Mercedes, Opel, Schladitz usw.
Sämtliche Ersatzteile, sehr preiswert
Bequeme Zahlungsweise. Reparaturen prompt und billigst
Kurt Bley
Ludwig-Wuchrer-Str. 43
(Zielisch)
Landsberger Str. 60

Alle Drucksachen

liefert schnell, gut und preiswert die Produktiv-Genossenschaft in Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270510-14/fragment/page=0008

Merseburg-Leuna-Querfurt

Achtung! Zellen- und Ortsgruppenleitungen!

Die Gewerkschafts- und Betriebsrätewahlen sind abgeschlossen. Eine große Anzahl Gewerkschafts- und Betriebsrätefragebogen stehen noch aus. Sorgt dafür, daß dieses Material bis Mitte Mai zurückgesandt wird. Stellt sofort die säumigen Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre fest und veranlaßt sie, ihren Pflichten nachzukommen.

BL., Gew.-Abtlg.

Soziale Fürsorge und Landesversicherung Sachsen-Anhalt

(Arbeiterkorrespondenz)

Im „Merseburger Korrespondent" vom 9. Mai wird eine Statistik veröffentlicht über „Das Heilverfahren bei der Landesversicherungs-Anstalt Sachsen-Anhalt". Darin heißt es u. a. wörtlich: „Abgelehnt wurden 4067 Anträge, darunter viele, **weil das Leiden schon so weit vorgeschritten war, daß eine Wiedergenesung unwahrscheinlich erscheint. (!!)** Zunächst ist man über eine derart brutale Offenheit (Frechheit) einfach sprachlos, denn durch überlange Arbeitszeit in ungesunden Räumen bei niedrigen Löhnen wird ja erst die Gesundheit der Proletarier untergraben. Dann folgt gewöhnlich eine längere Krankenkassenbehandlung, und wenn die Sache dann glücklich soweit gediehen ist, daß überhaupt ein Antrag auf Heilverfahren gestellt werden kann, dann wird man abgewiesen, weil „das Leiden schon soweit ist, daß eine Wiedergenesung unwahrscheinlich erscheint."

Arbeitsbrüder und -schwestern, was sagt Ihr dazu, wenn Ihr demgegenüber feststellt, daß man Euch vom 16. Lebensjahre an zwangsweise die Beiträge für diese Versicherung einbehält?

Am Schluß der Veröffentlichung heißt es ferner: „Die Heilverfahren werden hauptsächlich aus dem Grunde zur Anwendung gebracht, um die Gesundheit der Versicherten wieder herzustellen und **dadurch an Renten zu sparen."** In den meisten Fällen stellt man aber **nicht die Gesundheit**, sondern die **Arbeitsfähigkeit der Patienten** wieder her. Wir sehen also auf der einen Seite schöne Worte: Reichsgesundheitswoche, Wege zu Kraft und Schönheit, Tuberkulose ist heilbar, und auf der anderen Seite Ablehnung der Anträge, „weil das Leiden so weit fortgeschritten ist". Theorie und Praxis! Soziale Fürsorge in Reinkultur! Und das alles von Eurem Geld, Ihr Schaffenden. Werdet Ihr es noch lange dulden?

r. v.

Groß-Kayna. Milchverkauf des Rittergutes. In letzter Zeit, solange der Flaschenmilchverkauf in Grube und Fabrik Michel-Vesta stattfindet, kann man die Wahrnehmung machen, daß die Milch die von einem Fuhrwerk dieses Rittergutes an die Bewohner der Baracken **verkauft** wird, an Fettgehalt sehr viel zu wünschen übrig läßt. Die Flaschenmilch, die in geschlossenen Flaschen mit ein Viertel Liter Inhalt für 9 Pf. (macht pro Liter 36 Pf.) verkauft wird, ist um vieles besser und fetthaltiger, als die Milch vom Fuhrwerk, wo das Liter 28 Pf. kostet. Es ist ja von früher bekannt, daß man für Wucherpreise stets etwas gutes bekam. Im geschilderten Falle ist aber beide Milch „Vollmilch", auch die, für die der gesetzliche Preis von 28 Pf. verlangt wird, obwohl diese der Halbmilch fast gleich steht. Es ist Pflicht der maßgebenden Stellen, hier einmal nach dem Rechten zu sehen. Es empfiehlt sich, in bestimmten Abständen Stichproben dem Fuhrwerk zu entnehmen und festzustellen, ob Verschulden des Rittergutes vorliegt.

Teuditz-Tollwitz. Von bürgerlichen Sängern. Wir vernehmen noch nachträglich, daß anläßlich der ersten diesjährigen Vorführung des Arbeiter-Sängerchors Teuditz-Tollwitz ein Mitglied des bürgerlichen Gesangvereins Kauern die naive Dreistigkeit gehabt hat, gegenüber einem Mitglied des Arbeitergesangvereins die Hoffnung auszudrücken, daß infolge der vorzüglichen Leistungen des Arbeiter-Sängerchors Mitglieder desselben auch bei den Veranstaltungen in Kauern teilnehmen würden. In Kauern seien doch auch Arbeiter darunter. Er hat glücklicherweise die Antwort erhalten, daß die Arbeiter nur zu ihresgleichen hielten. Ein zweites Mal wird der bürgerliche Sänger nicht wieder fragen. Aber der Rückschluß liegt nahe, glaubte er es mit weniger klassenbewußten Arbeitern zu tun zu haben? Nun, er befindet sich in einem gewaltigen Irrtum, denn gerade beim Gesangverein herrscht die Parole: „Alles nur für die Arbeiter!"

Lützen. Die Antifaschistenkundgebung in unserem Orte fand unter guter Beteiligung der Lützener Arbeiterschaft statt. Nachmittags 3 Uhr setzte sich ein Demonstrationszug unter Vorantritt einer Schallmeienkapelle und des Spielmannszuges in Bewegung. Am Demonstrationsumzuge nahmen allein zirka 300 uniformierte Frontkämpferkameraden teil. Der Zug bewegte sich durch die Straßen der Stadt und machte sichtlichen Eindruck. Auf dem Marktplatz sprach der Genosse Sachs, Halle, über „Faschismus und imperialistische Kriegsgefahren". Hollläufer-Küppke vom RFB. behandelte besonders die verschiedenen faschistischen Gruppierungen und charakterisierte die Führergestalten in diesen Organisationen. Die Ausführungen beider Redner wurden mit größter Aufmerksamkeit und öfteren Beifallskundgebungen entgegengenommen. Am Abend versammelte sich die Lützener Arbeiterschaft im „Bürgergarten". Dort wurden Vorführungen von Hoffmanns Lustigen Sängern, Leipzig, entgegengenommen.

Aus dem Saalkreis

25 Jahre Fernbahn Halle-Merseburg

Am 10. Mai kann die elektrische Fernbahn Halle-Merseburg auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Die Genehmigung zum Bau und Betrieb wurde bereits im Oktober 1899 gegeben. Im Frühjahr 1900 begann der Bau der Strecke und der Anlage des Betriebsbahnhofes mit Kraftwerk in Ammendorf. Bis 1918 wurde der Strom im eigenen Werke erzeugt. Dann ging man zu dem Bezug durch Hochspannungsstrom durch das Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt in Halle über. Die Gesamtlänge aller Betriebsgleise beträgt 24 Kilometer. Im Jahre 1918 bzw. 1919 wurden die Anschlußlinien **Merseburg—Micheln** sowie **Merseburg—Micheln—Bad Dürrenberg** eröffnet. Für die Zukunft ist der zweigleisige Ausbau der gesamten Strecke geplant. Seit dem Jahre 1918 ist das bis dahin von der AEG. Berlin geführte Unternehmen an die Merseburger Ueberlandbahn A.-G. verpachtet.

Zur Reichs-Wohnungszählung

Einer Bekanntmachung des Amtlichen Preußischen Pressedienstes über die Reichs-Wohnungszählung entnehmen wir:

Die Durchführung der Wohnungszählung in den einzelnen Gemeinden liegt den Gemeindebehörden ob, die damit vor eine schwierige und verantwortliche Aufgabe gestellt werden. Sie sind verantwortlich für die richtige Verteilung, die Wiedereinsammlung, die Prüfung der Zählpapiere und für ihre ordnungsmäßige Rücksendung an das Preußische Statistische Landesamt.

Löbejün. Es gibt noch nicht genug Polizei. In unserem Orte von knapp 5000 Einwohnern waren bis 1914 zwei Polizeibeamte, die sich brüderlich in den schweren Dienst teilten, tätig. Durch Pensionierung und Wegzug des einen Beamten (Fritze Goldammer) und Nichtwiederbesetzung der Stelle ergab sich, daß die Arbeiten von der halben Polizeimacht spielend erledigt und die Ausgaben dafür gespart werden konnten. Doch das stimmte mit der gottgewollten Ordnung des preußischen Polizeistaates bzw. seiner allmächtigen Vertretung in Merseburg nicht überein. In einer ganzen Reihe von Schreiben wurde der hiesigen Stadtleitung aufgegeben, wieder einen zweiten Beamten einzustellen. **Doch die Arbeitervertreter und später sogar die der Bürgerlichen lehnten ab. Mittel dafür zu bewilligen.** Nun machte Herr Grützner von seinem Machtmittel der Zwangsetatisierung Gebrauch und Löbejün war vor der ihm drohenden Gefahr des nicht ausreichenden Polizeischutzes gerettet. (Der durch Bürgermeister Beling angeschaffte Polizeihund ist nämlich auch krepiert.) 3 oder 4 Polizeibeamte, denen die Stelle angeboten wurde, haben es abgelehnt, nach hier zu kommen. Ob der nicht besonders gute Ruf unserer Stadt oder andere Gründe die Ursachen der Ablehnung sind, war bisher nicht festzustellen. Herrn Grützner bzw. seinen Beamten wird schließlich nichts weiter übrig bleiben, als die Funktion selbst zu übernehmen. Hier hätte er Gelegenheit, den Kampf gegen den Alkohol mit voller Kraft aufzunehmen.

Große Erzvorkommen in Baden

Im oberen Teile der badischen Rheinebene sind durch amtliche Untersuchungen des Bergamts, welche nach zweijähriger Dauer jetzt abgeschlossen sind, außerordentlich wichtige Vorkommen von wertvollen Mineralien in größtem Ausmaße festgestellt worden. Im Amtsbezirk Waldkirch am Ausgang des Elztales sind Blei-, Kupfer-, Zinn-Arsen und Schwefelerze in einer solchen Menge gefunden worden, daß die Voraussetzungen zur Verleihung von Eigentumsrechten an den Landesfiskus neben waren. Im weiteren wurde an zwei Stellen auch das Vorhandensein von Brauneisenstein festgestellt. Das Vorkommen dieser Erze ist so weit verbreitet, daß es vom Rande des Gebirges bis weit in die Rheinebene hinausreicht. Dem badischen Landesfiskus wurde bereits die Berechtigung verliehen, auf verschiedenen Gemarkungen zur Gewinnung von Schwefel, Arsen und Bleierzen Bergbau zu treiben.

Vom Naumburger Wohnungselend

Naumburg-Kappstadt beherbergte früher in seinen Mauern reichlich zwei Drittel reicher Leute und Mittelständler. Heute haben sich infolge der Auswirkung des Krieges, der Inflation und der fortschreitenden Daueverarmung (Verelendung der Massen) die Verhältnisse geändert. Der Mittelstand ist proletarisiert, als Beweis sei angeführt, daß nach den Ausführungen des „Ober" jeder 6. Einwohner unterstützt wird, das heißt er bezieht Unterstützung aus der „allgemeinen Fürsorge". Die SPD., besonders Exzellenz Teichmann und sein Schildknappe Marien, sind treue Helfer des Magistrats, damit die Unterstützungen ja nicht das Höchstmaß erreichen! Kein Wunder also, wenn es auch auf dem Wohnungsmarkt so traurig aussieht.

500 Wohnungsuchende, die absolut keine Wohnung haben, und ungefähr 1000, die beengt in Kellern, Ställen und Dachkammern hausen, hoffend, in Kappstadt einmal eine anständige Behausung zu bekommen.

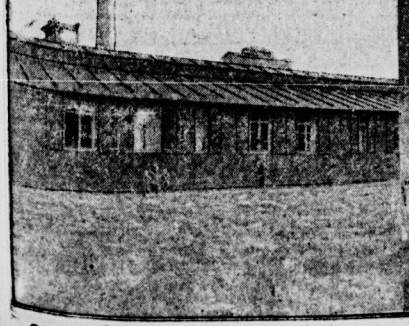
Krankheiten, wie Tuberkulose, Rachitis, Skrofulose, sind natürlich die Folgen dieser Not. Von einem Arzt wurde festgestellt, daß er vor lauter Beengtheit der Kammer nicht an einem Kranken herankommen konnte zur Untersuchung. Lungenkranke hausen in Löchern, die eher ein Stall sind, als eine Wohnung, und dabei sind sie so verelendet, daß sie nicht einmal einen Bettbezug haben. Ermittierte, der „Ober" sagt „verpönte Mieter", sind in Seuchenbaracken untergebracht. Eine Familie wohnt sogar schon längere Zeit im Asyl für Obdachlose, wo Durchreisende untergebracht werden. Die Frau ist nicht einmal in der Lage, ihre Notdurft zu verrichten, aus Scham vor den fremden Männern. Kocheinrichtung ist auch nicht vorhanden, und die Möbel hat die Polizei in einen Keller untergestellt, wo sie von den Ratten zerfressen werden.

Der Stahlhelmwirt Schnabel im „Klosterbräu" nahm eine Familie nicht wieder auf, die schon als Untermieter im Hause gewohnt hatte, die Wirtschaft stand auf der Straße. Kurz entschlossen stellten die Wohnungslosen auf der Straße ein Bett auf und legten sich hinein, trotz Hunderten von Menschen, die diesen Vorgang beobachteten und trotz des Regens, der einsetzte. Mit aller Ruhe spannten sie einen Schirm auf. Gegen 11 Uhr nachts rückte die Polizei an und — **schon war eine Wohnung frei.** Vorher hatte die Polizei keine. Man verwies die Leute immer in das berüchtigte Asyl. Dieses Anerbieten wurde aber dankend abgelehnt. Die Tochter der Ermittierten war im 6. Monat schwanger. **Sind das nicht empörende Zustände in Naumburg?** Eine Sorte Menschen schläft im Himmelbett, die anderen im Asyl oder auf der Straße! **Was hat der Magistrat zur Behebung der Wohnungsnot im vergangenen Jahre getan?** 220 Wohnungen hat er gebaut und nicht eine kommt für einen Arbeiter in Frage. Die Mietpreise bewegen sich von 500 Mk. bis 2800 Mk. Hier zeigt sich deutlich, was der Zweck der Hauszinssteuer bedeutet. Die Proleten bezahlen dieselbe und die höheren Beamten und pensionierten Pastoren erhalten Wohnungen. Für einen Proleten bleibt nur eine Altwohnung übrig — wenn jemand stirbt! Im neuen Etatsjahr sind nur ganze 100 Wohnungen vorgesehen, also nur der Teil (400 000 Mk. Hauszinssteuer), der auf die Stadt fällt, soll verbaut werden. Infolgedessen wird das Wohnungselend noch größer! Nur keine eigenen Mittel oder gar eine Anleihe aufnehmen, da könnte das Rathaus zusammenstürzen.

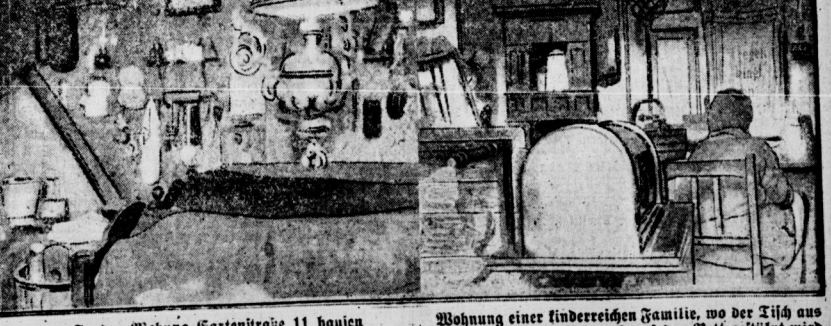
Die KPD.-Fraktion hatte bei der Beratung des Etats einen Antrag eingebracht, der eine Anleihe forderte zum Bau von Kleinwohnungen. Das Stadtverordnetenplenum lehnte die Dringlichkeit ab und überging den Antrag dem Magistrat als Material! Die **SPD. war selbstverständlich mit bei der Partei der Bürgerlichen,** nur die KPD.-Fraktion stimmte dafür. Merkt Euch das, Proleten, vergeßt es nicht! Die haben nämlich schon Kopfschmerzen wegen der nächstjährigen 900-Jahrfeier, verbunden mit einem Städtetag, wie sie da das Geld am besten unterbringen. Werden da die 48 000 Flaschen Ratswein ausreichen, zumal wenn verschiedene sozialdemokratische Spitzen damit kegeln, wie in Halberstadt mit den Wurstbüchsen?

Wir könnten noch viel mehr Material über das grauenhafte Wohnungselend und über die, die nichts dagegen tun, schreiben. Für heute mag es genügen. Wir veröffentlichen anbei einige Bilder, die „behagliche" und „unbehagliche" Wohnungen zeigen!

Wohnung des Oberbürgermeisters von Naumburg der 20 000 Mark Gehalt bezieht



Die Wohnungen der „verpönten Mieter" in den Seuchen-Baracken



In der Wohung Gartenstraße 11 hausen 6 Personen in einem Raum!

Wohnung einer kinderreichen Familie, wo der Tisch aus Platzmangel nach Gebrauch auf das Bett gestülpt wird

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270510-14/fragment/page=0009

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Die SPD. „steht Hilfe" für die Faschisten

Der „Volksbote" berichtet über die Antifaschisten-Demonstration in Weißenfels. Der Gehilfe des Herrn Bergholz macht dabei wieder ein Rechenexempel, mit dem wir uns aber nicht beschäftigen wollen, denn der scheint ja jetzt erst rechnen zu lernen. Wichtiger ist vielmehr, daß die Aufrüttelung der Massen gegen den Faschismus durch die KPD. der Sozialdemokratischen Partei und ihren Redakteuren höchst unangenehm ist. „Die Weißenfelser Weltrevolutionäre glauben, eine Demonstration gegen den Stahlhelmtag machen zu müssen", so heißt es im Zeitzer „Volksbote". Aus diesem Geschreibsel kann jeder Arbeiter entnehmen, daß die Antifaschisten-Demonstration den Sozis auf die Nerven fiel, denn sie sind ja treue Stützen der Bürgerblock-Faschisten!

Verlegenheit des „Zeitzer Volksboten"

spricht aus einer Notiz, in der die lieben Leute behaupten, die Maifeier der Sozialdemokraten in Weißenfels habe die Kommunisten ganz aus dem Häuschen gebracht. Es ließe sich doch nicht mehr leugnen, daß die SPD. die Massen auf die Beine gebracht hätte.

Ein Jungpionier fährt nach Sowjet-Rußland

Morgen abend findet anläßlich der Abfahrt eines Jungpioniers zur Erholung in ein Ferienheim nach der Sowjetunion abends ½8 Uhr im Jugendheim zu Weißenfels eine

Abschieds-Kundgebung

statt. Alle jungen Arbeiter, sowie Arbeiterkinder und Eltern sind eingeladen.

KJVD. und JSV., Ortsgr. Weißenfels.

Na, solch ein Witz kann nur in der Werkstatt von Bergholz fabriziert werden! Es heißt dann noch weiter, daß in Grunerts Räumen in Leißling ein Gedränge geherrscht hätte. Das ist alles ganz gut und schön, aber:

„Wer zählt die Völker, nennt die Namen,
Die gastlich hier beisammen kamen?"

Darüber schweigt sich der „Volksbote" aus. Eine genaue Zahl hütet er sich anzugeben. Er weiß warum. Man kann doch die Blamage nicht eingestehen. Und in Weißenfels pfeifen es doch die Spatzen vom Dache, daß der „Volksbote" die eigentliche Teilnehmerzahl zwölfmal multipliziert hat.

Hitler-Indianer

Die Meute der politischen Hohlköpfe folgt auch in Almrich den Spuren ihres von Gott gesandten Adolf Hitler. Vor einiger Zeit fiel nachts um ½2 Uhr, wo unser Genosse Schuster von einer Demonstration heimkam, der Sohn des Gemeindevertreters und Faschisten Fritz Sander, der 23jährige Erich Sander, diesen Genossen an. Er holte sich dabei eine Abfuhr, an die das Jüngelchen noch lange denken wird. Vor einigen Tagen war es der „Adel von Almrich", der rote Jahn, alias Rodrian, der glaubtig, sich Rüpeleien herausnehmen zu dürfen. Dieser Dorfsehrer bekam dafür vom Genossen Schuster ein paar kräftige in die Batterie, und dürfte diese Abreibung, über die ganz Almrich (auch seine Berufskollegen) lacht, den Größenwahnsinn dieses politischen Harlekins etwas dämpfen. Als Dritter im Bunde hatte sich **vor dem Schiedsmann** Cilnar das Vorstandsmitglied der Hakenkreuzler von Almrich, Karl Buschenhauer, **zu verantworten.** Dieser Hitlerjünger, Ausbildung Hinkler-Frenburg, pöbelte unseren Genossen Schuster mit nicht wiedergegebenden Worten an. Beim Sühnetermin wurde das und wehmütig Abbitte geleistet. Unser Genosse hat von einer gerichtlichen Bestrafung usw. Abstand genommen, weil Buschendorf ein verirrter Mitläufer ist, und selbst für ein Margarinebrot arbeiten muß. Es ist nicht Sache und Geschmack der Kommunisten, in solchen Fällen bürgerliche Gerichte anzurufen. Diese allgemeine Abrechnung bleibt dem Proletariat zum Tage der Generalabrechnung. Wie aber aus dem Bericht zu ersehen ist, liegt System in diesen Angriffen und Rüpeleien gegenüber den Mitgliedern des RFB. und der KPD. Hitler und seine erbärmlichen Kumpane wie auch Mitläufer mögen sich gesagt sein lassen: Auch hier in Almrich wird nun nicht mehr so gelinde verfahren. Der Krug geht so lange zu Wasser, bis er bricht!

Zeitz. Feststellung der Wohnungsuchenden. Alle Wohnungsuchenden werden aufgefordert, vom 9. Mai an im Rathause, Zimmer 27, während der Dienststunden je zwei Stück Anmeldebogen abzuholen und nach genauester, der Anleitung entsprechender Ausfüllung bis spätestens zum 23. Mai im Zimmer 27 wieder abzuliefern. Die Unterlassung der Ausfüllung oder ungenauen Ausfüllung, undeutliche Schrift oder Abgabe der Meldebogen an falscher Stelle kann zur Folge haben, daß der Wohnungsuchende aus den Listen des Wohnungsamtes gestrichen wird. Wer wahrheitswidrige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu 10 000 RM. (der Magistrat nimmt den Mund recht voll) bestraft.

Zeitz. Vorsicht, Arbeiter! Sogenannte Schwestern mit Ausweisen von Pfaffen versuchen hier bei der Einwohnerschaft zu sammeln. Wo sie auftauchen, werden die Proleten gut tun, diesen Leuten ganz energisch die Tür zu weisen.

Zeitz. Roter Kunstabend. Am Freitag, dem 13. Mai, veranstaltet die Ortsgruppe der KPD. im Saale des „Preußischen Hof" einen roten Kunstabend. Für diese Veranstaltung ist die Genossin Ruth Abramowitz vom Stadttheater Essen gewonnen worden. Die Genossin Abramowitz, die an diesem Abend „Rote Tänze" vorführt, verspricht durch ihre bekannten Leistungen einen genußreichen Abend, besonders für die Arbeitersportler, die immer mehr dazu übergehen, den Tanz als Sport zu pflegen. Der Kartenvorverkauf hat bereits begonnen, es wird gut sein, sich rechtzeitig Plätze zu sichern.

Theißen. Ein erfreulicher Schritt wurde getan. Der „Mandolinenklub Waldesrausch" ist aus dem „Deutschen Mandolinen- und Gitarrespieler-Bund" ausgetreten und dem „Arbeiter-Mandolinen-Bund" beigetreten. Es ist nun Pflicht der Arbeiterschaft von Theißen und Umgegend, diese junge Sache zu unterstützen. Der Mandolinenklub wird bemüht sein, die Zupfmusik in die weitesten Kreise der Arbeiterschaft hineinzutragen, um sie zu einer wirklichen Volksmusik zu machen. Es ist der beste Beweis, daß der Mandolinenklub recht handelte, denn jetzt ist eine erhebliche Anzahl Neuaufnahmen zu verzeichnen. Jetzt ist Gelegenheit geboten, das Mandolinenspiel gründlich zu erlernen. Schulkinder und Erwachsene können sich sofort melden bei Otto Weise, Wiesenstraße 1. Es soll ein Fundament geschaffen werden für den Arbeiter-Mandolinenklub, zum Nutzen der gesamten Arbeiterschaft.

Crossen. Sie sabotierten. Die Helden von Schwarzweißrot und Schwarzrotgold hatten sich gefunden und versucht, die Maifeier der Arbeiterschaft zu sabotieren, die Demonstration unmöglich zu machen. Doch die Feinde der Arbeiter hatten sich gründlich verrechnet. Die Feier am Abend und die Demonstration am Nachmittag war vom Sport- und Kulturkartell beschlossen mit den Stimmen der Sozialdemokraten. Kurz vor dem 1. Mai zog die SPD. ihren Redner zurück und beschloß, an der **Demonstration nicht teilzunehmen. Die bürgerliche Gemeindevertretung verbot mit 7 gegen 3 Stimmen die Versammlung auf dem Marktplatz.** Doch auch ohne die Weber, Duft und Genossen kam ein stattlicher Zug von Demonstranten zusammen. Jeder Arbeiter muß seine Lehren aus den Dingen ziehen und den Leuten die Heldentaten des 1. Mai um die Ohren schlagen.

Crossen. Eine Bruchbude. Die Firma Farbenwerke Teichmann & Co. versuchen, die Arbeiter gegen die Gewerkschaften auszuspielen und drohen jeden Arbeiter mit Entlassung, wenn Tariflohn verlangt wird. Die Arbeiter warten heute, am 5. Mai, noch auf die Lohnerhöhung, die seit dem 1. April zahlbar ist. Die Belegschaft muß zusammenstehen und ihre Rechte fordern. Diejenigen Kollegen, welche glauben, ohne Verband auszukommen, müssen nun endlich einsehen, daß sie ohne Zusammenschluß in der Gewerkschaft machtlos sind.

Der Film als Mittel der Absatzsteigerung

Die Zahl der in der Filmproduktion und in Kinotheatern Beschäftigten ist verhältnismäßig nur klein: die Gewerbezählung von 1925 nennt die unwahrscheinlich niedrige Ziffer von etwa 25 000, d. h. ohne die Rohfilmherstellung und insbesondere ohne die sehr große Zahl derer, die nur zeitweise zur Filmproduktion herangezogen werden. Dennoch stellt nach amerikanischer Statistik der Film die zweitgrößte Verkaufsware der Welt dar, (an erster Stelle stehen Stahl und Eisen). In einem offiziellen Bericht hat das Neuyorker Handelsamt festgestellt, daß der Film von größter Bedeutung auch für solche Industrien ist, die zunächst keinen unmittelbaren Zusammenhang mit der Filmproduktion haben. Nach seinen Feststellungen hat nämlich der amerikanische Film im Ausland, besonders in Gebieten mit „niedriger Zivilisation" äußerst belebend auf den Absatz amerikanischer Waren eingewirkt, „die Bevölkerung habe amerikanische Gewohnheiten, amerikanische Kleidung, amerikanische Verbrauchsgüter im Film kennengelernt, und in einer ganzen Reihe von Ländern sei gerade dadurch ein völliger Wechsel des Geschmacks und eine weittragende Änderung der Wareneinfuhr vor sich gegangen."

Diese Rolle des Films für die Innenpolitik, den Außenhandel und damit auch für die Außenpolitik erklärt auch das Interesse, das in allen Ländern die Großindustrie an der Filmbeherrschung hat. Wir erinnern an den kürzlich zustandegekommenen britischen Filmtrust, an dem neben Großindustriellen auch die englische Regierung interessiert ist.

Roter Pfeffer

Das Rückgrat.

Bei Frau Stresemann ist Gesellschaftsabend. Die Dame des Hauses geht in stark dekolletierter Robe einher. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter (Kommunisten treiben sich dort nicht herum), der den Rücken der gnädigen Frau betrachtet, erklärt mit einem Stoßseufzer: „Ach, wenn doch Ihr Mann auch einmal so viel Rückgrat zeigen würde, wie Sie gnädige Frau."

Mansfeld-Sangerhausen

Das „Volk" steckte Kartoffeln . . .

So tituliert ein Berichterstatter des „Eislebener Tageblattes" die werktätige Bevölkerung. Es heißt da in einem Berichte über die Höhnsteder Maifeier, daß der Demonstrationszug der „Roten" kläglich gewesen sei, weil das „Volk" Kartoffeln gesteckt habe. Arbeiter, ihr werdet als Volk und Pöbel bezeichnet. Und doch wird diese Zeitung, die die Arbeiter schmäht, noch von vielen gelesen. Werft sie nun endlich aus Euren Wohnungen!

Achtung, Arbeiterin! Deine „Kämpferin" ist wieder da!

Das Titelblatt ruft Dir zu:

Sklave der Maschine — werde ihr Herr!

Das Wichtigste aus ihrem Inhalt für Dich:
Arbeiterinnenschutz — Arbeiterinnenrecht.
Von der „gesunden" Arbeit der Schwangeren.
An ungeschützten Maschinen.
Vom Tragen schwerer Lasten.
Heimarbeiternot.
Die Arbeiterinnen wehren sich.
Der Textilarbeiter-Verbandstag.
Ein Gespräch mit der Fürsorge: — mit Schmerzen sollst Du Kinder gebären.
Frauendelegierte besichtigen das Obdachlosenasyl.

Sie bringt Dir im Feuilleton eine spannende Episode aus dem Roman „Zement" — Die Bolschewistin.

Außerdem unterrichtet sie Dich über die neuesten Vorgänge in China und die letzten Vorstöße der Bürgerblock-Regierung gegen die Arbeiterinnen. — Jede klassenbewußte Arbeiterin liest und verbreitet die „Kämpferin".

Eisleben. Kinderbewahranstalt. Wie aus der heutigen Bekanntmachung des Wohlfahrtsamtes zu ersehen ist, wird die Kinderbewahranstalt im Kinderheim, Schulplatz 5, am Montag, dem 9. Mai d. J., eröffnet. Die anwesende Kindergärtnerin wird auf Wunsch weitere Auskunft bei der Anmeldung erteilen. Zur Aufnahme kommen nur solche Kinder, die noch nicht schulpflichtig sind, aber mindestens das 2. Lebensjahr vollendet haben. Alleinstehenden Müttern, die auf Arbeit gehen und nicht wissen, wo sie tagsüber ihre Kinder lassen sollen, wird empfohlen, von der Einrichtung Gebrauch zu machen.

Volkstedt. Straßenüberfall. Von zwei unbekannten Männern überfallen, zu Boden geschlagen und seiner Brieftasche mit sechs Mark beraubt, wurde Freitagabend auf dem Wege von Siersleben nach der Obertütte der 30jährige Schmied Paul Gaspel. Die Täter entkamen unerkannt.

Aisleben. Unsere „Klassenkampf"-Leser, die bisher den Abonnementsbetrag an unseren Träger so spät entrichtet haben, ersuchen wir hiermit, dies in Zukunft pünktlicher zu tun. Wir gestatten Wochenzahlung — eine Vergünstigung, die kein anderer Zeitungsverlag gewährt —, der Betrag muß aber am Anfang der Woche entrichtet werden. Erleichtert unserem Träger die Einkassierung.

Oesten. Bliemchensport. Am Sonntag, dem 1. Mai, hielt der Bliemchenradfahrerverein sein erstes Stiftungsfest, verbunden mit Bannerweihe, ab. **Ausgerechnet am 1. Mai,** um den Gedanken des Klassenkampfes in unseren Taldörfern gänzlich zu ersticken. Als die Vorbereitungen getroffen waren und die Unkosten bezahlt werden sollten, hatte der Vorstand den Kassenbestand verausgabt, vielleicht zum Eierankauf oder sonst etwas. Am Sonnabend war Fackelzug. Ein Dutzend halbwüchsiger Burschen lief herum und brachte den Gutsbesitzern ein Hoch, um ihren verdienten Lohn, um den sie zwei Stunden vorher beim Lohnauszahlen betrogen worden waren, zu erbetteln. Als sie zu unserem Pastor kamen und um eine milde Gabe bettelten, hatten sie sich geirrt. So heiser sie sich auch schrieen, er guckte hinter den Gardinen und sagte nicht einmal „Danke schön!". Beschämt zogen sie wieder von dannen. Am Sonntagnachmittag war Bannerweihe. Erschienen waren acht bis zehn Vereine, meistens vier bis fünf Mann stark. Die Festrede hielt Lehrer Senf. U. a. betonte er, daß sie am Aufbau des Vaterlandes helfen und wenn es sein muß, wieder hinausziehen nach Westen oder Osten. Sie armes Kind mit ihrer Garde sind die Letzen, die hinausgehen. Die revolutionäre Arbeiterschaft wird wach sein, damit Sie und Ihresgleichen kein neues Elend über die Völker schütten. Ihr Arbeiter aber, habt Klassenbewußtsein! Geht dahin, wo Ihr hingehört! Hinein in den Arbeiter-Radfahrer-Verein „Solidarität"!

Gehofen. Straßensperrung. Wegen Neubau der Brücke über den Flutkanal im Zuge der Kreischaussee Ritteburg-Gehofen wird diese Strecke für jeden Verkehr vom 11. Mai ab bis auf weiteres gesperrt. Der Durchgangsverkehr für Automobile und schwere Fahrzeuge wird auf die Chausseen Artern-Reinsdorf verwiesen, während für die Landwirte in Gehofen und Ritteburg die 500 Meter unter der Baustelle gelegene sogenannte Ladeplatzbrücke zur Verfügung steht. Für den Fußgängerverkehr wird neben der Baustelle ein Notsteg errichtet.

Reinsdorf. Straßensperre. Die Provinzialstraße Sangerhausen—Kindelbrück wird bei Reinsdorf von Kilometer 15,8 bis 16,5 wegen Schüttungs- und Walzarbeiten vom 9. bis 14. Mai gesperrt. Der Verkehr wird über die Ortsstraßen durch Reinsdorf geleitet.

Aus dem Harz

Verbesserung des Postkraftwagen-Verkehrs im Harz

Mit Beginn des neuen Sommerfahrplanes am 15. Mai werden verschiedene bedeutsame Erweiterungen im Kraftpostverkehr des Harzes eintreten. Die Verbindung von Clausthal nach Osterode wird statt bisher durch zwei künftig durch vier Fahrten je Tag durchgeführt. Mit diesen Wagen wird eine durchgehende Verbindung von Clausthal nach Goslar getroffen, das von der Wegekreuzung vor Bockswiese in dreiviertel Stunden erreicht wird. An der Wegegablung wird eine Schutzhütte errichtet werden. Wiedereingerichtet wird auch die Verbindung von Osterode über Altenau nach dem Torfhaus, und zwar ab 15. Juni mit je zwei Fahrten am Tage. Durch diese Verbindung wird ein Anschluß hergestellt nach und von Braunlage-Schierke und Bad Harzburg.

Englischer Humor

Der kleine Bruder zu seiner verlobten Schwester nach dem Verlobungsempfang: „Du hast aber gar nicht so müde ausgesehen, wie ich es mir gedacht hatte." — „Müde? Wie kommst Du denn darauf?" — „Nun, Mutter sagte doch erst gestern, daß Du monatelang hinter Mr. Hobbs hergelaufen bist."

Aus dem Weißenfelser Kreistag

Die SPD. schmückt sich mit fremden Federn — das alte Lied, sie geht mit den Bürgerlichen

Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Wahl der Vertrauensmänner zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen für das Jahr 1927" wird von unserer Fraktion für den Amtsbezirk Weißenfels der Genosse Boedecker, Selau, gewählt. Für den Amtsbezirk Hohenmölsen Genosse Alfred Otto, Hohenmölsen. Für Osterfeld Willi Schmalz, Pistzschendorf. Für Teuchern die Genossen Emil Penndorf und Johannes Schröder, Teuchern. Bei der Wahl von Schiedsmännern werden mit den Stimmen der SPD. die Genossen Otto Fischer, Granschütz, und Otto Seifert, Krauschütz, gewählt.

Beim dritten Punkt, bei der Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern der Kreisheberammenstelle, macht die kommunistische Fraktion keine Vorschläge. Der Punkt vier, der zum zweiten Male auf der Tagesordnung stand, Beschlußfassung wegen Erwerbs der Mitgliedschaft des Kreises bei der „Bauhütte" in Zeitz und Umgegend, wird vom SPD.-Kreisausschußmitglied Schmidt, Hohenmölsen, warm befürwortet. Die Zeitzer „Bauhütte", ein Patenkind der SPD., ist genau so reaktionär, wie jeder kapitalistische Betrieb in Bezug auf Arbeiterbehandlung und Ausbeutung. Kommunisten werden möglichst nicht beschäftigt. Es ist ein sozialdemokratisches Versorgungsinstitut. Die Illusion, daß durch derartige Einrichtungen die Sozialisierung marschiert, muß gründlich zerstört werden. Während die Bürgerlichen am 20. Dezember 1926 geschlossen gegen die Vorlage stimmten, waren sie diesmal gespalten. Sie stimmten dafür, nur zwei enthielten sich der Stimme. Der Antrag kam durch.

Auf Antrag der Rechnungsprüfungskommission wird dem Rechnungsleger einstimmig Entlastung erteilt. Bei der Etatberatung beantragt der Gutsbesitzer Abgeordneter Reinhardt, Burgwerben, den Etat ohne Aussprache anzunehmen. Die SPD.- und KPD.-Fraktionen beantragen Einzelberatung. Dem wird zugestimmt. **Alle Anträge der KPD.,** außer einem, der dem Kreisamtsgehilfen Fröbel 100 Mark mehr bewilligt, **werden mit Hilfe der SPD. abgelehnt!**

Unter Abschnitt „Beiträge für gemeinnützige Anstalten und Vereine" beantragt der Genosse Boedecker, Selau, alle Beiträge für diese reaktionären Einrichtungen zu streichen. Dagegen stimmte auch die SPD. Unsere Fraktion stellte den Antrag, je 500 Mark für die JHV. und die Rote Hilfe zu bewilligen. Dieser Antrag wird von den Bürgerlichen und der SPD. abgelehnt. Mit Zwischenrufen: „Das sind kommunistische Organisationen!" glaubte die SPD. ihre Schandtaten verdecken zu können. Für die Luther-Halle in Wittenberg hat sie Geld, für die Unterstützung der von der Justiz verfolgten Arbeiter hat sie nichts übrig. Außerdem hatte die KPD. drei Dringlichkeitsanträge eingebracht. Der erste Antrag besagte, daß für die Wegebaukosten in den Gemeinden der Kreis die Gelder vorschußweise aufbringen soll und die Rückerstattung beim Staate zu beantragen. Er wird abgelehnt. Der zweite Antrag, der Kreistag wolle beschließen, gemäß § 145 der Reichsverfassung ist grundsätzlich in den Fortbildungsschulen die vollständige Lernmittelfreiheit einzuführen, wird, da zwei Abgeordnete der Linken fehlen, ebenfalls abgelehnt. Dagegen stimmt auch die demokratische Fraktion Reibwiesner und Genossen. Sie haben damit bewiesen, daß verfassungsmäßige Rechte, auf die sie immer so stolz sind, von ihnen mit Füßen getreten werden. Der dritte Antrag, der dahingehend lautet: „Um die Bautätigkeit von Kleinwohnungen im Kreise zu fördern, beschließt der Kreistag, diese in eigener Regie auszuführen. Die Mittel dazu sind im Etat einzustellen, evtl. eine Anleihe in Höhe von 400 000 Mark aufzunehmen". Nun beantragt die SPD. Vertagung auf zehn Minuten. Nach Wiedereröffnung stimmt die SPD. mit den Bürgerlichen dagegen. Die SPD. beantragt dann, eine Anleihe in Höhe von 400 000 Mark für Wohnungsbau aufzunehmen. Der Antrag wird dem Kreisausschuß zur eventuellen Durchführung überwiesen. Der Antrag der KPD.-Fraktion war der SPD. deswegen unangenehm, weil sie durch die eigne Regie ihr Patenkind, die Zeitzer „Bauhütte", bedroht sieht. Der „Volksbote" schreibt in großer Aufmachung in seinem Kreisbericht von „sozialdemokratischer Wohnungsbaufürsorge". Er schmückt sich hier mit fremden Federn. Eine Resolution unserer Fraktion, die den Bergarbeitern die volle Sympathie im Kampfe um ihre gerechten Forderungen ausspricht, wird von der linken Mehrheit angenommen. Bei der Abstimmung über die Resolution gegen die Hirtsiefer-Verordnung enthält sich die SPD. der Stimme. Sie hat damit bewiesen, daß sie mit der **Aspowerung der Mieter auf Grund dieser Verordnung einverstanden ist!** Der Verlauf der ganzen Tagung hat bewiesen, daß die SPD. auch im Kreise Weißenfels getreu dem Vorbild ihrer Genossen in der Regierung immer gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung auftritt. Sie verschanzen sich bei jedem Antrag der KPD. hinter der Ausrede, daß dieser Antrag gesetzlich nicht zulässig sei, **vergessen aber zu sagen, daß es gerade ihre Genossen Braun und Severing in der Preußischen Regierung waren, die diese Gesetze gegen die Arbeiterschaft geschaffen haben.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270510-14/fragment/page=0010

Bitterfeld-Wittenberg

Wochenbericht

des Arbeits- und Berufsamtes für den Kreis Bitterfeld

Die Landwirtschaft verlangt Burschen, ledige Knechte, Familien und Stall- und Feldmägde. In der Berichtswoche wurden vermittelt 1 Familie, 7 ledige Knechte, 2 Burschen und 1 Stallmädchen. Zugewiesen werden konnten 2 Familien, 6 ledige Knechte und 1 Bursche.

Im Bergbau wurden vermittelt 8 Grubenarbeiter und für besondere Arbeiten 7 Arbeiterinnen.

Keramische Industrie: Es wurden 4 Ziegeleiarbeiter eingestellt.

In der Metallindustrie kann von einer wesentlichen Besserung der kleinen Betriebe noch nicht gesprochen werden. Die Besserung ist zurückzuführen auf Einstellungen in der Großindustrie. In allen Fällen jedoch werden nur verlangt ältere geübte Facharbeiter. **Jugendliche Arbeitskräfte sind noch wie vor nicht unterzubringen.** Vermittelt wurden 21 Facharbeiter, darunter 3 Former im zwischenörtlichen Ausgleich. Benötigt werden noch tüchtige Former und Kernmacher für Leichtmetall und Werkzeugschlosser mit besonderen Fachtenntnissen.

In der Chemischen Industrie wurden 15 Hilfsarbeiter und 1 Laufmädchen vermittelt. Weiterer Bedarf an ungelernten männlichen und weiblichen Arbeitskräften ist nicht gemeldet und steht auch nicht in Aussicht.

Holzgewerbe: Es wurden 2 Modelltischler im zwischenörtlichen Ausgleich nach auswärts vermittelt.

Im Bekleidungsgewerbe wurden 1 Schneider und 2 Schuhmacher vermittelt. Die Nachfrage nach Schneidern ist der Saison entsprechend stark.

Im Baugewerbe ist eine Besserung festzustellen. Vermittelt werden konnten 16 Maurer und Maler. Es besteht keine Nachfrage nach Zimmerern.

Im Verkehrsgewerbe wurden 8 Zeitarbeiter bei der Reichsbahn untergebracht.

In Arbeit aller Art wurden 43 ungelernte Arbeiter und 6 jüngere Arbeiterinnen vermittelt.

In Gastwirtschaft wurde 1 Hausmädchen vermittelt. Eine offene Stelle für 1 Hausmädchen wurde gemeldet. In der Hauswirtschaft wurden 2 Alleinmädchen und 5 Aufwärterinnen untergebracht. Gesucht werden noch 2 ältere Hausmädchen mit Kochkenntnissen.

Angestellte: Gesucht werden perfekte Stenotypistinnen mit guten Zeugnissen sowie eine Verkäuferin für Fleischerei. Es besteht immer und in allen Bezirken ein ausgesprochener Mangel an perfekten Stenotypistinnen.

Die **Zahl der männlichen Arbeitsuchenden** einschließlich der Notstandsarbeiter beträgt 1254 (weniger 3, 286 Notstandsarbeiter), die **Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden 384** (mehr 5). In nächster Zeit wird eine Abwechslung der Notstandsarbeiter in Frage kommen, soweit Facharbeiter dort beschäftigt werden, die ihrem Beruf wegen des bestehenden Bedarfes zurückgeführt werden müssen.

Unterstützt werden in der Stadt Bitterfeld 120 männliche (weniger 3) und 20 weibliche (weniger 2), im Kreis Bitterfeld 592 männliche (weniger 57) und 49 weibliche (weniger 9) Hauptunterstützungsempfänger, insgesamt also 781 (weniger 71) mit 897 Angehörigen (weniger 112).

Die Arbeiter in Wittenberg beherrschen die Straße

Am 7. Mai, anläßlich des Faschistenzusammenkommens in Wittenberg zur Abreise nach Berlin, veranstalteten die KPD. und der RFB. eine Demonstration. Punkt ½7 Uhr, wie auf Kommando, trafen die Piesteritzer Genossen und Kameraden auf dem Tauentzienplatz ein. **500 KPD.-Genossen und RFB.-Kameraden marschierten durch die Straßen Wittenbergs.** An beiden Seiten der Straßen bildeten große Menschenmassen Spalier. Die Demonstration nahm ihr Ende im „Gewerkschaftshaus". Den Spießbürgern von Wittenberg kam es wie der Blitz aus heiterm Himmel vor, schon wieder so viele Demonstranten auf der Straße zu sehen. Trotzdem schon Faschisten in Wittenberg waren, verlief die Demonstration ruhig.

Bitterfeld. Informationsabend. Für die Genossen des Industriebezirks Bitterfeld findet heute abend, Dienstag, den 10. Mai, ein Gewerkschaftskursus statt. Er wird im „Gesellschaftshaus" abgehalten und beginnt mit Rücksicht auf die auswärtigen Genossen pünktlich 8 Uhr. Alle Ortsgruppen müssen dafür sorgen, daß mindestens alle Gewerkschaftsfunktionäre erscheinen.

Bitterfeld. Zughund-Besitzer. Die Polizeiverwaltung teilt mit: Am Donnerstag, dem 12. Mai, findet auf dem vorderen nutzten Hunde sowie der Wagen gemäß den Bestimmungen der Polizeiverordnung vom 27. November 1903 statt. Die Besitzer von Zughunden werden aufgefordert, an dem genannten Tage vormittags ½8 Uhr mit gebrauchsfertigem Hundefuhrwerk pünktlich zu erscheinen. Es wird darauf hingewiesen, daß diejenigen, welche zu dem Termin nicht erscheinen, die Hunde zum Ziehen nicht benutzen dürfen und die Kosten der späteren Besichtigung zu tragen haben. Die alten Erlaubnisscheine sind mitzubringen.

Bitterfeld. Unser Standesbeamter. Wie der Magistrat mitteilt, sind dem Bureauinspektor Hermann Wulosnitz mit Genehmigung des Regierungspräsidenten die Geschäfte des Standesbeamten für den Standesbeamtsbezirk Bitterfeld widerruflich übertragen worden.

Zscherndorf. Roter Abend. Dem Rufe des RFB. folgten 200 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die RFB.-Kapelle Bitterfeld trug durch Kampflieder zum Gelingen des Werbeabends bei. Der Kamerad Rödel schilderte mit kurzen Worten die Bedeutung des Stahlhelmaufmarsches in Berlin. Gleichzeitig ging er auf die Fragen in China und auf die Ermordung der Kommunisten ein. Rezitationen wurden gut ausgeführt vom Jung-Spartakus-Bund und von RFB.-Kameraden. Die Genossin Frieda Lehmann ging dann auf die Bedeutung der bürgerlichen Frauenorganisation ein. Sie schilderte in treffenden Worten die Schädlichkeit dieser Organisation für die Arbeiterklasse, um dann hinzuweisen auf unsere Organisation, sie erklärte, daß alle Arbeiterfrauen und -mädchen sich in dem RFMB. zusammenfinden müssen, um gemeinsam mit der KPD. und dem RFB. unsere Unterdrücker zu beseitigen. Einige mit uns sympathisierende Arbeiterfrauen führten das Propagandastück „Ein Kaffeekränzchen im Königin-Luisen-Bund" auf. Die Arbeiterfrauen fühlten instinktiv den Feind, die kapitalistische Klasse, in diesem Stück. Ein Teil der anwesenden Arbeiterinnen schlossen sich sofort dem RFMB. an. Gleichzeitig wurden mehrere Mitglieder für den RFB. gewonnen.

Ramsin. Die Pflasterarbeiten an dem Wege Sandersdorf-Zscherndorf sind beendet. Der Weg wird daher vom 9. Mai wieder für den öffentlichen Verkehr freigegeben.

Glebitzsch. Wegsperrung. Wegen Pflasterung der Dorfstraße in Kädern wird diese vom 7. Mai ab bis voraussichtlich 1. Juli für Fuhrwerke, Kraftfahrzeuge, Radfahrer und Reiter gesperrt. Der Durchgangsverkehr wird auf den Weg Heideloh-Rennerik und den Mühlweg Zöberitz-Glebitzsch verwiesen.

Wittenberg. Feuer. — Angefahren. Am Sonntagmittag gegen 1 Uhr brach in einem Strohschuppen der Riebeck-Brauerei, Tauentzienstraße, Feuer aus. Die Feuerwehr eilte sofort mit Fahrzeugen herbei und griff den Brandherd mit zwei Schlauchleitungen an. Ein Uebergreifen des Feuers zum Nachbargrundstück wurde verhindert. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Die Entstehung des Feuers ist unbekannt. — Am Sonnabendmittag wurde von einem Personenkraftwagen vor dem Grundstück Cosmiger Straße 20 die 3½jährige Tochter des Arbeiters Schulze, Piesteritz, angefahren. Das Kind kam aus der Spielschule und wollte die Straße kreuzen, wurde dabei vom Auto erfaßt und von den vorderen Nummerschildern am Kopfe verletzt. Das Mädchen mußte sofort zum Arzt gebracht werden.

Piesteritz. Die Wiener Lichtspiele bringen, wie aus dem Inserat ersichtlich, bis Donnerstag ein großes Programm. Der erste Film, „Durch Funkspruch gerettet", ist ein Sensationsfilm, dem die neueste Erfindung, das Radio, zugrunde liegt. Prächtige Rheinbilder geben mit der spannenden Handlung einen besonderen Reiz. Der zweite Film ist ein Meschepon-Ruß-Film, wo besonders darauf hingewiesen sei, „Aelita" oder „Der Flug zum Mars", nach dem Roman von Tolstoi, ein phantastisches Gemälde mit fesselnder Handlung.

Neues aus aller Welt

Von Salzmassen verschüttet

Auf dem Kalischacht der Gewerkschaft Wintershall wurde der Bergmann Mötzing von Dankmarshausen von niedergehenden Salzmassen verschüttet. Der Verunglückte erlitt einen schweren Schädelbruch und beiderseitige Beinbrüche. Im Landkrankenhaus zu Hersfeld erlag er seinen Verletzungen. Der Verstorbene hinterläßt eine Frau mit sieben unmündigen Kindern.

Schwerer Unfall

Beim Umbau der Gemeindeschänke in Rüstungen brach ein Balken und verletzte im Herabstürzen den Maurermeister Georg Eckhardt aus Wernterode schwer. Ein Arbeiter, der ebenfalls verletzt wurde, befindet sich außer Lebensgefahr.

Ein Kind totgefahren

Auf der Dresdener Straße in Chemnitz wurde die sieben Jahre alte Tochter eines Eisenbahnbeamten von einem mit zwei Männern besetzten Motorrad angefahren und zu Boden gerissen. An den Folgen des Schädelbruchs ist das Kind bald darauf gestorben.

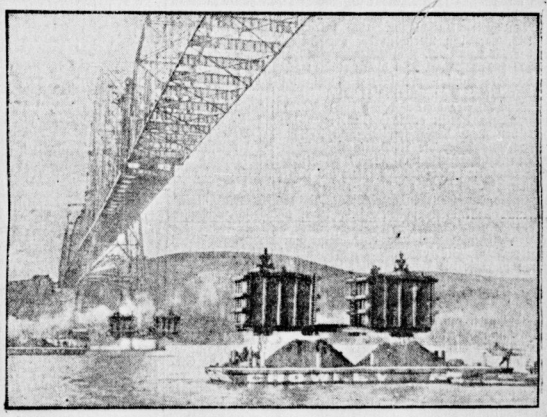
Auf einem Gitter aufgespießt

Ein entsetzlicher Unfall ereignete sich in Otterberg. Einige Kinder spielten auf der Einfriedigung des Kriegerdenkmals. Ein sechsjähriges Kind rutschte ab und fiel auf die Gitterspitzen, die ihm in den Leib eindrangen und schwere Verletzungen beibrachten.

☆

Ein amerikanisches Brückenwunder

Die riesigen Spannbogen der Brücke werden durch mit Sand gefüllte Gegengewichte gehalten, die ihren Inhalt wechselseitig in Lastkähne entleeren.



☆

Die Todesbarke

Von **Eugen W. Neves**

In den Berliner Kinos läuft seit mehreren Tagen ein wenig beachteter, von der Presse kühl aufgenommener russischer Film „Die Todesbarke".

Ehemals ein Meisterwerk russischer Filmkunst — heute zusammengeschnitten, verstümmelt . . .

Vor einem Jahre hatte ich diesen Film ungekürzt gesehen. In einem geschlossenen Kreis. Ohne richtige musikalische Begleitung. Nur ein elendes Piano. Und dennoch ein Eindruck, den ich bis heute nicht vergessen kann. Heute geht man aus dem Kino und merkt gar nicht, daß man dringewesen ist . . .

Bürgerkrieg in Südrußland. Wrangel wütet in der Krim. Die Revolutionäre halten sich in kleinen Trupps auf. Bilden rote Partisanengruppen. Harren aus im Kampf gegen eine gewaltige Uebermacht. Mit wenig Lebensmittel. Fast ohne Munition. Halten durch.

Die ganze Krim wird von einem Schreckenswort beherrscht: Die Barke!

Die Barke ist schlimmer als der Tod. Die Barke bedeutet Verhungern und Verdursten. Langsam. Beim lebendigen Leibe. „Auf die Barke" war das Schicksal gefangener russischer Revolutionäre; samt Kindern und Frauen wurden sie auf eine leere Barke gebracht, und da ohne Nahrung und Wasser gelassen. Die Schwächeren starben vor Hunger. Den Stärkeren half man nach. Mit einer Kugel oder mit einem Stein um den Hals . . .

Das Goskino hatte es sich zur Aufgabe gemacht, das Martyrium der Gefangenen auf der Barke zu schildern. Die Szenen auf der Barke bildeten den eigentlichen Inhalt. Die übrige Handlung — nur den Rahmen.

Wohlgemerkt, ich spreche ausschließlich in der Vergangenheit! — Der ganze Film wirkte wie eine Ballade, wie ein Lied vom Martyrium und Tod der russischen Revolutionäre . . .

Sie waren schwer zu vergessen — diese verhungerten, für die Revolution sterbenden Arbeiter und Arbeiterfrauen . . .

Erschütternd wirkte die Szene des Todes eines Säuglings auf der Barke. Der Soldat faßt den kleinen ausgedorrten Leichnam mit zwei Fingern und trägt ihn hinaus. Den Höhepunkt des Films bildete der Tod des Matrosenführers Syrkow. Im Innern der Barke lacht und scherzt er, ermuntert die Todgeweihten, spielt mit ihnen Dame. Aufs Deck gerufen, um hingerichtet zu werden, wirft er den Henker über Bord und schlägt dem Offizier ins Gesicht. Die Soldaten feuern. Syrkow lächelt. Plötzlich quillt ihm Blut aus Nase und Mund. Noch ein Schuß. — Syrkow ist tot . . .

Aber auch noch einen weiteren Verdienst hatte dieser Film, er gab Typen, russischen Typen, wie es bis jetzt noch kein der russischen Filme mit Ausnahme der „Mutter" getan hat . . .

Freilich, dieses Verdienst des Filmes voll und ganz bewerten können nur die, die Rußland und die Russen gut kennen.

Da ist der Offizier, der Leiter der berüchtigten „Kontre-Raswjedka", des weißgardistischen Spionagedienstes, vor allem in der Szene, wenn er betrunken Klavier spielt. Der gekaufte Spitzel, Lumpenproletarier Maslobow (manchem Deutschen wird dieser Typ karikaturistisch erscheinen, in Wirklichkeit ist er es aber nicht!). Der Matrosenführer Syrkow. Der Heizer, besonders in der einzig dastehenden Szene der Schlägerei mit Maslobow. Jeder einzelne Matrose. Jeder einzelne Soldat. Die neue Besatzung des Schiffes (die alte hat man auf die Barke gebracht), bestehend aus gekauften Lumpenproletariern und Kriminalverbrechern. Lauter Typen und Gestalten, ausgeschnittenen aus dem russischen Leben, so lebendig und wahrheitsgetreu wiedergegeben, wie man es noch in keinem der europäischen Filme gesehen hat . . .

Das war einmal . . . Wie gesagt, ist heute die „Todesbarke" ein Film mit leerer Qualität mit einigen gut gelungenen Szenen.

Wenn man sich heute die „Todesbarke" ansieht, hat man den Eindruck, wie bei der Aufführung der kaltrierten „Gewitter über Gottland" in der Berliner Volksbühne. Jeden Augenblick fühlt man — hier fehlt etwas, hier ist was ausgelassen — hier hat die Schere des Zensors gearbeitet. Durch Streichung der Höhepunkte, Weglassen oder Umarbeiten der Zwischriften ist „Die Todesbarke" zu einer Dutzendware degradiert worden.

So wird in Deutschland aus einem revolutionären Kunstwerk ein Film gemacht, der dazu bestimmt ist, die Angst- und Spannungsdrüsen des kützisch-deutschen Normalmenschen angenehm zu kitzeln . . .

Und in den Ufa-Theatern läuft der Stahlbad-Propagandafilm „Der Weltkrieg". Jugendliche haben Zutritt . . .

Film und Kino

Wirtschaftliche und politische Bedeutung

Vor kurzem ging der Ufa-Konzern, wie wir berichteten, in die Hände der Scherl-Hugenberg-Gruppe über. Die Deutsche Bank, die bisher den Ufa-Konzern fast ausschließlich beherrscht hatte, behält auch weiterhin an ihm Interesse, wenn auch in geringerem Umfange. Außerdem sind nunmehr auch die Eisenhandelsfirma Otto Wolff und der Kunstseidekonzern Vereinigte Glanzstoff A.-G. an der Ufa interessiert. Mit diesen Verschiebungen ist ein entscheidender Schritt zur weiteren Politisierung und unmittelbaren großkapitalistischen Beherrschung des Films getan worden.

Der Hugenberg-Konzern, zu dessen Interessenkreis u. a. der „Berliner Lokalanzeiger" und die große Zahl der in der Provinz erscheinenden „General-Anzeiger" gehören, ist eine der wichtigsten politischen Propaganda-Organisationen der deutschen Bourgeoisie; sie steht restlos im Dienste der Deutschnationalen Volkspartei und damit gegenwärtig auch der Reichsregierung.

Das Kino als politische Macht

In knapp zwei Jahrhunderten hat sich der Film zu einer gar nicht zu unterschätzenden Macht im wirtschaftlichen und politischen Leben entwickelt. Um die Jahrhundertwende gab es in Deutschland nur zwei kleine Kinotheater, denen keinerlei Bedeutung zukam. Im Jahr 1910 waren es bereits 456, gegenwärtig wird die Zahl der Kinotheater auf 3 600 geschätzt; die Plätzezahl dieser Theater beläuft sich auf 1,3 bis 1,4 Millionen. Da in jedem dieser Theater täglich mindestens zwei, oft aber auch drei und vier Vorstellungen gegeben werden, so beträgt die Zahl der täglich zur Verfügung stehenden Kino-Sitzplätze etwa 3 bis 4 Millionen. Würde auch nur die Hälfte davon ausgenutzt werden, würden wir also täglich in Deutschland 1½ bis 2 Millionen Kinobesucher annehmen, so bedeutet das, daß im Durchschnitt jeder deutsche Einwohner wenigstens einmal im Monat ein Kino besucht.

Schon diese Ziffern zeigen, daß die Rolle des Kinos die des Theaters bei weitem, und zwar um mehr als das Zehnfache, übertrifft. Daß damit aber noch keineswegs der Endpunkt der Entwicklung erreicht ist, zeigt ein Vergleich mit den Dingen in den Vereinigten Staaten. Hier gibt es gegenwärtig rund 16 000 Kinos mit mehr als 8 Millionen Sitzplätzen.

Es liegt auf der Hand, welche ungeheuren Beeinflussungsmöglichkeiten Film und Kino demjenigen geben, der sie beherrscht. Durch den hohen Grad der Zentralisierung der Filmproduktion, durch die enge Verbindung der Filmherstellung mit dem Filmvertrieb, mit der Unterhaltung eigener Theater usw. ist die Macht der Filmbeherrscher um so größer. Die Hauptrolle dabei spielt naturgemäß die politische Ausnutzung des Films, im Interesse der herrschenden Klasse.

Der Film als Klasseninstrument der Bourgeoisie

Da Presse und Film durchaus Hand in Hand arbeiten, erklärt sich das Interesse des Preßkapitals am Film von selbst. Die Verbindung Scherl-Ufa stellt in dieser Hinsicht keine Neuerscheinung dar. Schon vorher hatte der Scherl-Hugenberg-Konzern verschiedene Film-Interessen, insbesondere an der Deulig-Gesellschaft; auch der Ullstein-Konzern hat in der Terra-Filmgesellschaft sein eigenes Film-Unternehmen. Die Bedeutung der Uebernahme der Ufa durch Scherl liegt darin, daß die Ufa nicht nur die größte Filmproduzentin, sondern zugleich auch der größte Kinokonzern Deutschlands ist. Noch viel mehr als bisher läßt sich nach dem Zustandekommen dieser Verbindung sagen, daß kein einziger Film ohne ein bestimmtes politisches, d. h. in der Hauptsache klassenpolitisches Ziel gemacht wird. Heute spielt tatsächlich der Film in der politischen Beeinflussung der breiten Massen, in der Ablenkung von politischer Kampfarbeit im Interesse der Arbeiterklasse eine wahrscheinlich noch größere Rolle als die Presse, der Rundfunk oder der Alkohol. So ist z. B. nach Meinung des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Böß „gerade in Kleinwohnungsgebieten (d. h. Arbeitervierteln) das Kino die berufene und billigste Unterhaltungsstelle".

Die politische Arbeiterbewegung, die den Alkoholismus bekämpft, sollte sich mit noch größerer Energie der Frage der Massenbeeinflussung durch den Film zuwenden. Und soweit die Arbeiterbevölkerung glaubt, auf den kapitalistischen Film nicht verzichten zu können, sollte sie sich wenigstens bei jedem einzelnen Film, der vorgeführt wird, die politische Tendenz klarmachen, der er dient.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270510-14/fragment/page=0011

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Die Entwicklung der Roten Hilfe Deutschlands zur Massenorganisation

IRH. In diesen Tagen kann die Rote Hilfe Deutschlands auf sechs Jahre ihres Bestehens zurückblicken. Unmittelbar nach den **Märzkämpfen des Jahres 1921**, als lose Bezirks- und Lokalkomitee-Organisation entstanden, die sich das Ziel steckte, Mittel zur **Unterstützung der bedürftigen Opfer der Märzkämpfe** zu sammeln, wurde sie als feste Mitglieder-Organisation am 1. Oktober 1924 auf überparteilicher Grundlage aufgebaut. Seit ihrem **ersten Reichskongreß im Mai 1925** ist die RHD. unaufhaltsam gewachsen.

Seit Beginn des Jahres 1925 bis zum Jahresschluß 1926 hat sich die Mitgliederzahl der RHD. vervierfacht.

Der Massencharakter als überparteiliche Organisation tritt besonders deutlich in Erscheinung, wenn wir die absolute als auch relativ starke Zunahme der parteilosen und sozialdemokratischen Mitglieder beachten. Die Zahl der parteilosen Mitglieder hat sich mehr als versechsfacht. Auch die Zunahme der in der Roten Hilfe organisierten sozialdemokratischen Mitglieder weist die gleiche Tendenz auf.

Seit Beginn des Jahres 1925 hat sich die Mitgliederzahl der Sozialdemokraten in der RHD. mehr als versechsfacht und im letzten Jahre hat sich allein verdoppelt.

Die jetzt in der RHD. kollektiv angeschlossenen 417 Organisationen mit 343 245 Mitgliedern zeigen deutlich den Einfluß der RHD. als Massenorganisation auf andere Organisationen der Arbeiterklasse. Die Kollektivmitgliedschaften setzen sich zusammen aus:

115	Kulturvereinen mit	25 203	Mitgliedern
102	Sportvereinen	12 873	„
60	Gewerkschaften	24 744	„
59	pol. Organisationen	254 515	„
25	Betriebe	4 930	„
13	Wirtschaftsorganisationen	3 472	„
9	Genossenschaften	917	„
34	sonstigen Organisationen	16 538	„

Diese Statistik zeigt deutlich, wo noch Schwächen der RHD. vorhanden sind. Die bisherige mangelhafte Fundierung der RHD. in den Gewerkschaften, Genossenschaften und in den Betrieben, wird in der kommenden Epoche von allen Funktionären der RHD. durch verstärkte Aktivität in den genannten Organisationen beseitigt werden müssen. Die Beschlüsse des **bevorstehenden zweiten Reichskongresses, der am 21. und 22. Mai in Berlin stattfindet,** werden besonders sich dieser schwachen Seite in der RHD. anzunehmen haben, und die Mittel zu suchen haben, um diese Schwächen zu beseitigen.

Die RHD. ist heute Massenorganisation. Dies zeigen deutlich ihre Gesamteinnahmen. Im Jahre 1925 hatte die RHD. eine Gesamteinnahme von 819 373 Mark. Im Jahre 1926 stieg dieser Betrag auf 929 654 Mark. Mehr als Worte veranschaulichen zwei Zahlen, die wir gegenüberstellen, die Entfaltung des Hilfswerks der Roten Hilfe Deutschlands. **1925** betrug die **Gesamteinnahme** der RHD. nach den Berichten der einzelnen Bezirke im Monat Dezember **114 496 Mark. Im Dezember 1926** betrug diese **Gesamteinnahme 169 920 Mark.** In diesen Zahlen zeigt sich, welche **Fürsorge** die RHD. auf Grund ihrer Einnahmen für die Gefangenen und deren Angehörige betreiben konnte.

Der bevorstehende Reichskongreß der RHD., der am 21. Mai im Sportpalast in Berlin eröffnet wird, wird durch seine Verhandlungen den noch heute fernstehenden Teilen der Arbeiterklasse zeigen, welches Werk die RHD. **im Kampf um die Amnestie der politischen Gefangenen** und in unermüdlicher Kleinarbeit zur Unterstützung der politischen Kämpfer und ihrer Angehörigen vollbracht hat. Dieses Werk der Roten Hilfe versucht, wie der Prozeß gegen Evers und Genossen gezeigt hat, die deutsche Klassenjustiz auf Grund von Spitzelberichten zu infamieren, unmöglich zu machen und zu verbieten. Neben dem Entzug ihrer Freiheit sollen die politischen Kämpfer noch durch die Sorge um ihre Angehörigen gequält werden. Stärkung und Werbung für die RHD. wird und muß um so mehr die Aufgabe aller Werktätigen sein.

Stadtverordnetenversammlung in Delitzsch

Als 1. Punkt stand geschäftliche Mitteilungen auf der Tagesordnung. Dann wurde die Schaffung eines Finanzdezernats einstimmig beschlossen. Als Grundlage hierzu soll dienen die bereits in der Praxis als „modern arbeitend" bekannte Stadt Merseburg. Eine längere Debatte ergab die Feststellung einer Vereinfachung der Geschäftsführung und eine größere Selbständigkeit der einzelnen Dezernate. Es soll möglich gemacht werden, den Etat 1928 nach diesen Richtlinien aufzustellen. Beim dritten Punkt stand wiederum das Sanitätsauto des Roten Kreuzes zur Verhandlung wegen Bewilligung von 1000 Mark. Unsere Stellungnahme hierzu ist aus der letzten Sitzung her noch bekannt. Festgestellt muß werden, daß die Zurückverweisung an die Krankenhauskommission nicht stattgefunden hat, trotz Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung. Die 1000 Mark wurden bewilligt gegen zwölf Stimmen der Linken.

Die Beschickung des Reichsstädtetages in Görlitz zeigt die wahre Einstellung der rechten Arbeitsgemeinschaft. Als ihr Vorschlag sollte gelten zwei Delegierte, den ersten Bürgermeister und den Stadtverordnetenvorsteher, zu entsenden. Es wird natürlich sofort Einspruch gegen dieses Verfahren erhoben. Unsere Fraktion schlägt den Genossen Gebhardt und die SPD. den Stadtverordneten Schwahn vor. Die Rechte, überrascht, schlägt fünf Minuten Aussetzung der Tagung vor. Als neuer Vorschlag kommt der erste Bürgermeister, Vorsteher und Stadtverordneter Schwahn in Frage, der mit Mehrheit angenommen wird. Die KPD.-Fraktion als stärkste im Parlament bleibt unberücksichtigt, trotzdem vier Delegierte gewählt werden können. Genosse Geithe kritisiert in treffender Art das Verhalten der bürgerlichen Mehrheit, große Kreise der klassenbewußten Arbeiterschaft schließt man rücksichtslos aus von diesen Tagungen. Er wies schon heute auf die Neuwahlen hin und wenn dabei eine linke Mehrheit ins Stadthaus einziehen sollte, würde man genau mit derselben Brutalität und Rücksichtslosigkeit verfahren, wie es bis jetzt die Herrschaften von der bürgerlichen Fakultät tun.

Beim Antrag des Stadtrats Fritzsche (bürgerlich) auf Zahlung einer Aufwandsentschädigung von 200 Mark zeigte sich die Berechtigung unseres Antrages aus den letzten Sitzungen, der damals abgelehnt wurde. Ein weiterer Antrag, auch 150 Mark für Stadtverordnete zu zahlen, wird abgelehnt (Stadtverordneter Mietzsch stimmt mit der Linken, Franke ist sich nicht klar, steht auf und setzt sich wieder). Es bekommen also die unbesoldeten Magistratsmitglieder ab 1. April 1927 200 Mark Entschädigung. Es werden nun natürlich die Arbeitervertreter auch ihre Rechnung präsentieren!

Weiter wird eine Hilfskraft als Turnlehrer für die Mittelschule eingestellt und die Mittel bewilligt. Es folgen dann die Vorberatungen einzelner Haushaltspläne: a) Badeanstalt — Verlängerung Sonnabends bis 8 Uhr zu baden, wird nach längerer Debatte abgelehnt. b) Krankenhaus — Wird nochmals an die Kommission verwiesen. Unser Antrag, 185 Mark für den Pfaffen zu streichen, wird abgelehnt — (Also Aufwandsentschädigung für Seelsorge, trotz hohen Gehalts für Nichtstun!) c) Wasserwerk — Die rechte Seite, „fortschrittlich" wie immer, wollte eine Streichung von 20 000 Mark für den Bau der Wasserleitung in der Demaschkiste vornehmen. Genosse Geithe belehrte die Herren eines anderen. Stadtverordneter Hansjürgens und Frau Ebling stimmten mit der Linken. Weiterhin wurde die furchtbare Ueberstundenschieberei des Rohrwärters Gorbauch vom Genossen Gebhardt aufgezeigt. Wenn man schon im Winter bei geringerem Wasserverbrauch weit über zehn Stunden zur Füllung des Wasserturms braucht (Sonntags), so wird man wohl im Sommer an einem Tage zweimal 24 Stunden pumpen müssen, um den Bedarf zu decken. d) Schulen — Der Fonds zur Beschaffung von Büchern in der Mittelschule wird um 500 Mark erhöht, ebenso wird elektrisches Licht gelegt. Die Mädchenvolksschule bekommt Brausebäder. e) Jugendfürsorge — Unsere Anträge betreffs Jugendwanderungen und für Besuch der Bundesschule in Leipzig des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes werden je 500 Mark zur Unterstützung on Teilnehmern bewilligt.

Als letzter Punkt wird der Verlängerung des Haushaltsplanes 1926 für Monat Mai zugestimmt. Es folgt dann eine nichtöffentliche Sitzung.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft wird das Verhalten der bürgerlichen Mehrheit einzuschätzen wissen und bei kommenden Wahlen nur Vertreter der KPD. wählen.

Stahlhelm und Wehrwolf in Verbindung mit der legalen Reichswehr

Seit vierzehn Tagen ist die Torgauer Reichswehr nach dem Truppenübungsplatz Altengrabow ausgerückt. Den Wachtdienst versieht seit dieser Zeit der Stahlhelm und der Wehrwolf, obwohl noch genügend Soldaten der Reichswehr in Torgau zurückgeblieben sind. Nun fragt aber Herrn Geßler, den Reichswehrminister, ob er nun immer noch die kühne Behauptung aufrechterhalten will, daß keinerlei Verbindung der Reichswehr mit den faschistischen Organisationen besteht? Arbeiter, aufgepaßt! An diesem einen Beispiel könnt Ihr ersehen, wie weit die Reaktion mit ihren Rüstungen, die nur den Rachefeldzug gegen die gesamte Arbeiterschaft bedeuten, geschritten ist.

Achtung, Bauarbeiter von Dommitzsch!

Nachdem die Lohnverhandlungen vor dem Tarifamt in Halle getätigt worden sind, ist es Eure Pflicht, überall die Lohnerhöhung zu fordern. Bis zum 10. Mai ist die Frist verstrichen, wo Kollegen, die während der Verhandlungen aus dem Arbeitsverhältnis geschieden sind, ihre Lohnansprüche geltend machen können. Die Nachzahlung gilt vom 21. April an. Wo nicht gezahlt wird, wenden sich die Kollegen auf dem schnellsten Wege an unseren Kassierer H. Kaiser, Dommitzsch, Mahlitzscher Weg.

Torgau. Sämtliche Berlin-Fahrer für das Reichstreffen in Berlin zu Pfingsten, also die Mitglieder der KPD., des RFB., sowie alle diejenigen, die gewillt sind, an der Berlin-Fahrt teilzunehmen (auch die einzelnen aus dem Kreise Torgau), treffen sich am Freitag pünktlich um 8 Uhr in der „Weldschenke" zu einer Besprechung der Autofahrt. Fahrgeld, auch in Ratenzahlungen, ist mitzubringen.

Torgau. Dammrutsch. Der Bahndamm auf der Strecke Torgau—Belgern hat sich in der Nähe der Ziddel-Mühle beträchtlich gesenkt, so daß der Verkehr an dieser Stelle unterbrochen werden mußte. Der Betrieb der Personenbeförderung wird an der Baustelle durch Umsteigen aufrechterhalten, während der Güterverkehr nur bis zum Bahnhof Mahlitzschen durchgeführt wird. Die Senkung des Bahndammes, der an dieser Stelle fünf Meter Höhe hat, soll durch Regenmengen, die im vorigen Jahre gefallen sind, verursacht sein.

Torgau. Die Stadt gewinnt. Der Prozeß Stadt Torgau gegen Lackfabrik Leuchte in Leipzig wurde zugunsten der Stadt entschieden. Es handelt sich um Grundstücksverkäufe, die in der Inflationszeit abgeschlossen wurden, mit der Bedingung, daß innerhalb einer bestimmten Frist das Gelände bebaut sein muß, andernfalls die Stadt berechtigt ist, von dem Verkaufsgeschäft zurückzutreten und ein Drittel des Kaufpreises als Schadenersatz zu beanspruchen. In diesem Falle handelt es sich um die Summe von 2500 Mark nebst 5 Prozent Zinsen.

Torgau. Die Einwohnerzahl der Stadt betrug am 1. Mai 13 125.

Zaasch. Schadenfeuer. Am Donnerstagabend gegen 9 Uhr brach im Stallgebäude des Gutsbesitzers Bruno Winter Feuer aus. Der über dem Schweinestall befindliche Strohboden mit zirka 400 Zentner gepreßtem Haferstroh fiel dem Feuer zum Opfer. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Arbeiter-Sport

Bezirksvorstandssitzung (Sparte Wassersport) am 27. April

Als wichtige Punkte der Tagesordnung sind besonderer Beachtung zu schenken der Rettungsschwimmerkursus mit der Prüfung am 7. und 8. Mai. Genosse Hörold als Rettungsobmann äußerte in treffenden Worten den Zweig in unserer Schwimmbewegung, nämlich das Rettungsschwimmen insofern. Man solle mehr sein Augenmerk auf dasselbe richten, um sich als Rettungsschwimmer mehr dem Dienst der Nächstenliebe in auffordernder Weise zu widmen. Aber soll der Tamtam, den sich die bürgerliche Lebensrettungs-Gesellschaft gern so zu eigen macht, völlig ausschalten. Um auf diesem Gebiete recht fruchtbringend zu wirken, hat man den Rettungskursus eingerichtet, der eine erfreuliche Meldeliste zeitigen konnte. Darum, Genossen, auf ans Werk. Als nächster Punkt das Werbeschwimmen am 29. Mai in Ammendorf. Betrachtet man die Verhältnisse in Ammendorf, ein Industrieort mit 14 000 Einwohnern und kein Gemeindebad, so ist das ein bedauerliches Zeichen der Gemeindeväter, daß man nicht soviel für den Wassersport übrig hat. Das Bad in Schkopau kommt unserer Ansicht nach der großen Entfernung wegen gar nicht in Frage. Das Schwimmfest ist wie folgt geplant: Halle und Böllberg ziehen geschlossen nach Ammendorf, dort Propaganda-Umzug durch den Ort und dann nach dem „Burgschlößchen" zu den Schwimmvorführungen. Abends gemütliches Beisammensein dortselbst. Darum, Genossen, sorgt Ihr in Ammendorf für gute Werbearbeit, damit der Arbeiter-Schwimmsport auch in Eurem Orte zum Allgemeingut der schaffenden Bevölkerung wird. Zum Schluß der Sitzung gab der Spartenleiter, Genosse Schmidt, noch das Treffen der Kanufahrer Pfingsten in Merseburg bekannt. Nächste Sitzung am 20. Mai beim Genossen Schmidt.

Arbeiter-Athletenbund, 5. Kreis 1. Bezirk. Am 8. Mai fand im Vereinslokal des Sportklub 1909 in Halle die fällige Bezirkssitzung statt. Kurz nach 11 Uhr eröffnete der Bezirksvorsitzende Philipp die Sitzung, an der 18 Vereine, vertreten durch 37 Delegierte und 10 Vorstandsmitglieder, teilnahmen. Neu aufgenommen wurden die Kraftsportvereine Brehna und Groß-Corbetha und der Turn- und Athletenverein Polleben. Da der technische Leiter sein Amt niedergelegt hatte, machte sich eine Neuwahl für diesen Posten nötig, welche vertagt wurde. Das Programm für die Reichs-Arbeiter-Sportwoche wurde eingehend besprochen. Das Bezirksfest wurde auf den 14. August festgelegt. Die Städtemannschaft im Ringen, Heben und Boxen soll am 12. Juni im Stadion ausgetragen werden. Für das Kreisfest, welches in Köhnern stattfindet, wird der Termin noch bekanntgegeben. Der 1. Vorsitzende ermahnt die einzelnen Vereine, bei den Veranstaltungen ihre ganze Kraft einzusetzen zum Wohle unseres Bezirks, und schließt um 2 Uhr mit einem dreifachen „Frei Heil" die Sitzung.
Die Bezirksleitung.

Boxer. Da wir Mangel an Kampfrichtern haben, sehe ich mich veranlaßt, zu Donnerstag abend 8 Uhr (12. Mai) im Achilles-Vereinslokal, Reicherts Restaurant, Mansfelder Straße 43, eine Sitzung einzuberufen. Alle Vereine haben zwei bis drei Mann zu stellen, alles Nähere daselbst. Die geprüften Kampfrichter haben zu erscheinen und ihren Kampfrichter-Ausweis mitzubringen. Die Kampfrichter, welche noch im Besitz eines Kampfrichter-Ausweises sind, aber keinem Arbeitersportverein mehr angehören, haben denselben an mich bis zum 12. Mai abzugeben.
Kreisboxwart Erich Stober.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Leuna-Rössen. Den Genossinnen sowie den turnlustigen Damen geben wir bekannt, daß Dienstag, den 10. Mai, die Gründungsversammlung der Damenabteilung stattfindet. Wir ersuchen die Interessenten, sich Dienstag, den 10. Mai, im Gasthaus „Leuna-Teich" (hinteres Zimmer) zwecks Besprechung einzufinden. Darum reiht Euch ein in die Arbeitersportbewegung. Gleichzeitig den Turngenossen zur Kenntnis, daß Mittwoch, den 11. Mai, unsere regelmäßige Monatsversammlung stattfindet. Erscheinen aller ist Pflicht. Wichtige Tagesordnung.

Schachabteilung im Turnerbund Zeitz. Unser diesjähriges Sommertournier beginnt am Mittwoch, dem 18. Mai. Gespielt wird wiederum in Gruppen. Meldungen zu diesem Turnier haben bis zum 1. Juni bei der Spielleitung zu erfolgen, welche auch die Paarungstabelle und Spieltermine bekanntgibt. Das Tournier läuft bis Oktober und ist jedem Teilnehmer Gelegenheit geboten, bis dahin seine Partien zu spielen. Spielabende finden jeden Mittwoch abend von 8 Uhr an in Wagners Restaurant, Voigtsmauer, statt.

Bezirk Zeitz, Bezirksausschußsitzung am 8. Mai. Tagesordnung: Eingänge, Serienspiele, Beschwerden, Verschiedenes. — Die Fußballabteilung Prettitz bei Nebra wird in den Bezirk Zeitz übernommen. — In der Beschwerde Profen gegen Grana wird beschlossen: Nach Beendigung der Serie wird Grana vom Bezirk zu einem Spiel gegen Profen verpflichtet. — Beschwerde Glauchau gegen Fußballring Zeitz Aue: Die Anlage ist geprüft. Ring Aue wird zur Zahlung der Kosten in Höhe von 24,50 Mk. verpflichtet. Bis zur Zahlung besteht für Aue Disqualifikation. — Spiel Nr. 69: Bergisdorf 1. — Fr. T. Zeitz 2. findet laut Beschluß am Sonnabend, dem 14. Mai, abends 6 Uhr, statt. — Am 29. Mai findet in Teuchern, Angermanns Restaurant, eine Protest- und Beschwerdesitzung statt. Verhandelt wird: 8 Uhr Protest Union — Theißen. Dazu haben zu erscheinen: Spielführer sowie Vereinsvertreter der Parteien, Schiedsrichter, als Zeugen die Sportgenossen Otto Juch (VfL. 88 Naumburg), Paul Dilschmann (1893 Weißenfels); 9 Uhr Protest Teuchern gegen Union. Geladen wird dazu wie im vorgenannten Protest nebst Zeugen. Sportgenosse Bornschein (Teuchern) wird besonders dazu geladen. 10 Uhr Beschwerde Schiedsrichter Castel. Dazu die Spieler Tümmler, Flechtner und Robert Schröder von Fr. T. Zeitz 2. Mannschaft. 10½ Uhr Beschwerde Schiedsrichter Bernshausen. Dazu der Spieler Schwenk von Ring Aue. Sämtliche Geladenen haben pünktlich zu erscheinen. Die übrigen Proteste sind verfallen, da die Gebühren nicht eingegangen sind. Serienspiele: Spiel Nr. 2 Spielabbruch, Punktverlust für Naumburg Sportfreunde. Spiel Nr. 87 Spielabbruch, Punktverlust für Langendorf. Spiel Nr. 88, VfL. 2. nicht angetreten. Spiel Nr. 217, Grana 2. nicht angetreten. Spiel Nr. 215, Zangenberg 3. nicht angetreten. Für nichtangetretene Mannschaften Punktverlust. Spiel Nr. 7 wird neu angesetzt. Spiel Nr. 263, Punktverlust für Trebnitz Jugend, da selbige nicht antraten. Spiel Nr. 91, Punktverlust für Zangenberg. Spieler Kurt Ruppert, Paßnummer 129, ist von Zangenberg am 14. November 1926 abgemeldet. Spiel Nr. 121 wird neu angesetzt. Spiel Nr. 266, Punktverlust für Zeitz. Spieler ohne Paß. Betrifft Auswahlspiel A — B in Hohenmölsen. Spieler der A-Mannschaft werden angewiesen, weiße Hosen mitzubringen.
Der Bezirksausschuß. I. A.: W. Köhler.

Arbeiter-Sportkartell Holzweißig. Mittwoch, den 11. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal Häser Sitzung der Vorsitzenden und technischen Leiter betreffs Sportwerbewoche. Programm für Kommers und Werbewoche ist schriftlich mitzubringen. — Mittwoch den 18. Mai, abends 8 Uhr, findet unsere ordentliche Kartellsitzung im Lokal Häser statt. Wichtige Tagesordnung. Otto Krüger, 1. Vorsitzender.

Vereinsmitteilungen

Sportvereinigung Eiche-International. Dienstag, den 10. Mai, fällt die Uebungsstunde aus. Freitag, den 13. Mai, im Restaurant „Zur Sonne", Richard-Wagner-Straße außerordentliche Versammlung. [290

Freier Wassersportverein Halle (Handball). Dienstag abend 8 Uhr im Bade Sportlerinnen-Versammlung. Erscheinen ist unbedingt erforderlich. [291

Turn- und Sportverein Fichte, Halle (Vergnügungsausschuß). Donnerstag abend 8 Uhr Sitzung beim Turngenossen Werge, Torstr. 49. Alles restlos erscheinen. [292

Wie wird das Wetter?

Für das nördliche Mitteldeutschland: Weitere Abkühlung und zunehmende Bewölkung, aber noch trocken. Frische nördliche Winde.

Für das übrige Deutschland: Ueberall Fortsetzung des Temperaturrückganges. Im Norden wolkiges Wetter, jedoch ohne Niederschläge. Auch im Süden Nachlassen der Regenfälle.

Verantwortlich Marianne Gundermann Halle a. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. S.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Achtung, Stadtteil-Agitprop-Leiter! „Bolschewistischen Kurs" abholen.
Halle. Mittwoch, 11. Mai, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Sitzung der Stadtteil-Agitprop-Leiter.
Ammendorf. Org-Abteilungssitzung Mittwoch, 11. Mai, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen".
Ammendorf. UB.-Agitprop-Abteilungssitzung Donnerstag, 12. Mai, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen". Referent der BL.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Wettelrode. Versammlung Mittwoch, 11. Mai, abends 8 Uhr, in der Gemeindeschenke. Referent: Blaß.
Artern. Versammlung Mittwoch, den 11. Mai, abends 8 Uhr, im Goethehaus. Referent: W. Koenen.
Ustrungen. Versammlung Donnerstag, 12. Mai, abends 8 Uhr, im „Braunen Hirsch". Referent: Lademann.
Wallhausen. Versammlung Donnerstag, 12. Mai, abends 8 Uhr, in der Gemeindeschenke. Referent: W. Koenen.

Halle. Gruppenkassierer Mittwoch Abrechnung und Ausgabe von Material von 7 bis 8 Uhr im Bureau.
Halle, Gruppe Norden. Donnerstag abend pünktlich 8 Uhr im „Volkspark" Gruppenabend. Thema: Unsere Werbewoche. Gen. Richard. Bringt Eure Musikinstrumente mit, sorgt für gute Beteiligung.
Halle. Donnerstag abend pünktlich 8 Uhr in der Jugendherberge, Weingärten, Zusammenkunft aller Mitglieder, die bestimmt sind, an dem Ausbau des Werbeabends mitzuwirken.
Freiroda-Radefeld. Mittwoch, den 11. Mai, Kursus.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Naundorf. Mittwoch, den 11. Mai, Diskussionsabend.
Bockwitz. Mittwoch, den 11. Mai, Leseabend.
Mückenberg. Donnerstag, den 12. Mai, Diskussionsabend.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Alle Jugendgenossen beteiligen sich am Mittwoch an der Abfahrts-Kundgebung.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
Fernruf 21473

Montag, den 9. Mai, BL.-Sitzung.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Genossen, Werbekampagne ist jetzt Parole, führe ein jeder mit aller Energie die Agitation für den KJVD. durch. Jedes Mitglied einen neuen Kämpfer.
Halle, Gruppe Westen. Mittwoch abend 8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft wichtige Funktionärsitzung.
Halle. Musikgruppe Mittwoch abend pünktlich 8 Uhr in der „Reichskrone" Uebungsstunde. Alle, welche Instrumente besitzen, müssen erscheinen.

Könnern. Donnerstag, den 12. Mai, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" Mitgliederversammlung.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Halle. Mittwoch abend 6 Uhr in der Produktiv Versammlung der Bezirke 1 u. 2.
Halle. Donnerstag abend 6 Uhr in der Produktiv Musikübungsstunden.
Merseburg. Mittwoch nachmittag Wanderung nach Trebnitz. Treffpunkt 2 Uhr an der Waterloobrücke.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse der Gauführung des RFB. Halle-Merseburg: Fritz Brückner, Halle a. d. S., Große Klausstraße 16.
Bureauzeit des Sekretariats des RFB. vormittags 9 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 7 Uhr. Mittwochs und Sonnabends von 9 bis 1 Uhr und 3 bis 8 Uhr abends.
Postscheckkonto: Leipzig, Konto Nr. 14 971 Fritz Brückner, Halle.

Untergau Halle-Saalkreis

Halle. Mittwoch, den 11. Mai, abends 8 Uhr, im „Volkspark" große Funktionärsitzung. Die Funktionäre aller fünf Abteilungen sowie der RJ. müssen unbedingt erscheinen.
Halle. Geschlossener Spielmannszug. Heute abend 7 Uhr Antreten des gesamten Spielmannszuges am Hettstedter Bahnhof zum Ueben. Anschließend Sitzung der Spielleiter und Funktionäre.

Jungfront

Halle. Alle Funktionäre nehmen am Mittwoch, dem 11. Mai, an der großen Funktionärsitzung im „Volkspark" teil.
Halle. Donnerstag, den 12. Mai, abends 8 Uhr, im „Volkspark" große Mitgliederversammlung. Alle Kameraden müssen erscheinen.

Untergau Bitterfeld

Mittwoch, den 11. Mai, abends 8 Uhr, Werbebezirksversammlung in Zscherndorf. Die Ortsgruppen Ramsin, Sandersdorf und Zscherndorf müssen daran teilnehmen. Referent: Kamerad Rödel.

Untergau Schkeuditz

Schkeuditz. Donnerstag, den 12. Mai, abends 8 Uhr. Ueben des Spielmannszuges in der „Weißen Taube".

Untergau Merseburg

Merseburg. Mittwoch, 11. Mai, abends ½9 Uhr, „Stadt Leipzig" Vorstandssitzung.

Untergau Mansfeld (Gebirgskreis)

Hettstedt. Mittwoch, den 11. Mai, Uebungsstunde der Hornisten.
Hettstedt. Donnerstag, den 12. Mai, Uebungsstunde der Tamboure.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Rote Jungfront. Mittwoch, den 11. Mai, abends 8 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Adresse der Gauleitung des RFMB. Halle-Merseburg: Aenne Schumann, Halle a. S., Sternstraße 1 pt., bei Lichtenstein.
Bureauzeit der Gauleitung ist wie folgt: Von Montag bis Freitag nachmittags von 3 bis 6 Uhr und Sonnabends von 3 bis 5 Uhr.
Die Ortsgruppen Halle, Neumark, Teuchern, Weißenfels und Lützen haben sich am Sonntag, dem 15. Mai, an der Fahnenweihe in Ammendorf zu beteiligen. Der genaue Plan über den Verlauf der Veranstaltung ist den Ortsgruppen zugegangen. Genossinnen, trefft die Vorbereitungen.
Halle. Am 1. Mai ist während der Demonstration der RFMB. photographiert worden. Genossinnen, die ein Bild haben wollen, müssen dies im Bureau der Gauleitung bestellen. Dort liegen die Bilder zur Ansicht aus.
Halle, Süden. Werbebezirksversammlung am Mittwoch, dem 11. Mai, abends 8 Uhr, bei Freundlieb, Merseburger Straße. Tagesordnung: Die Vorbereitungen zum Werbeabend am Sonnabend, dem 14. Mai. Alle Genossinnen müssen erscheinen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101927051O-14/fragment/page=0012